

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Eckhard Jesse

Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten

Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin,
Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher

Achim Siegel

Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung

Eine wissenschaftssoziologische Skizze

Konrad H. Jarausch

Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur Zur begrifflichen Einordnung der DDR

B 20/98

8. Mai 1998

Eckhard Jesse, Dr. phil. habil., geb. 1948; seit 1993 Prof. für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz („Politische Systeme, politische Institutionen“). Herausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie seit 1989 (mit U. Backes), Herausgeber der Buchreihe „Extremismus und Demokratie“ seit 1992 (mit U. Backes).

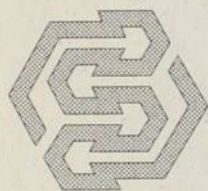
Veröffentlichungen u. a.: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System, Berlin – Baden-Baden 1997⁸; Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn – Baden-Baden 1996; (zus. mit U. Backes) Der politische Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996⁴; (Hrsg. zus. mit St. Kailitz) Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München – Baden-Baden 1997; (Hrsg. zus. mit G. Heydemann) Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis, Berlin 1998 (i. E.).

Achim Siegel, Dr. phil., geb. 1962; Studium der Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Geschichte in Freiburg i. Br.; zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden.

Veröffentlichungen u. a.: Die Dynamik des Terrors im Stalinismus. Ein strukturtheoretischer Erklärungsversuch, Pfaffenweiler 1992; Der Funktionalismus als sozialphilosophische Konstante der Totalitarismuskonzepte Carl Joachim Friedrichs, in: Zeitschrift für Politik, 43 (1996) 2; Ideologic Learning under Conditions of Social Enslavement. The Case of the Soviet Union in the 1930s and 1940s, in: Studies in East European Thought, 50 (1998) 1; (Hrsg.) The Totalitarian Paradigm after the End of Communism. Towards a Theoretical Reassessment, Amsterdam – Atlanta 1998 (im Druck).

Konrad H. Jarausch, Dr. phil., geb. 1941; Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Lurcy Professor der europäischen Geschichte an der University of North Carolina in Chapel Hill, USA.

Veröffentlichungen u. a.: Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt a. M. 1995; Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt a. M. 1997; After Unity: Reconfiguring German Identities, Providence 1997.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten

Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher

1. Einleitende Überlegungen

Am 8. Mai 1945 mußte der nationalsozialistische Totalitarismus bedingungslos kapitulieren¹ – der Untergang vollzog sich blutig und langsam zugleich. Bis zuletzt mobilisierte das NS-System Kräfte, um die unvermeidliche Niederlage hinauszuzögern. Die ohnehin schreckliche Bilanz des Zweiten Weltkrieges fiel dadurch noch düsterer aus. Dem propagierten „totalen Krieg“ folgte die von den Alliierten prophezeite „totale Niederlage“. Deutschland – zunächst ein Aufmarschfeld, dann ein Schlachtfeld, schließlich ein Trümmerfeld – bot 1945 ein Bild des Grauens.

Doch das Ende dieser Form des Totalitarismus bedeutete nicht das Ende jeglicher Art der totalitären Herrschaft in Deutschland. Denn die „Anti-Hitler-Koalition“ erwies sich als ein bloßes Zweckbündnis, wie auch der Nichtangriffspakt (mit dem geheimen Zusatzabkommen) im Jahre 1939 zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich ein solches gewesen war. Nach der Zerschlagung des NS-Systems lebten die Gegensätze zwischen der kommunistischen Sowjetunion und den westlichen Alliierten schnell wieder auf, bedingt nicht nur durch machtpolitische Rivalitäten, sondern auch durch ideenpolitische Gegensätze zwischen demokratischen und diktatorischen Anschauungen. Die Sowjetunion unter Stalin errichtete in einer Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten Satellitenregime. Die Teilung Deutschlands war keine unmittelbare Folge des Zweiten Weltkrieges, sondern eine Folge des bald ausbrechenden Kalten Krieges. Während in den Westzonen sich binnen kurzem unter der Aufsicht der Alliierten demokratisches Leben zu entfalten begann (symbolisiert durch den paradox anmutenden Terminus vom „freundlichen Feind“²), waren die Sowjets in ihrer Zone „in jeder Hinsicht eine Kolonialmacht, welche die im besetzten Deutschland vorhandenen Kräfte dazu nutzte, sowohl ihre inneren als auch ihre äußeren Sicherheitswünsche befriedigend zu lösen“³. Bezogen auf Deutschland gelangt man demnach zu dem Befund, daß zwar der eine Totalitarismus in einem Blutbad versank, in dem östlichen Teil sich jedoch allmählich eine andere Form totalitärer Herrschaft festzusetzen begann.

Wie läßt sich die Physiognomie des Totalitarismus erfassen? Der Autor hat an anderer Stelle⁴ dessen *differentia specifica* darin gesehen, daß sich der totalitäre Staat erstens vom Typ des demokratischen Verfassungsstaates⁵ abhebt, zweitens von einer autoritären Diktatur⁶ und drittens von allen

2 So Klaus-Dietmar Henke, *Der freundliche Feind: Amerikaner und Deutsche 1944/45*, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hrsg.), *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München-Landsberg 1996, S. 41–50; ders., *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995. Für die Anfangsphase der französischen Besetzung gilt diese Charakterisierung Henkes weniger.

3 Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, S. 585.

4 Vgl. Eckhard Jesse, *Der Totalitarismus-Ansatz nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 38 (1991), S. 983–992, insbes. S. 986.

5 Dieser Terminus ist wichtig, weil der demokratische Verfassungsstaat eine komplexe und spannungsreiche Synthese aus demokratischen (z. B. Gleichheit und Volkssouveränität) sowie konstitutionellen (z. B. Rechtsstaat und Minderheitenschutz) Elementen darstellt.

6 Zur Abgrenzungsproblematik zwischen autoritären und totalitären Staaten vgl. Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook of Political Science*, Bd. 3; *Macropolitical Theory*, Reading/Mass. 1975, S. 175–411.

1 Um genau zu sein: Am 7. Mai 1945 – 2.41 Uhr – unterzeichnete Generaloberst Jodl im Reimser Hauptquartier von General Eisenhower die Kapitulationsurkunde (Einstellung der Kampfhandlungen am 8. Mai 23.01 Uhr); am 9. Mai, kurz nach Mitternacht (0.16 Uhr), wurde in Berlin-Karlshorst, dem sowjetischen Hauptquartier, dieser Vorgang durch Generalfeldmarschall Keitel wiederholt. Bereits die Kontroversen um die „doppelte Kapitulation“, auf der Stalin bestand, zeigten nachdrücklich die spannungsgeladene Situation zwischen den Siegermächten – unter ihnen das andere totalitäre System – auf dem Höhepunkt ihres Triumphs.

früheren Formen der Autokratie⁷. Insofern ist der totalitäre Staat zugleich antidemokratisch, pseudodemokratisch und postdemokratisch. Antidemokratisch deshalb, weil er allen demokratischen Elementen den Kampf ansagt (z. B. durch Ablehnung des Pluralismus); pseudodemokratisch, weil er Elemente der Demokratie in pervertierter Form benutzt (z. B. durch Einbeziehung der Massen); postdemokratisch schließlich, weil er nicht umhinkommt, die Legitimationsbasis des demokratischen Verfassungsstaates jedenfalls pro forma zu akzeptieren (z. B. durch Bejahung der Volkssouveränität nach außen hin). Das totalitäre System sucht seine Bürger gleichzuschalten, durch eine Ideologie zu formen, sie gleichzeitig zu mobilisieren und seine ideologisch bestimmten Feinde auszugrenzen und gegebenenfalls zu vernichten.

Im Laufe der Jahrzehnte ist eine Reihe von Theorien entwickelt worden, nicht zuletzt um die beiden größten totalitären Systeme im 20. Jahrhundert zu analysieren. Manche haben stärker beschreibenden, manche mehr erklärenden Charakter. Der folgende Beitrag sucht *in nuce* wesentliche Konzeptionen zum Totalitarismus samt ihrer Stärken und ihrer Schwächen vorzustellen. Auf diese Weise soll gezeigt werden, daß es sich bei den Totalitarismuskonzeptionen um wissenschaftliche Ansätze handelt und Behauptungen, wonach sie genuin politischer Natur seien – eronnen zur Diskreditierung anders legitimierter Systeme –, so nicht zutreffen.

Wie allerdings die Übersicht zur Totalitarismusforschung vor und nach der welthistorischen Zäsur 1989/91 erhellt, ist die Akzeptanz des Totalitarismusbegriffs stark von den politischen Rahmenbedingungen geprägt (Kapitel II). Das nahezu weltweite Ende des Kommunismus bildete nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive eine Zäsur. Das gilt für die Quantität wie für die spezifische Ausrichtung totalitarismustheoretischer Studien. Der Anfang und das Ende der beiden totalitären Systeme – jedenfalls in Europa – ermöglichen eine neue Sicht.

In den Kapiteln III bis VII soll eine ausgewählte Reihe von Konzeptionen präsentiert werden. Bei diesen Ansätzen handelt es sich um solche, die

7 Der Totalitarismus wird damit gemeinhin als ein Phänomen des 20. Jahrhunderts eingeschätzt. Zusammenfassend Uwe Backes, Totalitarismus – ein Phänomen des 20. Jahrhunderts?, in: Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Berlin 1993, S. 244–260.

zum einen den Anspruch erheben können, ein als neuartig empfundenen Phänomen mit neuartigen Erklärungsmodellen versehen zu haben. Zum andern sind sie weithin erörtert worden. Der Verfasser stellt die Ansätze anhand bestimmter Namen vor: Carl Joachim Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, daß sie die Positionen anschaulicher macht, hingegen den Nachteil, daß dadurch Elemente zum Tragen kommen, die wohl für die spezifische Person charakteristisch sind, jedoch nicht für den betreffenden Ansatz *in toto*. Die knappe Referierung der Positionen wird durch eine ebenso knappe Würdigung ergänzt. Natürlich erhebt eine solche Darstellung keinen auch nur annähernden Anspruch auf Vollständigkeit. Das abschließende Kapitel VIII nennt Unterschiede wie Gemeinsamkeiten in den Ansätzen und gibt eine Antwort auf die Frage nach ihrem wissenschaftlichen Charakter.

Die Auswahl der Autoren und die Reihenfolge ihrer Ansätze ergeben sich aus dem folgenden Umstand: Nach der Präsentation zweier „Klassiker“ (Friedrich und Arendt) folgen zwei wissenschaftliche Außenseiter (Voegelin und Nolte), die mit ihren Konzeptionen gleichwohl Beachtung (und Widerspruch) erfahren haben. Der fünfte Ansatz (Bracher) ist übergreifender Natur, fällt damit etwas aus dem Rahmen. Kritikwürdig an dieser Auswahl mag die Fokussierung auf Deutschland sein. Doch rechtfertigt sie sich durch den hohen Bekanntheitsgrad der Ansätze – nicht nur im deutschen Sprachraum.

II. Die Totalitarismusforschung vor und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus

Der Totalitarismusbegriff hat eine lange, überaus wechselvolle Geschichte⁸: Schon vor 75 Jahren, am 12. Mai 1923, sprach der liberale Demokrat Giovanni Amendola angesichts der faschistischen

8 Vgl. Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs, Berlin 1971; Manfred Funke (Hrsg.), Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978; Siegfried Jenkner, Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/84, S. 16–26; zusammenfassend Eckhard Jesse, Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: ders. (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden 1996, S. 9–39.

Machtübernahme von einem „sistema totalitario“⁹. Das war die Geburtsstunde des Begriffs „totalitär“, den Mussolini 1925 auf die eigene Bewegung bezog und ihn damit – kurzzeitig – seiner negativen Konnotation entkleidete. Paradoxerweise fand der Begriff zunächst auf ein System Anwendung, das nicht totalitär war (jedenfalls keineswegs zu diesem Zeitpunkt) – nicht jedoch auf ein offenkundig totalitäres System, das bereits seit 1917 bestand¹⁰. 1925 wurde der Begriff von Amendola dann vergleichend gebraucht – auf rechte wie auf linke Gegner des demokratischen Staates¹¹.

In der Folge – zunächst zögerlich, seit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten verstärkt – entstand eine Reihe von Studien, die den „Totalitarismus“ als ein neuartiges Phänomen untersuchten, zum Teil auf vergleichender Basis. Besonders Emigranten aus Deutschland, die verschiedenen politischen Lagern entstammten, waren an der Konzeptualisierung unterschiedlicher Totalitarismusansätze beteiligt. Namen wie Hannah Arendt, Franz Borkenau, Ernst Fraenkel, Waldemar Gurian, Richard Löwenthal, Franz L. Neumann, Sigmund Neumann oder Eric Voegelin mögen diesen Befund unterstreichen¹².

1939 fand das erste große Symposium über den „totalitären Staat“ statt¹³. Carlton J. H. Hayes

9 Vgl. für Einzelheiten Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: M. Funke (Anm. 8), S. 105–128; siehe weiterführend auch Adrian Lyttleton, *The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919–1929*, Princeton, N. J. 1987².

10 Allerdings hat Alfons Paquet, der Moskauer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, bereits 1919 vom „revolutionären Totalismus Lenins“ gesprochen. Vgl. ders., *Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau*, Jena 1919, S. 111. Es wäre falsch, zwischen dem Wortgebrauch Amendolas und dem Paquets einen Gegensatz zu sehen, auch wenn die eine Variante „antifaschistisch“ argumentierte, die andere „antikommunistisch“. Das Grundmuster beider Autoren erwies sich nämlich als antitotalitär.

11 Vgl. Jens Petersen, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Hans Maier (Hrsg.), *„Totalitarismus“ und „Politische Religionen“*. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn u. a. 1996, S. 15–35.

12 Vgl. die überaus beeindruckende Auflistung der Publikationen von deutschen Emigranten zum Thema „Totalitarismus: Faschismus/Nationalsozialismus, Bolschewismus/Stalinismus“ bei Alfons Söllner, *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte*. Mit einer Bibliographie, Opladen 1996, S. 308–317.

13 Vgl. Symposium on the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Political Science, Economics and Sociology, November 17, 1939, Philadelphia 1940. Bereits zuvor, im Jahre 1935, fand eine Konferenz über moderne Diktaturen statt (Guy Stanton Ford [Hrsg.], *Dictatorship in the Modern World*, Minneapolis, Minn. 1935), ohne aber den Begriff des Totalitarismus ins Zentrum zu rücken, wiewohl in einigen Beiträgen das Präzedenzlose moderner Diktaturen heraus-

begründete die Neuartigkeit des Totalitarismus u. a. mit der Monopolisierung aller Gewalten, der Einbindung der Massen, neuen Formen der Propaganda wie der Technik, der missionarischen Kraft der Ideologie sowie der Eigendynamik der Gewalt¹⁴. 1953, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, folgte ein zweites großes Symposium über den „Totalitarismus“¹⁵. Auf ihm würdigte Carl J. Friedrich den historisch einzigartigen Charakter der totalitären Gesellschaft. Für ihn gliederten sich Kommunismus und Faschismus in den Grundzügen¹⁶. Die Konferenzen von 1939 und 1953 machen auf folgenden Befund aufmerksam: Die Erörterung der Totalitarismuskonzeptionen ist vielfach von bestimmten politischen Konstellationen abhängig. 1939 war der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich geschlossen worden, und beide Staaten hatten gegen Polen Krieg geführt; 1953 kulminierte der Kalte Krieg. Wenn auch der Zusammenhang von geschichtlicher Entwicklung und der Herausbildung einer jeweils „herrschenden Lehre“ offenkundig ist, so besagt dies allerdings noch wenig über die Plausibilität des entsprechenden Ansatzes.

Das gilt für die Forschung zur Zeit des Kalten Krieges wie für jene in der Phase der Entspannung. In den sechziger und vor allem siebziger Jahren geriet das Totalitarismusparadigma nicht zuletzt aufgrund der weltweiten Entspannungspolitik in eine Krise, in eine zunehmende Unsicherheit der Wertorientierung. Im Zuge der kulturevolutionären Studentenbewegung fanden im intellektuellen Milieu Lehren von Herbert Marcuse, die das westliche System als ebenso totalitär apostrophierten wie das kommunistische, einen gewissen Anklang¹⁷. Aus ökonomisch-deterministischer Sicht stand die „Hinterfragung“ der „kapitalistischen Ordnung“, die gemäß dieser Lesart in Ge-

gearbeitet wurde. Vgl. vor allem Max Lerner, *Das Grundmuster der Diktatur*, sowie Hans Kohn, *Die kommunistische und die faschistische Diktatur. Eine vergleichende Studie*, wiederabgedruckt jeweils in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, Darmstadt 1968, S. 30–48, S. 49–63.

14 Der Beitrag von Carlton J. H. Hayes (*Der Totalitarismus als etwas Neues in der Geschichte der westlichen Kultur*) ist wiederabgedruckt in: B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 13), S. 86–100.

15 Vgl. Carl J. Friedrich (Hrsg.), *Totalitarianism. Proceedings of a Conference held at the American Academy of Arts and Sciences*, Cambridge 1954.

16 Sein Beitrag (*Der einzigartige Charakter der totalitären Gesellschaft*) ist wiederabgedruckt in: B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 13), S. 179–196.

17 Vgl. Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Darmstadt – Neuwied 1967.

fahr stand, eine Form des Faschismus zu begünstigen, stark im Vordergrund. Der durch die Überwindung „kapitalistischer“ Strukturen gekennzeichnete Sozialismus (nicht notwendigerweise der „reale“, sondern vielfach ein in die Zukunft verlagter) bildete den Maßstab, der zwischen Liberalismus und Faschismus eine Verwandtschaft zu konstruieren versuchte¹⁸. Faschismusforschung verdrängte zunehmend die – vergleichende – Totalitarismusforschung. In eine ähnliche Richtung, wenn auch unter anderen Voraussetzungen und mit anderer Intention, wirkte die Ausbreitung des Szientismus in den Sozialwissenschaften. Der am Methodenideal der Naturwissenschaften orientierten Forschungsrichtung war der normativ verankerte Typusbegriff des Totalitarismus überaus suspekt¹⁹. In eine ähnliche Richtung wirkte der systemimmanente Ansatz, der sich breiter Zustimmung erfreute²⁰. Dieser symbolisierte in gewisser Weise die Zangenbewegung von Marxismus und Szientismus, flossen in ihn doch Elemente aus beiden Strömungen ein. So verloren Totalitarismuskonzeptionen in der wissenschaftlichen Diskussion an Bedeutung²¹.

Als kritikwürdig wurde neben dem geläufigen Einwand, der Totalitarismusbegriff stelle einen politischen Kampfbegriff des Westens dar, vielfach die – behauptete – Formalität der Argumentation angesehen. Unter „Totalitarismus“ würden linke wie rechte Diktaturen rubriziert, also Staaten, die sich bekämpft hätten und beachtliche Unterschiede aufwiesen. Auf diese Weise ginge der humane Kern des Marxismus verloren. Ein Standardargument war zudem der Vorwurf, dadurch werde der Holocaust relativiert. Angesichts des „statischen“ Charakters von Totalitarismustheorien seien sie ferner ohne Erklärungskraft für die Entwicklung des anderen als totalitär apostrophierten Systems.

18 Vgl. – einigermaßen plump – Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1971.

19 Vgl. Uwe Dietrich Adam, Anmerkungen zu methodologischen Fragen in den Sozialwissenschaften. Das Beispiel Faschismus und Totalitarismus, in: M. Funke (Anm. 8), S. 13–48.

20 Vgl. etwa die einflußreichen Arbeiten von Peter Christian Ludz zumal in der DDR-Forschung, u. a.: Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Opladen 1970; Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaften, in: ders. (Hrsg.), Soziologie der DDR, Köln–Opladen 1964, S. 11–58; Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, in: Politische Vierteljahresschrift, 2 (1961), S. 319–344.

21 Zu denjenigen, die am Totalitarismusbegriff festhielten und ihn weiterzuentwickeln suchten, gehörte etwa Peter Graf Kielmansegg. Vgl. ders., Krise der Totalitarismustheorie?, in: M. Funke (Anm. 8), S. 61–79.

Solche und weitere Einwände²² sind zumal vor dem Zusammenbruch des Kommunismus verbreitet gewesen – in der Publizistik wie in der Wissenschaft²³.

Im Gegensatz zum NS-System vollzog sich der Zusammenbruch des Kommunismus einerseits urplötzlich, andererseits weitgehend friedlich. Brach der Nationalsozialismus durch äußere Einwirkungen zusammen, implodierte der sowjetische Kommunismus, mehr scheidend an der eigenen Entkräftung, die freilich auch durch den immer größer werdenden Rückstand zu den USA auf vielen Gebieten bedingt war. Diese welthistorische Zäsur hat der vergleichenden Diktaturforschung erheblichen Auftrieb verliehen. Die in den siebziger und achtziger Jahren vielfach geringgeschätzte Totalitarismusforschung, vom Marxismus-Leninismus stets als „Totalitarismus-Doktrin“²⁴ abgewertet, lebt nun wieder verstärkt auf. War bereits vor dem Schlüsseljahr 1989 eine gewisse Abkehr von der Ignorierung des Totalitarismuskonzepts feststellbar²⁵, nicht zuletzt auch durch Dissidenten aus dem Ostblock²⁶, so hat sich seither diese Tendenz in der einschlägigen Forschung verstärkt. Eine Art Paradigmenwechsel ist eingeleitet, die „Tabuisierung des Totalitarismusbegriffs“²⁷ längst beseitigt.

In der Bundesrepublik Deutschland spielt der – naheliegende – Vergleich zwischen der ersten und der zweiten deutschen Diktatur eine wichtige Rolle²⁸ – ebenso die Frage, ob es sich bei der DDR überhaupt um eine totalitäre Diktatur

22 Vgl. zusammenfassend Steffen Kailitz, Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie – Extremismus – Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 219–250.

23 Vgl. beispielsweise Gert-Joachim Glaebner, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982.

24 Vgl. Gerhard Lozek (Hrsg.), Die Totalitarismus-Doktrin im Antikommunismus. Kritik einer Grundkomponente bürgerlicher Ideologie, Berlin (Ost) 1985; vgl. dazu Eckhard Jesse, Die „Totalitarismus-Doktrin“ aus DDR-Sicht, in: ders. (Anm. 4), S. 424–449.

25 Vgl. u. a. Ernest A. Menze (Hrsg.), Totalitarianism Reconsidered, London 1981; Irving Howe (Hrsg.), 1984 Revisited. Totalitarianism in our Century, New York 1983.

26 Man denke etwa an Václav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek bei Hamburg 1993; ders., Am Anfang war das Wort. Texte von 1969 bis 1990, Reinbek bei Hamburg 1990.

27 So die wiederholte Kritik von Karl Dietrich Bracher. Statt vieler Belege ders., Die totalitäre Erfahrung, München 1987, S. 34.

28 Vgl. u. a. Ludger Kühnhardt u. a. (Hrsg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt a. M. u. a. 1994.

gehandelt hat²⁹. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ sprach sich für einen differenzierten Umgang mit dem Totalitarismusbegriff aus. Dieser sei „auch für die Gegenwart durchaus brauchbar – und zwar nicht nur als erkenntnistheoretisches Instrument, sondern auch als kritischer Maßstab gegen ‚totalitäre Versuchungen‘, gegen die selbst eine stabile Demokratie nicht von vornherein gefeit ist“³⁰.

Mag diese Überdehnung des Totalitarismusbegriffs problematisch sein, so ist es umgekehrt die verengte Interpretation als „Gleichsetzung“ zweier Systeme, Bewegungen und Ideologien. Wer etwa, wie Stefan Wolle, die Anwendung des Totalitarismusbegriffs wegen „struktureller Unterschiede“ zwischen dem Dritten Reich und der DDR ablehnt³¹ (nach Wolle: In dem einen System blieb die Wirtschaft privat organisiert, in dem anderen kam es zur Verstaatlichung; das eine System fand breite Zustimmung, das andere stützte sich auf die Bajonette einer Besatzungsmacht; das eine fing einen Krieg an und beging organisierten Massenmord, das andere nicht), wer so argumentiert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, offenkundig mit einem Popanz zu hantieren. Der Autor selber erkennt allerdings zwischen beiden Herrschaftsformen „frappierende Übereinstimmungen: den Führerkult, die uniformierten Massen der Maiparaden, die nächtlichen Fackelzüge, den bellenden und geiferenden Ton der Propagandareden“³². In der Tat war die Totalitarismuskonzeption „nicht in der dünnen Luft soziologischer, politikwissenschaftlicher und historischer Seminare entstanden, sondern Produkt politischer Alltagserfahrung“³³. Hebt diese Argumentation jene nicht auf?

29 Vgl. u. a. die unterschiedlichen (nicht gegensätzlichen) Sichtweisen von Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 12–23; Ralph Jessen, DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 6 (1995) 4/5, S. 17–24; Arnold Sywottek, „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: *Deutsche Studien*, 30 (1993) 117/118, S. 25–38. Siehe auch den Beitrag von Konrad H. Jarausch in diesem Heft.

30 Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band 1, Frankfurt a. M. – Baden-Baden 1995, S. 745.

31 So die überaus lebendig geschriebene Studie von Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, S. 331.

32 Ebd., S. 330.

33 Ebd.

Wie dem auch sei – die Zahl der Studien zum Totalitarismusbegriff, zu seiner Plausibilität, zur Anwendung der Theorien auf Systeme der Gegenwart und Vergangenheit ist seit einigen Jahren in Deutschland nahezu Legion. So rückt ein Vergleich über „Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert“ nicht die bekannten Themen wie Einparteiensherrschaft, Ideologie und Terror in den Vordergrund, sondern weithin „unverbrauchte“ wie die Rolle der Intelligenz, der Kultur, der Frauen und des Geschichtsbildes. Auf diese Weise stellen sich viele neue Erkenntnisse ein³⁴. Ein anderer Reader spürt der Entfaltung der Totalitarismustheorie in den verschiedenen Ländern nach, führt dabei den Nachweis, daß sie auf unterschiedliche Ideenströmungen zurückgeht: auf sozialistische, liberale und konservative gleichermaßen³⁵. Ein weiterer Sammelband bezieht stärker die Systemebene ein und prüft die Leistungsfähigkeit des Totalitarismusansatzes – nach dem fast weltweiten Ende des Kommunismus und aufgrund seines Endes³⁶. Das Buch von Daniel Jonah Goldhagen über „Hitlers willige Vollstrecker“³⁷ sorgte in der öffentlichen Meinung Deutschlands im Jahre 1996 für ähnlichen Wirbel wie in Frankreich das „Schwarzbuch des Kommunismus“ ein Jahr später. Wie immer man die wissenschaftliche Bedeutung von Goldhagens Bestseller, der die Totalitarismuskonzeption selbst mit Blick auf das Dritte Reich strikt verwirft³⁸, einschätzen mag³⁹ – es hat massiv die verbreitete Befürchtung widerlegt, nach dem

34 Vgl. Matthias Vetter (Hrsg.), *Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaft*, Opladen 1996.

35 Vgl. Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997.

36 Vgl. Achim Siegel (Hrsg.), *Das Totalitarismuskonzept nach dem Ende des Kommunismus*, Weimar u. a. 1998 (i.E.); der Band ist aus der folgenden Studie hervorgegangen: ders. (Hrsg.), *The Totalitarian Paradigm after the End of Communism. Towards a Theoretical Reassessment*, Amsterdam – Atlanta 1998. Siehe auch den Beitrag des Autors in diesem Heft.

37 Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996. Als Beispiel für scharfe Zurückweisungen siehe Norman G. Finkelstein/Ruth Bettina Birn, *Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit*. Mit einer Einleitung von Hans Mommsen, Hildesheim 1998.

38 Vgl. für Einzelheiten Steffen Kailitz, *Anregung oder Ärgernis? „Hitlers willige Vollstrecker“ aus totalitarismustheoretischer Sicht*, in: Günther Heydemann/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis*, Berlin 1998 (i.E.).

39 Die Forschung kam u. a. wegen der kollektivistischen Schuldzuschreibungen Goldhagens und seiner unsauberen Quellenarbeit zu einem fast einhellig negativen Befund. Vgl. zusammenfassend Dieter Pohl, *Die Holocaustforschung und Goldhagens Thesen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 45 (1997), S. 1–48.

Untergang des Kommunismus werde das Interesse für den nationalsozialistischen Totalitarismus erlahmen.

Gleichwohl üben nach wie vor Autoren heftigste Kritik an dem Konzept⁴⁰ – u. a. deswegen, weil „eine Wiederaufnahme der Totalitarismuskussion zurück in die ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges führen“⁴¹ würde. Selbst wer die Instrumentalisierbarkeit der Theorie nachweisen könnte, hätte über ihre wissenschaftliche Tragfähigkeit noch kein Urteil getroffen. Analoges gilt für den umgekehrten Fall: Eine Theorie, die sich nicht mißbrauchen ließe, muß nicht notwendigerweise heuristisch fruchtbar sein. Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs ist, wie erwähnt, nun einmal die Geschichte eines stark – aber keineswegs ausschließlich – von politischen Konstellationen beeinflussten Konzepts.

Die Renaissance des Totalitarismusbegriffs gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland. Um einige Beispiele aus anderen Ländern anzuführen: In Rußland sucht ein dickleibiger Sammelband über „Totalitarismus im Europa des 20. Jahrhunderts“ die Entstehung und das Scheitern totalitärer Systeme begreifbar zu machen⁴², wie überhaupt in Osteuropa das Totalitarismuskonzept in der öffentlichen Meinung und in der Wissenschaft große Aufmerksamkeit findet. Obwohl heutzutage vielfach nüchterner über dieses Thema gesprochen wird, besteht dort nach wie vor ein beträchtliches Informationsdefizit. „The Russians Call Themselves Totalitarian“ – so ist ein einschlägiges Kapitel zur jüngsten Entwicklung der Konzeption überschrieben worden⁴³. In den USA und in England steht insbesondere der Vergleich zwischen der kommunistischen Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland ungeachtet vieler Einwände seit Jahren auf der

wissenschaftlichen Tagesordnung. Er ist in den neunziger Jahren intensiviert worden⁴⁴. In Italien, wo der Totalitarismusbegriff nie so recht heimisch werden konnte – obwohl er hier aufgekommen ist –, stößt diese Thematik mittlerweile auf große Aufmerksamkeit im intellektuellen Milieu⁴⁵.

Und schließlich: In Frankreich schlägt das „Schwarzbuch des Kommunismus“⁴⁶ seit dem Herbst 1997 hohe Wellen – allerdings nicht nur dort. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß der Kommunismus in seinen unterschiedlichen, weltweiten Herrschaftsformen etwa 100 Millionen Opfer gekostet hat. Stéphane Courtois stellt einleitend Rassen- und Klassen-Genozid auf eine Stufe und beklagt die Vertuschung der Verbrechen des Kommunismus auch im Westen⁴⁷. Daß in Frankreich die Empörung über die Darstellung der Affinitäten der beiden totalitären Kräfte so groß ausgefallen ist, mag an dem dort nach wie vor fehlenden antiextremistischen Konsens liegen, obwohl Solschenizyns „Archipel GULag“⁴⁸ in der ersten Hälfte der siebziger Jahre für eine Art Schock sorgte und zum Teil bei Intellektuellen einen Umdenkungsprozeß auslöste. Die Kommunistische Partei gehört in Frankreich gleichwohl nach wie vor zum Verfassungskonsens, der Front National nicht⁴⁹. Dieses ist aus extremismustheoretischer Sicht angemessen, jenes nicht.

Die Totalitarismusforschung hat in den neunziger Jahren nicht zuletzt durch den Untergang des Kommunismus in der Sowjetunion und in Europa beachtliche Erkenntnisse erbracht, aufschlußreiche Parallelen und Unterschiede zutage gefördert. Neue empirische Materialien wurden erschlossen, systematische Analysen auf den Weg

44 Vgl. u. a. Ian Kershaw/Moshe Lewin (Hrsg.), *Stalinism and Nazism. Dictatorship in Comparison*, Cambridge u. a. 1997; Bruce F. Pauley, *Hitler, Stalin, and Mussolini. Totalitarianisms in the Twentieth Century*, Wheeling/Ill. 1997.

45 Vgl. vielfältige Belege bei Jens Petersen, *Die Verwandlung des Gartens in eine Kaserne. Lösung eines Bannes. Der Begriff des Totalitarismus kehrt in sein Ursprungsland Italien zurück*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Januar 1998.

46 Vgl. Stéphane Courtois u. a., *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression*, Paris 1997. Die deutsche Übersetzung wird Ende Mai 1998 erscheinen; ders. u. a., *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“* von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert, München.

47 Vgl. ders., *Les crimes du communisme*, in: ebd., S. 9–41.

48 Vgl. Alexander Solschenizyn, *Der Archipel GULag*, 3 Bde., Reinbek bei Hamburg 1978.

49 Vgl. Isabelle Canu, *Verteidigung der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration*, Opladen 1997.

40 Vgl. u. a. Wolfgang Wippermann, *Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, Darmstadt 1997; Michael Schönegarth, *Die Totalitarismuskussion in der neuen Bundesrepublik 1990 bis 1995*, Köln 1995.

41 So Christoph Butterwegge, *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion*, Darmstadt 1996, S. 76.

42 Vgl. Jakob Drabkin/Nelli Komolowa (Hrsg.), *Totalitarismus im Europa des 20. Jahrhunderts*. Aus der Geschichte der Ideologien, Bewegungen, Herrschaftssysteme und ihrer Überwindungen, Moskau 1996 (deutsche Übersetzung des Titels). Zahlreiche Beiträge russischer Autoren finden sich in dem folgenden Band: Bernd Faulenbach/Martin Stadelmaier (Hrsg.), *Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991*, Essen 1993.

43 Vgl. Abbott Gleason, *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War*, New York – Oxford 1995, S. 211–216.

gebracht⁵⁰. Angesichts dieser aktuellen, sich rasch weiterentwickelnden Situation bietet es sich an, zur Vergewisserung der bisherigen Forschung einzelne mehr oder weniger „klassische“ Totalitarismuskonzeptionen herauszugreifen, zumal auch heute noch ständig auf sie Bezug genommen wird. Wodurch zeichnen sie sich aus, was sind ihre Stärken, was ihre Schwächen?

III. Das herrschaftsstrukturelle Konzept von Carl J. Friedrich

Als *locus classicus* „der“ Totalitarismustheorie gilt vielfach die „Totalitäre Diktatur“ von Carl Joachim Friedrich (1901–1984)⁵¹. Dieses Grundlagenwerk erschien zunächst 1956 auf englisch (als Co-Autor fungierte Zbigniew K. Brzezinski), 1957 auf deutsch (unter der alleinigen Ägide von Friedrich) und in einer veränderten Fassung 1965 auf englisch, wobei Friedrich für die neuen Teile allein verantwortlich zeichnete⁵². Daher erscheint es vertretbar, die wohl elaborierteste Konzeption zur Totalitarismusforschung Friedrich zuzuschreiben, zumal dieser vorher und nachher weitere Abhandlungen zur Thematik beigesteuert hat. Er verließ bereits eine längere Zeit vor 1933 Deutschland und machte in den USA als Politikwissenschaftler Karriere. Nach 1945 lehrte Friedrich mit Unterbrechungen in Heidelberg und gehört damit zu den Gründungsvätern der deutschen Politikwissenschaft⁵³.

Schon 1941 hatte er geschrieben: „All the totalitarian dictatorships have a good deal in common“⁵⁴ – eine politisch bemerkenswerte Aussage im Hinblick auf die bevorstehende „Anti-Hitler-Koalition“. In der Folge ging Friedrich daran, das

Gemeinsame dieser spezifischen Diktaturen systematisch herauszuarbeiten. Das bereits erwähnte „basically-alike“-Prinzip zwischen der bolschewistischen und der nationalsozialistischen Herrschaft zeichnet seine Konzeption aus. Sie versteht den Totalitarismus als Realtypus. Sechs Wesenszüge seien allen totalitären Diktaturen eigen. Zu diesem immer wieder zitierten Sechspunkte-Syndrom gehören eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, ein Nachrichtenmonopol, ein Waffenmonopol und eine zentralgelenkte Wirtschaft. „Es ist in jedem Fall so, daß diese sechs Wesenszüge, die untereinander in enger Verbindung stehen, zusammen den Charakter der totalitären Diktatur bestimmen.“⁵⁵ Zur Klassifizierung einer Herrschaftsordnung als totalitär müssen mithin *alle* Merkmale vorliegen, zumal Friedrich selbst einräumt, das eine oder andere besäßen auch demokratische Verfassungsstaaten (wie das Waffenmonopol oder zum Teil eine zentralgelenkte Wirtschaft). Dieser Merkmalskatalog wird – bis auf das Waffenmonopol – ausführlich erörtert. So erstreckte sich die Ideologie, die eine Art Paradies auf Erden verkünde, auf alle wichtigen Bereiche des menschlichen Lebens. Die Partei, der nicht mehr als zehn Prozent der Bevölkerung angehörten, werde in der Regel von einer Person geführt. Sie gilt mit ihren Kadern als „die Hauptstütze der totalitären Diktatur“⁵⁶. Die Geheimpolizei habe die tatsächlichen Feinde des Systems zu bekämpfen, ebenso die „potentiellen“. Das Herrschaftsmonopol über die Nachrichtennetze ermögliche Indoktrination, das Waffenmonopol verhindere bewaffneten Widerstand, die zentrale Lenkung der Wirtschaft führe zur totalen Bürokratisierung und Kontrolle.

Friedrich arbeitete neben diesen totalitären Elementen „Inseln der Absonderung“⁵⁷ heraus. Hierzu rechnete er die Familie, die Kirchen, die Universitäten, das Militär. Er nahm dabei vielfältige Abstufungen vor. Die Zukunft der totalitären Herrschaft vorherzusagen erschien ihm spekulativ. Auch wenn Friedrich nicht an einen Zusammenbruch von innen heraus glaubte, hieß es über sie immerhin: „Daß sie sich allerdings auf lange Sicht als eine lebensfähige Form gesellschaftlicher und politischer Organisation erweist, ist recht unwahrscheinlich.“⁵⁸ Wer eine solche kurzgefaßte Charakterisierung totalitärer Herrschaft aus der Sicht Friedrichs vornimmt, darf dessen mannigfaltige

50 Vgl. etwa die Belege bei Steffen Kailitz, *Der zweite Frühling der Totalitarismusforschung*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 215–232.

51 Charakteristisch hierfür ist beispielsweise, daß in dem Reader von B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 13) insgesamt drei einschlägige Beiträge von Friedrich (und Brzezinski) nachgedruckt worden sind.

52 Vgl. Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge/Mass. 1956; Carl J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, Unter Mitarbeit von Professor Zbigniew K. Brzezinski, Stuttgart 1957; ders./Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, revised by Carl J. Friedrich, Cambridge 1965².

53 Vgl. Klaus von Beyme (Hrsg.), *Theory and Politics. Theorie und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag für Carl Joachim Friedrich*, Haag 1972.

54 Carl J. Friedrich, *Constitutional Government and Democracy*, Boston 1941², S. 343.

55 Ders. (Anm. 52), S. 19.

56 Ebd., S. 74.

57 Vgl. ebd., S. 214–255.

58 Ebd., S. 266.

Modifizierungen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus nicht unterschlagen.

Diese Konzeption ist gleichwohl immer wieder kritisiert worden⁵⁹. Sie sei statisch, spezifiziere nicht genügend die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Systeme, könne deren Wandlungstendenzen nicht erfassen und stehe etwa der Entwicklung in der Sowjetunion, die vom „Stalinismus“ weggeführt habe, hilflos gegenüber. Von Friedrich ist später, Ende der sechziger Jahre, eine Modifizierung vorgenommen worden. Terroristische Diktaturen wie die Hitlers und Stalins galten nun als „rather extreme aberrations“⁶⁰ – ausgerechnet die Systeme, die einst bei der Theoriebildung Pate gestanden hatten⁶¹. Hans J. Lietzmann sieht noch einen Schatten am Taufbecken. Er versucht durch eine Analyse der Frühwerke Friedrichs und durch gewisse Analogien bei Carl Schmitt zu beweisen, daß es ihm weniger um eine freiheitliche Demokratie als vielmehr um den Erhalt des Verfassungsstaates gegangen sei, der ebenso eine demokratische wie eine diktatorische Form annehmen könne⁶². Es mag sein, daß Lietzmann hier die Kontinuitäten von Friedrichs Denkens überzeichnet; richtig ist jedenfalls der Befund, daß der Totalitarismusbegriff Friedrichs „in einem Set institutioneller Formen, einer Regierung- und Organisationsstruktur“⁶³ wurzelt.

„Kaum eine andere historische Theorie ist durch die Geschichte selber so völlig widerlegt worden wie das Totalitarismusmodell von Friedrich und Brzezinski.“⁶⁴ Diese These Wolfgang Wippermanns stimmt so nicht. Gewiß hatte Friedrich die Auffassung vertreten, der Zusammenbruch eines totalitären Systems könne nicht auf endogenen Ursachen beruhen. Doch war die Reformpolitik Gorbatschows wesentlich auch eine Reaktion auf

exogene Entwicklungen, auf ökonomische, technologische sowie militärische Herausforderungen durch den Westen. Analoges gilt für die Wandlungen in den Staaten Osteuropas wie für das Ende der DDR. Die Systeme brachen ferner zusammen, als konstitutive Elemente von Friedrichs Merkmalskatalog abgeschwächt wurden. Insofern muß das abrupte Ende totalitärer Systeme nicht notwendigerweise gegen das Konzept „des“ Klassikers der Totalitarismusforschung verstoßen, sondern kann es sogar bestätigen⁶⁵. An einer ambitionierten ideengeschichtlichen Herleitung war ihm gleichwohl nicht gelegen. Bei Friedrich steht eindeutig der herrschaftsstrukturelle Aspekt im Vordergrund. Das gilt nicht für die folgende Variante eines anderen Klassikers der Totalitarismustheorie.

IV. Die geschichtsphilosophische Theorie von Hannah Arendt

Die Philosophin Hannah Arendt (1906–1975), aus deren Feder eine Reihe öffentlichkeitswirksamer Bücher stammen⁶⁶, entwickelte eine spezifische, ja eigenwillige Totalitarismusversion. Die in die USA emigrierte Autorin, Schülerin von Martin Heidegger, Edmund Husserl und Karl Jaspers⁶⁷, hat im Jahre 1951 mit ihrem Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ einen großen – nicht zuletzt an Aristoteles geschulten – ideengeschichtlichen Wurf vorgelegt, der sie über Fachkreise hinaus schnell bekannt werden ließ⁶⁸. In den

59 Vgl. beispielsweise M. Jänicke (Anm. 8); Martin Greifenhagen, Der Totalitarismusbegriff in der Regimenlehre, in: Politische Vierteljahresschrift, 9 (1968), S. 372–396; Michael Curtis, Retreat from Totalitarianism, in: Carl J. Friedrich/Michael Curtis/Benjamin Barber, Totalitarianism in Perspective: Three Views, New York u. a. 1969, S. 53–121.

60 Carl J. Friedrich, Totalitarianism: Recent Trends, in: Problems of Communism, 17 (1968), S. 34.

61 Vgl. kritisch dazu Lothar Fritze, Unschärfen des Totalitarismusbegriffs. Methodologische Anmerkungen zu Carl Joachim Friedrichs Begriff der totalitären Diktatur, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 43 (1995), S. 629–641.

62 Vgl. Hans J. Lietzmann, Von der konstitutionellen Diktatur. Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie, in: A. Söllner/R. Walkenhaus/K. Wieland (Anm. 35), S. 174–192. Siehe demnächst dessen Habilitationsschrift: Politikwissenschaft im Zeitalter der Diktaturen. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, Weimar u. a. 1998 (i.E.).

63 Ders. (Anm. 62), S. 176.

64 W. Wippermann (Anm. 40), S. 104.

65 Vgl. in diesem Sinne und zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Position von Friedrich die beiden Aufsätze von Achim Siegel: Der Funktionalismus als sozialphilosophische Konstante der Totalitarismuskonzepte Carl Joachim Friedrichs. Methodologische Anmerkungen zur Entwicklung von Friedrichs Totalitarismuskonzept in den sechziger Jahren, in: Zeitschrift für Politik, 43 (1996), S. 123–144; Diktaturvergleich und Totalitarismustheorie. Zur Weiterentwicklung des Totalitarismuskonzepts von Carl Joachim Friedrich, in: G. Heydemann/E. Jesse (Anm. 38).

66 Vgl. u. a. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1995⁵; zur Einführung in ihr Gesamtwerk siehe u. a. Heiner Bielefeldt, Wiedergewinnung des Politischen. Eine Einführung in Hannah Arendts politisches Denken, Würzburg 1993; Ingeborg Nordmann, Hannah Arendt, Frankfurt a. M. – New York 1994.

67 Vgl. u. a. Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt a. M. 1986; Elzbieta Ettinger, Hannah Arendt – Martin Heidegger. Eine Geschichte, München 1994; Hannah Arendt, Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk. Mit einer vollständigen Bibliographie, hrsg. von Ursula Ludz, München – Zürich 1996.

68 Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. I. Antisemitismus – II. Imperialismus – III. Totale

ersten beiden Abschnitten (betitelt „Antisemitismus“ und „Imperialismus“) spürt sie weit ausholend den Ursprüngen des Totalitarismus nach, jedenfalls denen des Nationalsozialismus. Im dritten Teil geht es um die „totale Herrschaft“ des Bolschewismus in der Sowjetunion und des Nationalsozialismus in Deutschland.

Das Präzedenzlose des Totalitarismus sah sie u. a. in folgendem Vorgang: „Die totale Herrschaft hat die Begriffe von Verbrechen und Auszeichnung, von Schuld und Unschuld nicht, wie die uns bekannten Diktaturen oder Despoten, nach ihr genehmen Richtlinien ‚revolutioniert‘ – sie hat sie einfach abgeschafft und an ihre Stelle den in seiner ganzen Furchtbarkeit noch kaum geahnten neuen Begriff der ‚Unerwünschten‘ und ‚Lebensuntauglichen‘ gesetzt. Nur Verbrecher kann man bestrafen, Unerwünschte und Lebensuntaugliche läßt man von der Erdoberfläche verschwinden, als hätte es sie nie gegeben; mit ihnen will man noch nicht einmal ein Exempel statuieren.“⁶⁹ Gleich Friedrich spricht Arendt vom „objektiven Gegner“ bzw. „objektiven Feind“: „Wer der zu Verhaftende und Liquidierende ist, was er denkt und plant, ist von vornherein entschieden, sein wirkliches Denken und Planen interessiert keinen Menschen. Was sein Verbrechen ist, ist objektiv, ohne alle Zuhilfenahme ‚subjektiver Faktoren‘, festgestellt.“⁷⁰ Er hat mithin keine Chance, seinem Schicksal zu entinnen, auch nicht durch ein anderes Verhalten. Damit bezeichnet Arendt ein charakteristisches Element von Hochphasen im „Stalinismus“ und Nationalsozialismus: Das Ende von Juden oder Kulaken schien den Tätern zur Erfüllung der „Gesetze der Geschichte“ oder der „Gesetze der Natur“ notwendig.

Für Arendt konstituiert neben der Ideologie der Terror das Wesen der totalitären Herrschaft, die damit das Politische an sich vernichte. Terror werde auch nach Beseitigung oppositioneller Bestrebungen nicht überflüssig. „Ja, unsere Erfahrungen mit der Sowjetunion wie mit dem Dritten Reich haben uns gelehrt, daß wir diesen Vergleich noch einen Schritt weiter treiben dürfen: Wie das Gesetz in den uns bekannten Staatsgebilden desto vollkommener herrscht, je weniger Verbrecher es durchbrechen, so wird die vollkommene Herrschaft des Terrors erst dann losgelassen, wenn jeg-

liche Opposition [...] erloschen ist.“⁷¹ Arendt betont die „Strukturlosigkeit“⁷² der totalitären Herrschaft, hebt auch, stärker als Friedrich, deren polykratischen Charakter hervor. Fragwürdig ist allerdings – und das soll nur ein Beispiel für manche historische Empirieferne sein –, ob die „systematisch hergestellte Strukturlosigkeit“⁷³ im Nationalsozialismus wirklich beabsichtigt war und für den Kommunismus überhaupt zutrif.

Ihre Überlegungen sind auch vor dem Hintergrund der Massengesellschaft zu sehen. In ihr werde das Individuum orientierungslos, fühle es sich verlassen. Dies bilde eine Voraussetzung für die Etablierung totalitärer Systeme. Durch die mit Angst verbundene Atomisierung des einzelnen sei die Etablierung totalitärer Herrschaft erleichtert worden⁷⁴. Die Reflexionen, die sich zuweilen in eigentümlichen philosophischen Höhenflügen ergehen und „anstatt systematisch strukturierter Antworten ein Mosaik assoziativ durchwirkter Hypothesen und Erkenntnisse“⁷⁵ bieten, waren entstanden aus dem Schock über Gaskammern und Konzentrationslager. Diese hätten „die Kontinuität abendländischer Geschichte unterbrochen“⁷⁶.

Offenkundig ist der eher idealtypisch ausgerichtete Totalitarismusbegriff Arendts – ungeachtet der Bedeutung und Originalität des philosophiegeschichtlichen Werkes – viel zu eng gefaßt. Nur einzelne Phasen des bolschewistischen und des nationalsozialistischen Regimes können damit als totalitär in ihrem Sinne bezeichnet werden. Im übrigen zielt sie mehr auf das NS-System, weniger auf die kommunistische Herrschaftsordnung, die eigentümlich unscharf bleibt. Arendts Theorie ähnelt jenen Totalitarismustheorien, die nicht auf die Struktur des Herrschaftssystems fixiert sind, vielmehr ihren Blick auf dessen revolutionäre Dynamik lenken. So strebten nach Martin Drath totalitäre Regime die Durchsetzung eines anderen Wertesystems an⁷⁷. In dieser Konzeption spielt das

71 Ebd., S. 710.

72 Vgl. ebd., S. 628 und öfter.

73 Friedrich Pohlmann, *Ideologie und Terror im Nationalsozialismus*, Pfaffenweiler 1992, S. 136.

74 Vgl. dazu Daniel Suter, *Rechtsauflösung durch Angst und Schrecken. Zur Dynamik des Terrors im totalitären System*, Berlin 1983.

75 Brigitte Gess, *Zu Hannah Arendts Totalitarismustheorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus*, in: Richard Saage (Hrsg.), *Das Scheitern diktatorischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie*. Festschrift für Walter Euchner, Berlin 1995, S. 332.

76 H. Arendt (Anm. 67), S. 704.

77 Vgl. Martin Drath, *Totalitarismus in der Volksdemokratie*, in: B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 13), S. 310–358.

Herrschaft, München 1986 (1951). Siehe dazu u. a. Brigitte Gess, *Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 7, Baden-Baden 1995, S. 251–258.

69 H. Arendt, ebd., S. 669.

70 Ebd., S. 654.

dynamische Element eine hervorgehobene Rolle. Allerdings ist der Terror für Arendt nicht „ein Mittel zum Zweck, sondern die ständig benötigte Exekution der Gesetze natürlicher oder geschichtlicher Prozesse“⁷⁸.

Nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ ist Arendts Theorie nicht zuletzt deshalb aktuell geworden, weil ihre Hinweise auf das Verhalten von Menschen in diktatorischen Systemen anschauliche Erkenntnisse für das Leben in den entkräftet zusammengebrochenen kommunistischen Ländern bieten – weniger wegen ihres eher auf Terror und Ideologie fixierten spezifischen Ansatzes. Auch ihr Hinweis auf endogene Ursachen des Zerfalls totalitärer Herrschaft mag Aufmerksamkeit verdienen. Unter diesem Aspekt ist das Anknüpfen an republikanische Traditionen im Sinne Arendts kein Anachronismus⁷⁹.

V. Die sozialreligiöse Interpretation von Eric Voegelin

Die Theorie Hannah Arendts stieß gleich nach ihrem Erscheinen auf heftige Kritik bei dem Emigranten Eric Voegelin⁸⁰, weil Arendt nicht (ausreichend) die geschwundene Rolle der Religion für das Aufkommen des Totalitarismus gewürdigt habe. Das hinderte sie aber nicht daran, sich später an der Herausgabe einer Festschrift für Voegelin zu beteiligen⁸¹. Der Wiener Eric Voegelin (1901–1985), der nach 1945 Politikwissenschaft in München lehrte⁸², hatte 1938 in seiner schmalen Studie „Die politischen Religionen“ selbst einen Versuch zur Erklärung des Totalitarismus unter-

nommen⁸³. (Interessanterweise erschienen zur selben Zeit zwei andere einschlägige Publikationen von Raymond Aron⁸⁴ und Frederick A. Voigt⁸⁵.)

Die totalitären Bewegungen firmieren in der Deutung Voegelins als Säkularreligionen⁸⁶. Es werde nicht gesehen, „daß die Säkularisierung des Lebens, welche die Humanitätsidee mit sich führte, eben der Boden ist, auf dem antichristliche religiöse Bewegungen wie der Nationalsozialismus erst aufwachsen konnten“⁸⁷. Die komplexe Herleitung der überaus gelehrten Argumentation tut an dieser Stelle nichts zur Sache. Voegelin setzt beispielsweise bei dem Sonnenglauben der alten Ägypter ein, und seine Verbindungslinien, die er zur Gegenwart knüpft, sind für den Leser wahrlich nicht immer nachvollziehbar. Entscheidend ist das Ergebnis: „Die innerweltliche Religiosität, die das Kollektivtum, sei es die Menschheit, das Volk, die Klasse, die Rasse, oder den Staat, als Realissimum erlebt, ist Abfall von Gott“⁸⁸ – Abfall von der „überweltlichen Religion“ (etwa des Christentums oder des Judentums). Zu Recht wird vermerkt, Voegelin sei es darum gegangen, „zu den religiösen Wurzeln der modernen Massenbewegungen vorzudringen“⁸⁹. In der Tat läßt sich die Entstehung eines apokalyptischen, säkularisierten Fundamentalismus aus Sektenbewegungen zeigen⁹⁰.

Seine Argumentation läuft im Kern darauf hinaus, daß Politische Religionen kein genuines Phäno-

78 H. Arendt (Anm. 67), S. 712.

79 Vgl. hierzu etwa Bernward Baule (Hrsg.), Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland, Berlin 1996.

80 Vgl. Eric Voegelin, *The Origins of Totalitarianism*, in: *The Review of Politics*, 15 (1953), S. 68–85.

81 Vgl. Alois Dempf/Hannah Arendt/Friedrich Engel-Jannosi (Hrsg.), *Politische Ordnung und menschliche Existenz*. Festgabe für Eric Voegelin zum 60. Geburtstag, München 1962.

82 Vgl. Hans Karl Rupp/Thomas Noetzel, *Macht, Freiheit, Demokratie. Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft*. Biographische Annäherungen, Marburg 1991, S. 137–152 (Eric Voegelin: Episteme und Doxai – eine Verfallsgeschichte des politischen Wissens); ferner Peter J. Opitz/Gregor Sebba (Hrsg.), *The Philosophy of Order. Essays on History, Consciousness and Politics*. For Eric Voegelin on his eightieth Birthday, Stuttgart 1981; Eric Voegelin, *Autobiographische Reflexionen*, hrsg., eingeleitet und mit einer Bibliographie von Peter J. Opitz, München 1994.

83 Vgl. Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Peter J. Opitz, München 1993.

84 Vgl. Raymond Aron, *Das Zeitalter der Tyrannen* (1939), in: ders., *Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930–1939*, hrsg. von Joachim Stark, Opladen 1993, S. 186–208.

85 Vgl. Frederick A. Voigt, *Unto Caesar*, London 1938. Es ist das Verdienst von Markus Huttner, diesen Autor wiederentdeckt zu haben. Vgl. ders., *Totalitarismus und säkulare Religionen. Die Anfänge der Totalitarismuskritik in England*, in: G. Heydemann/E. Jesse (Anm. 38). Ferner das bis jetzt noch ungedruckte Manuskript Huttners, das viel Unbekanntes zutage fördert: *Totalitarismus und säkulare Religion. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien*, Leipzig 1997.

86 Später ist Eric Voegelin von dem Begriff der Politischen Religion abgerückt und hat bloß von „Religionsersatz“ gesprochen, weil die antidemokratischen Bewegungen auf eine Entgöttlichung der Welt zielten. Vgl. ders., *Religionsersatz*. Die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit, in: *Wort und Wahrheit*, 15 (1960), S. 5–18.

87 Ders. (Anm. 83), S. 7.

88 Ebd., S. 64.

89 Peter J. Opitz, Nachwort, in: ebd., S. 70.

90 Vgl. etwa Steven Runciman, *Häresie und Christentum. Der mittelalterliche Manichäismus*, München 1988; Norman Cohn, *Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen*, Bern–München 1961; Klaus Vondung, *Apokalypse in Deutschland*, München 1988.

men der Gegenwart seien. Voegelin ist es versagt geblieben, seine Konzeption von den Politischen Religionen näher am Beispiel des Nationalsozialismus und des Bolschewismus zu überprüfen. Gleichwohl hat er „seine religionsphänomenologische Interpretation der modernen despotischen Regime später zu der bekannten und umstrittenen These verdichtet, die politischen Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – wiesen allesamt einen ‚gnostischen‘ Charakter auf“⁹¹. Damit ist gemeint, daß der Mensch sich an die Stelle von Gott setzt, „Allmacht“ empfindet und weltlichen Verheißungen folgt, die alle gesetzten Schranken niederreißen.

Man muß nicht das Konzept von den Politischen Religionen in der Version Voegelins teilen – der Verlust der Religion ebnete den Weg für totalitäre Systeme –, um gleichwohl zu erkennen, daß totalitären Weltanschauungen religionsähnliche Elemente innewohnen (z. B. die Bedeutung der Feiern, von Kult und „heiligen Lehren“)⁹². Vor allem kann Voegelin durch die Fokussierung auf Politische Religionen den Nachweis führen, daß es nicht in erster Linie – oder jedenfalls nicht nur – Repression ist, weswegen Menschen zu antidemokratischen Bewegungen stehen.

War es lange still um das Konzept der Politischen Religion, so ist es in letzter Zeit mehrfach für die Totalitarismusforschung nutzbar gemacht worden⁹³ – nicht zuletzt deshalb, um zu erklären, wieso totalitäre Diktaturen zumindest zeitweise Unterstützung selbst von den Unterdrückten erfahren haben⁹⁴. Repression ging auch mit En-

thusiasmus einher. Das Heil, das aufgrund der behaupteten Einsicht in den Ablauf der Geschichte versprochen wurde, löste ein beträchtliches Maß an Glaubensbereitschaft aus. Man kann totalitäre Herrschaft jedenfalls nicht auf die Ausübung von Terror reduzieren, sondern muß vielmehr auch die Verführungskraft totalitärer Ideologien in Rechnung stellen. Dieses Verdienst kommt dem Konzept Eric Voegelins zu. Allerdings hat es den gravierenden Nachteil der Empirieferne.

VI. Der genetisch-interaktionistische Ansatz von Ernst Nolte

Die unter dem Namen „Historikerstreit“ bekanntgewordene Auseinandersetzung ist eng mit dem Berliner Historiker Ernst Nolte (geb. 1923) verbunden⁹⁵. Vor zwölf Jahren – am 6. Juni 1986 – erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Artikel Noltes, der provozierend fragte: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische Tat‘ vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten?“⁹⁶ Diese suggestiv formulierte Frage bildete den Beginn des mehr emotional als rational geführten „Historikerstreits“, der eine Fülle von Studien nach sich gezogen hat und dessen Wogen bis heute nicht gebläht sind⁹⁷.

prozesse im Marxismus-Leninismus: Die Sun Yat-Sen Universität in Moskau (1925–1930), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34 (1982), S. 299–315.

95 Vgl. zur Person und zum Werk Th. Nipperdey/A. Doering-Manteuffel/H.-U. Thamer (Anm. 7).

96 Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 1986. Im Rückblick hat Nolte selbstkritisch seine monokausal anmutende Formulierung verworfen, wonach die Nationalsozialisten „nur deshalb“ ihre Taten begangen hätten, sondern die abgeschwächte Wendung „zu einem wesentlichen Teil deshalb“ bevorzugt. „Gemeint war indessen auch damals die unerläßlichste ‚conditio sine qua‘, die zugleich den stärksten Anstoß, nicht aber eine vollständige Verursachung bedeutete.“ So ders., Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin 1987, S. 66, Anm. 99.

97 Vgl. beispielsweise: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Richard J. Evans, Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1991; Imanuel Geiss, Der Historikerstreit. Ein unpolemischer Essay, Bonn–Berlin 1992; Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI, Frankfurt a.M. 1987; E. Nolte (Anm. 96); Hans-Ulrich Wehler,

91 Hans Maier, Konzepte des Diktaturvergleichs: „Totalitarismus“ und „politische Religionen“, in: ders. (Anm. 11), S. 246. Zur Kritik an Voegelin vgl. u. a. Hans-Christof Kraus, Eric Voegelin redivivus? Politische Wissenschaft als Politische Theologie, in: Michael Ley/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Der Nationalsozialismus als politische Religion, Mainz 1997, S. 74–88.

92 Darauf hat Hans Maier in der jüngsten Zeit immer wieder hingewiesen. Vgl. ders., Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum, Freiburg/Brsg. 1995.

93 Vgl. ders. (Anm. 11); ders./Michael Schäfer (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. II, Paderborn u. a. 1997; ders. (Anm. 92); Hermann Lübke (Hrsg.), Heilserwartung und Terror. Politische Religionen des 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1995.

94 Vgl. etwa – bezogen auf den Marxismus – die Studien von Klaus-Georg Riegel, Konfessionsrituale im Marxismus-Leninismus, Graz u. a. 1985; ders., Der Marxismus-Leninismus als politische Religion, in: H. Maier/M. Schäfer (Anm. 93), S. 75–128; ders., Die maoistische „Gedankenreform“ und Totalitarismustheorien, in: Thomas Heberer (Hrsg.), Mao Zedong – der unsterbliche Revolutionär? Versuch einer kritischen Neubewertung anlässlich des 100. Geburtstag, Hamburg 1995, S. 144–190; ders., Konversions-

Was seinerzeit für so viel Wirbel sorgte, hätte eigentlich keinen derartigen Sturm des Protests entfachen müssen, wäre den Kontrahenten die wissenschaftliche Position Noltes – dem, im Unterschied zu manch anderem Beteiligten, nicht an politischer Meinungsführerschaft lag – hinreichend bewußt gewesen. Bereits in „Faschismus in seiner Epoche“, seinem ersten Werk, das ihn bekannt machte, hatte er den Faschismus folgendermaßen definiert: „Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.“⁹⁸ In seinen weiteren Studien ist dieser Befund – Nationalsozialismus als Reaktion auf den Bolschewismus –, zumal nach dem „Historikerstreit“, immer wieder erörtert, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre jedoch verschärft worden⁹⁹. Noltes Totalitarismuskonzeption wohnt ungeachtet mancher Akzentverschiebungen ein hohes Maß an Kontinuität inne¹⁰⁰.

Sie wird besonders deutlich im „Europäischen Bürgerkrieg“, der in einer Rohfassung bereits zu Beginn des „Historikerstreits“ fertiggestellt war¹⁰¹. In diesem Werk versucht Nolte einen „kausalen Nexus“¹⁰² zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus aufzuzeigen. Jener habe diesen wesentlich hervorgerufen. Beide totalitären Bewegungen waren nach Nolte von Enthusiasmus erfüllt und fest entschlossen, den Gegner zu vernichten. Nolte entwickelt mit zahlreichen Paradoxien – zu Ende des Zweiten Weltkrieges sei das Dritte Reich „internationalistischer“ und die Sowjetunion „nationalistischer“ geworden – ein facettenreiches Bild des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Bolschewismus. Es sei geprägt

Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988.

98 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus*, München–Zürich 1984⁶, S. 51.

99 Vgl. z. B. ders., *Lehrstück oder Tragödie? Beiträge zur Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Köln u. a. 1991; ders., *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus*, Berlin – Frankfurt a. M. 1993.

100 Vgl. Eckhard Jesse, *Ernst Noltes Totalitarismusverständnis zwischen Kontinuität und Wandel*, in: Th. Nipperdey/A. Doering-Manteuffel/H.-U. Thamer (Anm. 7), S. 216–232.

101 Vgl. Ernst Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*. Mit einem Brief von François Furet an Ernst Nolte im Anhang, München 1997⁵ (1987).

102 Dieser Reizbegriff war bereits in dem erwähnten Zeitungsartikel enthalten. Vgl. ders. (Anm. 96).

von einem wechselseitigen Vor- und Schreckbildcharakter zugleich. Gleichwohl hält der Historiker an der These von der Singularität der Untaten des stärker vom Antikommunismus als vom Antisemitismus motivierten Nationalsozialismus fest.

Noltes Position der Aufeinanderbezogenheit der beiden totalitären Bewegungen ist heftig kritisiert worden¹⁰³. Sie erkläre wegen ihrer Fixierung den Nationalsozialismus nicht aus den Vorbelastungen der deutschen Geschichte und laufe auf eine zumindest partielle Verharmlosung der Untaten des Dritten Reiches hinaus, wenn diese als „Reaktion“ firmierten. Der „kausale Nexus“ sei konstruiert; „Auschwitz“ könne nicht in einen Zusammenhang mit dem „GULag“ gebracht werden. Wie immer man zu diesen und anderen Argumenten stehen mag – jene Einwände sind nicht förderlich, die mehr oder weniger volkspädagogisch argumentieren: Noltes Gedankengang sei „gefährlich“, „entlastend“, „verräterisch“, „apologetisch“, „aufrechnend“, rufe zumindest den „Beifall von der falschen Seite“ hervor. Sollte sich sein Ansatz von den Wechselbeziehungen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus als erhellend erweisen, so geht jede Deutung fehl, die sein Interpretationsparadigma nur „geschichtspolitisch“ zu würdigen sucht – sei es negativ, sei es positiv.

Noltes Position muß in der Sache erörtert und kritisiert werden, wie dies vorbildlich in dem Briefwechsel zwischen François Furet und dem Berliner Historiker geschehen ist¹⁰⁴. Furet sprang Nolte einerseits bei, indem er viele Wechselbeziehungen zwischen der einen und der anderen totalitären Variante bestätigte; andererseits verwarf er zen-

103 Vgl. z. B. Hans-Ulrich Wehler, *Die Kontinuität der Unbelehrbarkeit. Ernst Noltes Nationalsozialismus – nur Reaktion auf den Bolschewismus?*, in: Hans-Martin Lohmann (Hrsg.), *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt a. M. 1994, S. 135–143; Michael Schneider, *„Volkspädagogik“ von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewußte Nation“*, Bonn 1995; Leonid Luks, *Bolschewismus, Faschismus, Nationalsozialismus – verwandte Gegner?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 14 (1988), S. 96–115; Dietrich Beyrau, *Archipel Gulag und Auschwitz. Eine Auseinandersetzung mit Ernst Noltes Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945“*, in: Helmut Donat/Lothar Wieland (Hrsg.), *„Auschwitz erst möglich gemacht?“ Überlegungen zur jüngsten konservativen Geschichtsbewältigung*, Bremen 1991, S. 104–118.

104 Vgl. François Furet/Ernst Nolte, *„Feindliche Nähe“. Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert. Ein Briefwechsel*, München 1998. Siehe auch Volker Kronenberg, *Rückblick auf das tragische Jahrhundert. Furet, Nolte und die Deutung des totalitären Zeitalters*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 10, Baden-Baden 1998 (i. E.).

trale Elemente aus dem Gedankengebäude des Berliner Historikers. So ließ er die These nicht gelten, der Nationalsozialismus habe seinen wesentlichen Ursprung in der bolschewistischen Bedrohung, und entschieden wandte er sich vor allem gegen die Wendung Noltes vom „rationalen Kern“ des Nationalsozialismus¹⁰⁵.

Noltes Ansatz ist angemessen als „genetisch-interaktionistisch“ zu klassifizieren. Er selbst bezeichnet ihn als „historisch-genetisch“¹⁰⁶, blendet damit aber einen wesentlichen Aspekt aus, geht es ihm doch nicht nur um die Frage der Ursprünglichkeit („genetisch“), sondern auch um die der Wechselbeziehung der beiden totalitären Systeme („interaktionistisch“), die stark vom jeweiligen Selbstverständnis her betrachtet werden. Selbst wer nicht alle seine Thesen wegen mancher Überspitzungen teilen kann, kommt nicht umhin, die universalgeschichtliche Perspektive als wissenschaftlich weiterführend und inspirierend zu betrachten.

VII. Das politikgeschichtlich-normative Vorgehen von Karl Dietrich Bracher

Stehen in der Konzeption von Ernst Nolte die Wechselbeziehungen der totalitären Ideologien, Bewegungen und Systeme im Vordergrund¹⁰⁷, so verweist der Bonner Politikwissenschaftler und Historiker Karl Dietrich Bracher (geb. 1922) vor allem auf den unaufhebbaren Gegensatz zwischen den demokratischen Verfassungsstaaten und den Diktaturen autoritärer wie totalitärer Observanz. Das hat mit seiner Habilitationsschrift über „Die Auflösung der Weimarer Republik“¹⁰⁸ angefangen

105 Vgl. ebd., S. 35 f., 56 f. Nolte gibt folgende eigenwillige Interpretation: „Rationaler Kern‘ bedeutet nicht notwendigerweise ‚berechtigter Kern‘: ‚rational‘ heißt ‚verstandesmäßig erfassbar oder nachvollziehbar‘“ (ebd., S. 45). Dann sollte diese unverfänglichere Wendung gewählt werden.

106 Vgl. ders., Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie: Ärgernis oder Einsicht?, in: Zeitschrift für Politik, 43 (1996), S. 111–122. Eine Langfassung dieses Aufsatzes kommt heraus in dem Sammelband von A. Siegel (Anm. 36).

107 Das von Nolte so genannte „liberale System“ gerät damit automatisch etwas in den Hintergrund. Vgl. Horst Möller, Ernst Nolte und das „liberale System“, in: Th. Nipperdey/A. Doering-Manteuffel/H.-U. Thamer (Anm. 7), S. 57–72.

108 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1971⁵ (1955); siehe dazu Peter Steinbach, Grundlegend als Problem, zeitlos als Analyse, in:

und dürfte mit den „Wendezeiten der Geschichte“¹⁰⁹ nicht zu Ende sein. Der Titel der ihm gewidmeten Festschrift lautet charakteristischerweise „Demokratie und Diktatur“¹¹⁰. Wie Noltes Werk so zeichnet sich das von Bracher durch ein hohes Maß an Kontinuität aus – unabhängig vom jeweiligen Zeitgeist¹¹¹. Die enge Verbindung von empirischem und normativem Bezug bewahrte ihn vor Fehleinschätzungen und Überspitzungen.

Bracher hat im engeren Sinne keine Totalitarismustheorie ausgearbeitet. Charakteristisch für seinen Totalitarismusbegriff¹¹² ist vielmehr dessen „integrationistische“ Anlage. Er greift Totalitarismuskonzepte unterschiedlicher Observanz auf und strukturiert sie. In gewisser Weise sind bei ihm Friedrich, Arendt, Voegelin und Nolte in mehrfacher Hinsicht „aufgehoben“ – gleichermaßen im Sinne von bewahrt, beseitigt und höhergeführt. So betont er neben der etatistisch-absolutistischen Seite des Totalitarismus seine dynamisch-revolutionäre. Dem Konzept der Politischen Religionen ist er ebensowenig abhold, wie er die Wechselbeziehungen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht leugnet, ohne diese ins Zentrum zu rücken. Der „Integrationismus“ bezieht sich zudem auf die Verbindung normativer und empirischer Elemente, auch auf die Synthese eines historischen und politikwissenschaftlichen Zugriffs.

Besonderes Gewicht hat Bracher auf jene Ideen und Ideologien vor dem Ersten Weltkrieg gelegt, aus denen sich im 20. Jahrhundert totalitäre Bewegungen und Systeme speisten¹¹³. „Der Aufstieg totalitärer Bewegungen und Diktaturen ist nicht denkbar ohne die Machtmittel der ideologischen

Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 269–273.

109 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays, Stuttgart 1992.

110 Vgl. Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und in Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf 1987.

111 Vgl. Hans Karl Rupp, Karl Dietrich Bracher: Von der Überlegenheit liberaler Demokratie, in: ders./Thomas Noetzel (Hrsg.), Macht, Freiheit, Demokratie. Band 2: Die zweite Generation der westdeutschen Politikwissenschaft, Marburg 1994, S. 15–26; Ludger Kühnhardt, „Wissenschaft für die Demokratie“. Zum 65. Geburtstag des Bonner Zeit-historikers Karl Dietrich Bracher, in: Zeitschrift für Politik, 34 (1987), S. 107–121.

112 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität, in: ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München–Zürich 1984⁵, S. 34–62.

113 Vgl. ders., Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982; ders., Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 1981.

Verführung, und diese wird erst (so total) möglich durch die Verheißung einer zum politischen Glauben, ja zur politischen Religion gesteigerten Ideologie.¹¹⁴ In seinen großen Synthesen¹¹⁵ spielen totalitäre Bewegungen von rechts und links als Antipoden des demokratischen Verfassungsstaates eine Hauptrolle. Stets hat Bracher mit Nachdruck auf „die ‚totalitäre Verführung‘ durch die Verbindung von modernem Effizienzdenken mit Heils- oder Glückserwartungen und die tiefe Ambivalenz des modernen Fortschritts“¹¹⁶ aufmerksam gemacht.

Die Kritik an Bracher entzündete sich vor allem daran, daß er die parlamentarische Demokratie unkritisch verteidige und daß seine Ausführungen trotz ihres wissenschaftlichen Anspruchs „eher dem Bereich politisch-publizistischer Auseinandersetzungen zuzuordnen“¹¹⁷ seien. Anhand Brachers Werk läßt sich gut zeigen, daß der Totalitarismusbegriff „im Spannungsfeld zwischen analytischer und wertender Betrachtungsweise“¹¹⁸ angesiedelt ist. Er wird bei Bracher in dem ersten Sinne, mehr aber noch in dem zweiten Verständnis gebraucht. „Wiewohl Bracher die sozialwissenschaftliche Herrschaftsstrukturanalyse mittels der Totalitarismustheorie ausdrücklich bejaht, operiert er selber [...] kaum mit diesem Instrumentarium. Seine Verwendung des Totalitarismusbegriffs, insbesondere seit den siebziger Jahren, markiert vielmehr den Beginn von dessen Ausweitung zur komparativen Epochenkategorie, insofern Bracher auf der Basis des strukturanalytischen Befundes der Neuartigkeit totalitärer Herrschaft Zeiträume der Ausformung dieses Regimetyps unterscheidet und vergleicht.“¹¹⁹ Insofern sei es nur konsequent, daß er das 20. Jahrhundert als das „Jahrhundert des Totalitarismus“¹²⁰ bezeichnete – und zwar noch vor dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus. Nach Karsten Fischer stellt diese Charakterisierung des 20. Jahrhunderts durch die Einbeziehung der „komparativen Epoche demokratischer Wert- und Herrschaftsordnung“ eine „Erweiterung der komparativen Komponente des Totalitarismuskonzepts“¹²¹ dar.

114 Ders. (Anm. 27), S. 196.

115 Vgl. u. a. ders., *Die Krise Europas. 1917–1945*, Berlin – Frankfurt a. M. 1992.

116 Ders. (Anm. 27), S. 55.

117 G.-J. Glaebner (Anm. 23), S. 82.

118 P. Graf Kielmansegg (Anm. 21), S. 63.

119 Karsten Fischer, *Totalitarismus als komparative Epochenkategorie. Zur Renaissance des Konzepts in der Historiographie des 20. Jahrhunderts*, in: A. Söllner/R. Walkenhaus/K. Wieland (Anm. 35), S. 287.

120 K. D. Bracher (Anm. 27), S. 17.

121 K. Fischer (Anm. 119), S. 288.

Selbst Wolfgang Wippermann, ein heftiger Kritiker des Totalitarismuskonzepts, kommt nicht umhin, Bracher Respekt entgegenzubringen. Angesichts der mangelnden Plausibilität bisheriger Totalitarismustheorien sei es berechtigt, „einfach auf Theorien zu verzichten und, um einen auf den Faschismus bezogenen Ausspruch Angelo Tascas abzuwandeln, Totalitarismus ‚definiert, indem man seine Geschichte schreibt‘ [...] Es wird auch weiterhin möglich und auf jeden Fall legitim sein, auf diesem von Bracher gewiesenen ‚empirischen Weg‘ durch eine ‚historische differenzierte Bestandsaufnahme‘ eine ‚Theorie totaler Herrschaft‘ zu gewinnen.“¹²²

Brachers Konzeption besticht weniger durch eine neuartige Theorie als vielmehr durch ihre konsequente Ablehnung aller diktatorischen Formen – ob autoritär verkleidet oder in totalitärer Offenheit –, und zwar der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Seine Warnung vor totalitären Versuchungen, Sehnsüchten und Verführungskräften ist nicht überholt¹²³.

VIII. Abschließende Überlegungen

Keiner Konzeption steht es zu, einen Anspruch auf Ausschließlichkeit geltend zu machen. Diese und andere Ansätze ließen sich nach bestimmten Kriterien auf ihre wissenschaftliche Tragfähigkeit hin untersuchen: Wie ist es um die analytische Aussagekraft der jeweiligen Theorie bestellt? Wie groß ist die Gefahr ihrer politischen Instrumentalisierbarkeit? In welchem Umfang muß die Theorie veränderten Zeiterfahrungen angepaßt werden? Basiert sie auf den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates? Die vorgestellten Ansätze vergleichend nach ihrem Erkenntniswert zu untersuchen, soll an dieser Stelle unterbleiben.

Nur so viel: Die Namen von Friedrich („Totalitäre Diktatur“), Arendt („Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“), Voegelin („Die politischen Religionen“) und Nolte („Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945“) sind jeweils mit einem bestimmten Werk eng verbunden, während dies für Bracher nicht zutrifft. Durch sein Œuvre zieht sich wie ein roter Faden die Absage an totalitäre Diktaturen jedweder Couleur, ohne daß diese einem spezifischen Ansatz zuzuordnen ist.

122 W. Wippermann (Anm. 40), S. 109.

123 In mancher Hinsicht ähnelt diese Position der von Jean François Revel, *Die totalitäre Versuchung*, Berlin 1976.

Wie die Ausführungen zumindest ansatzweise aber gezeigt haben dürften, widerstreiten, ergänzen und bestätigen sich die ausgewählten Konzepte vielfältig. In einer vertiefenden Untersuchung ließe sich dies noch detaillierter nachweisen, auch unter Einbeziehung weiterer eigenständiger theoretischer Versuche¹²⁴. Hier ist versucht worden, mit Hilfe fünf grundlegender Ansätze ein möglichst breites, repräsentatives Spektrum zu erfassen¹²⁵. Weder war es möglich, „die“ Totalitarismustheorie (sie gibt es ohnehin nicht) noch alle einschlägigen Theorien (sie kennt niemand) zu erörtern.

Das Gemeinsame der Ansätze liegt dem Anspruch nach darin, daß sie sich auf rechte wie linke Diktaturen der Gegenwart beziehen (namentlich Bolschewismus und Nationalsozialismus)¹²⁶. Sie sind analogisierender Natur, nicht singularisierender, halten also den Vergleich für sinnvoll. Alle sehen (meist explizit, wenngleich mit unterschiedlicher Argumentation) den Totalitarismus für ein Phänomen der Moderne an. Das Thema „Totalitarismus“ fordert aufgrund seiner Totalität offenbar nicht nur *eine* wissenschaftliche Disziplin heraus. *Historia docet*: Die historische Erfahrung war das auslösende Moment von Totalitarismustheorien, nicht deren Konstruktion zur Delegitimierung anderer Systeme. Totalitarismusansätze sind erfahrungsgesättigt. Es handelt sich um wissenschaftliche Beiträge zur Beschreibung und Erklärung von Phänomenen, die im 20. Jahrhundert die demokratische Politik vor eine existentielle Herausforderung gestellt haben.

Wer allerdings wie Wolfgang Wippermann die These vertritt, es sei berechtigt, „alle vorhandenen Totalitarismustheorien daran zu messen, ob sie in der Lage sind, den Holocaust zu erklären“¹²⁷, läßt offenkundig nur solche Theorien zu,

die genuin auf den Nationalsozialismus passen, blendet also die komparative Sicht faktisch aus. Der Vorwurf der Unredlichkeit fällt damit auf den Verfasser zurück. Hingegen ist ihm sehr darin zuzustimmen, daß eine neue Totalitarismustheorie „durchaus politisch wertende Momente enthalten und deutlich machen [kann], daß und warum es legitim und notwendig ist, die parlamentarische Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Das heißt in anderen Worten, daß die Totalitarismusmit einer Demokratietheorie verbunden werden sollte.“¹²⁸ Die Verbindung von Totalitarismus- und Demokratiekonzept scheint vor allem aus folgendem Grund wichtig: Für einen normativen Ansatz ist Antitotalitarismus unzureichend. Der demokratische Verfassungsstaat legitimiert sich nicht nur aus der Ablehnung antidemokratischer Vorstellungen, sondern auch – und vor allem – aus dem Bekenntnis zu universell geltenden Werten. Das „Wofür“ hat Vorrang gegenüber dem „Wogegen“.

Wichtig ist der Hinweis, daß eine Differenzierung zwischen dem jeweiligen Ansatz und der konkreten Ausführung nötig sein kann. So sieht manch einer das Konzept der Politischen Religionen als wegweisend an, nicht aber in der als traditionell empfundenen Variante Voegelins. Ein anderer empfindet den genetisch-interaktionistischen Ansatz als originell, weniger jedoch in der Art Noltes. Das Ergebnis, ob ein bestimmtes System totalitär sei oder nicht, wird durch die Auswahl der meisten Konzepte nicht präjudiziert. Im übrigen macht die Totalitarismusforschung weder die Kommunismus- noch die Faschismusforschung überflüssig, kommt es doch auf die jeweilige Fragestellung an.

Demnach erscheint die Ansicht Christoph Butterwegges abwegig: „Real- und Nationalsozialismus, Hitlerfaschismus und Stalinismus als totalitäre Regime zu identifizieren verschafft schwerlich einen Erkenntnisgewinn, der über das Grundwissen eines Hauptschülers aus dem Sozialkundeunterricht hinausgeht.“¹²⁹ Der Autor fordert demgegenüber, nicht Gemeinsamkeiten aufzuspüren (das sei kinderleicht), sondern Unterschiede auszumachen. Um diese zu erkennen, „bedarf es wissenschaftlicher Methoden und analytischer Fähigkeiten“¹³⁰. Erstens gilt das für Gemeinsamkeiten ebenso; zweitens dürfte sich der Autor nicht an die eigenen Maximen halten, wenn er demokratische Verfassungsstaaten und Rechtsdiktaturen komparativ untersucht (oder die Konzeptionen konservativer Demokraten mit denen von Rechtsex-

124 Vgl. etwa einerseits Karl A. Wittfogel, *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totalitärer Macht*, Frankfurt a. M. – Berlin 1977; andererseits das dreibändige Werk von Jakob L. Talmon über „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“: *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln – Opladen 1961; *Politischer Messianismus. Die romantische Phase*, Köln – Opladen 1963; *The Myth of Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Totalitarian Polarisation in the Twentieth Century*, London 1981.

125 Ernst Nolte unterscheidet drei Versionen – die politologisch-strukturelle, die sozialreligiöse und die historisch-genetische. Vgl. ders. (Anm. 106).

126 Tatsächlich sah dies *in praxi* zum Teil anders aus. So vernachlässigt Hannah Arendt in ihrer Untersuchung den totalitären Kommunismus. Gleiches gilt für Eric Voegelin. Auch Bracher und Nolte legen ihr Schwergewicht auf den Nationalsozialismus. Das wäre bei Friedrich wohl kaum anders gewesen, wenn er mit Brzezinski nicht einen Sowjetologen als engen Mitarbeiter gehabt hätte.

127 W. Wippermann (Anm. 40), S. 107. Weiter heißt es:

„Wer dieser Frage ausweicht, handelt unredlich.“

128 Ebd., S. 117.

129 Ch. Butterwege (Anm. 41), S. 71.

130 Ebd., S. 71.

tremisten „vergleicht“). Nicht nur die normative Sichtweise Butterwegges kann nicht geteilt werden. Die Ablehnung gilt ebenso für seine prospektive Auffassung, wenn er jener Position, die die Ansicht vertritt, Totalitarismuskonzeptionen spielen künftig eine größere Rolle, schlicht unterstellt, der Wunsch sei Vater des Gedankens. „Vielmehr dürfte gerade die Auflösung des Ost-West-Gegensatzes (im alten Sinne) das Schicksal der Totalitarismustheorie wohl endgültig besiegelt haben: Seines aktuellen Gebrauchswertes als politischer Kampfbegriff und als Diffamierungsinstrument weitgehend beraubt, spielt der fragwürdige Terminus ‚Totalitarismus‘ nur noch eine untergeordnete Rolle.“¹³¹ Das Gegenteil dürfte richtig sein. Allenfalls ließe sich die Bezeichnung „totalitär“ als *fragwürdig* klassifizieren.

Nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus besteht eine Symmetrie im Ver-

131 Ebd., S. 75.

gleich – jedenfalls bezogen auf den europäischen Totalitarismus – insofern, als Anfang und Ende des Bolschewismus wie des Nationalsozialismus feststehen. Die nun unvoreingenommen zu sichtende Hinterlassenschaft der einen wie der anderen totalitären Herrschaft bildet die wichtigste Voraussetzung für die komparative Ebene. Das gilt in zweierlei Hinsicht: Erstens dürfte am Ausgang des 20. Jahrhunderts die Thematik weniger Emotionen als früher hervorrufen, da angesichts der verheerenden Wirkungen des Totalitarismus heute nur noch sehr wenige bereit sein dürften, ihn zu legitimieren. Zweitens ist die Grundlage für sein Studium wissenschaftlich ergiebiger geworden. Totalitäre Systeme, erst einmal zusammengebrochen, sind kein *arcanum imperii* mehr. Was in den Akten steht, spricht Bände, ebenso das, was die Menschen (Opfer, Mitläufer, in die totalitären Mechanismen Verstrickte, Täter) von der Vergangenheit zu berichten wissen. Auf beide Quellengattungen kann die Totalitarismusforschung nicht verzichten, will sie ein möglichst unverzerrtes Bild gewinnen.

Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung

Eine wissenschaftssoziologische Skizze

I. Einleitung

Der Sturz der kommunistischen Einparteiensysteme in Europa 1989–1991 stellt zweifellos eine weltgeschichtliche Zäsur dar. Darüber hinaus bedeutet er auch für die Geschichte theoretischer Ansätze in der Kommunismusforschung einen wichtigen Einschnitt. Dies wird deutlich, wenn man sich den seit 1989 wachsenden Einfluß des Totalitarismuskonzepts – genauer: verschiedener Varianten dieses Konzepts – vor Augen führt. Dieser hat sich in einer rapiden Verbreitung der Termini „totalitär“ und „Totalitarismus“ nicht nur in der politischen Alltagssprache, sondern auch in der Wissenschaft niedergeschlagen. Selbst ehemalige Skeptiker und Gegner betrachten den Totalitarismusansatz seit 1989 mit großem Respekt; charakteristische Aussagen dieses Ansatzes werden von früheren Gegnern zuweilen euphorisch als bedeutende Einsichten in die Funktionsweise kommunistischer Systeme gepriesen¹.

Die seit dem Zusammenbruch kommunistischer Systeme in Europa zu beobachtende Hochkon-

Dieser Essay ist zugleich – in stark gekürzter Form – Teil der Einleitung in den von mir herausgegebenen Sammelband „The Totalitarian Paradigm after the End of Communism. Towards a Theoretical Reassessment“, Amsterdam – Atlanta 1998 (im Druck). Eine deutsche Ausgabe ist in Vorbereitung.

1 Zur Hochkonjunktur des Totalitarismuskonzepts nach 1989 im deutschen Sprachraum vgl. ausführlicher: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Totalitarismus und Totalitarismusforschung – Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn – Berlin 1992, S. 7–27; Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12–23, insbesondere S. 12. Ein eindrückliches Beispiel dafür, wie stark Autoren des linken politischen Spektrums ihre frühere Abwehrhaltung gegenüber dem Totalitarismusansatz revidierten, bietet Wolfgang Kraushaar, Die auf dem linken Auge blinde Linke, in: Die Zeit vom 11. März 1994, S. 70. Zur Rezeption des Totalitarismuskonzepts in der amerikanischen Kommunismusforschung und in Osteuropa vgl. Abbott Gleason, Totalitarianism: The Inner History of the Cold War, New York – Oxford 1995.

junktur in der Verwendung des Totalitarismusbegriffs kontrastiert stark mit der Situation in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, als das Totalitarismuskonzept bei einem großen (und damals noch wachsenden) Teil der Kommunismusforscher aus noch darzulegenden Gründen verpönt war und zunehmend seltener Verwendung fand; dieser Zeitraum stellt in der Rezeptionsgeschichte des Ansatzes also eine „konjunkturelle Baisse“ dar. Erste Gegentendenzen zeichneten sich wieder Anfang der achtziger Jahre ab², doch erst im Zuge des epochalen Umbruchs 1989–1991 wurde der Totalitarismusansatz in weiten Kreisen westlicher Wissenschaftler „rehabilitiert“.

Ist diese erneute Attraktivität von Totalitarismuskonzepten in der Kommunismusforschung gleichbedeutend mit einer Art „globalem Erkenntnisfortschritt“ dieser Disziplin? Oder anders gefragt: Haben Totalitarismuskonzepte wegen ihrer höheren kognitiven Leistungsfähigkeit – d. h. ihrer größeren Erklärungskraft und ihres höheren deskriptiven Potentials – gegenüber anderen Ansätzen an Ein-

2 Eine wichtige Quelle erneuten Respekts vor der Totalitarismustheorie in der westlichen Kommunismusforschung war das veränderte Selbstbild osteuropäischer Oppositioneller (siehe unten, Kap. III); dies kommt z. B. in der wichtigen Studie Karl Schlöglers, Der renitente Held. Arbeiterproteste in der Sowjetunion, 1953–1983, Hamburg 1984, zum Ausdruck. Vgl. auch den Überblicksartikel von Siegfried Jenkner, Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/84, S. 16–26. Publikationen, die der Totalitarismustheorie wohlwollend oder zumindest unvoreingenommen gegenüberstanden, wurden im Verlauf der achtziger Jahre wieder zahlreicher. Das erneute Interesse am Totalitarismusansatz dokumentiert sich z. B. in Ernest A. Menze (Hrsg.), Totalitarianism Reconsidered, Port Washington – London 1981; Irving Howe (Hrsg.), 1984 Revisited. Totalitarianism in our Century, New York u. a. 1983; Stephen P. Soper, Totalitarianism: A Conceptual Approach, Lanham 1985; Konrad Löw (Hrsg.), Totalitarismus, Berlin 1988. In der Bundesrepublik Deutschland wurden vor allem die Werke Karl Dietrich Brachers prägend, und zwar nicht nur für die Deutung des Nationalsozialismus. Siehe z. B. Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982; ders., Die totalitäre Erfahrung, München 1987.

fluß (wieder-)gewonnen?³ Diese Frage ist keinesfalls bedenkenlos zu bejahen, denn die „Konjunktur“ eines Forschungsparadigmas wird gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften auch durch Faktoren nicht-kognitiver Art bestimmt. Zu derartigen Faktoren gehören vor allem bestimmte „politische Großwetterlagen“ oder allgemein Einflüsse des „Zeitgeistes“, welche sozusagen von außen auf das „Subsystem Wissenschaft“ einwirken. Angesichts dessen kann aus der steigenden Attraktivität eines bestimmten Paradigmas nicht direkt auf dessen höheres Erkenntnispotential geschlossen werden⁴. Im Fall der neuerlichen Hochkonjunktur des Totalitarismusansatzes wird man sogar mit einem besonders ausgeprägten nicht-kognitiven Faktor rechnen müssen. Die Gründe dafür liegen vor allem in den politisch wertenden (und daher emotional besetzten) Konnotationen, die Totalitarismuskonzepte neben ihrem explanativen und deskriptiven Gehalt haben

3 Die erneute Attraktivität des Totalitarismuskonzepts in der Wissenschaft wird von Gleason unterschätzt, wenn er schreibt, daß das Konzept (bzw. entsprechende Termini) zwar außerhalb der Wissenschaft aufgeblüht sei, innerhalb der Kommunismusforschung aber nach wie vor mit großer Skepsis betrachtet werde (Vgl. A. Gleason [Anm. 1], S. 7 f.). Zumindest in Deutschland ist die steigende Konjunktur des Konzepts (und entsprechender Termini) unverkennbar, aber auch in den USA hat es unzweifelhaft einen Aufschwung erlebt, wie z. B. Publikationen von Seymour Martin Lipset, Giovanni Sartori, Rasma Karklins oder Ellen Comisso – um nur einige wenige zu nennen – erkennen lassen.

4 Hinzuzufügen ist, daß es in jeder „scientific community“ auch endogene Mechanismen gibt, die kognitive Fortschritte blockieren (oder zumindest verzögern) und dazu führen, daß sich die kognitiv leistungsfähigsten Ansätze oft nicht durchsetzen: Statuserhaltungsinteressen von Wissenschaftlern bewirken häufig, daß man die eigene Position auch dann noch machtvoll verteidigt, wenn man bereits ahnt, daß konkurrierende Ansätze leistungsfähiger sind. Haben sich derartige Rivalitäten zwischen Wissenschaftlern (bzw. zwischen Angehörigen verschiedener wissenschaftlicher „Schulen“) einmal verfestigt, dann führt dies sehr oft dazu, daß Meinungsverschiedenheiten weniger mit Hilfe von Sachargumenten ausgetragen werden, sondern vielmehr durch den argumentatorisch verbrämten Einsatz positionaler Macht (über die man z. B. als Gutachter in der Forschungsförderung oder als Mitglied von Redaktionsbeiräten u. ä. verfügt). Haben sich derartige Handlungsmaximen in einem bestimmten Milieu erst einmal verfestigt, dann sinkt die Wahrscheinlichkeit, daß kritische Argumente, die den eigenen Ansatz substantiell in Frage stellen, sachlich angemessen thematisiert werden. Kognitive Fortschritte bleiben in einer solchen Atmosphäre aus oder werden erheblich verzögert. Zur Rolle nicht-kognitiver Faktoren im Subsystem Wissenschaft vgl. Thomas S. Kuhn, *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago 1973²; Leszek Nowak, *Science, that is. Domination through Truth*, in: Piotr Buczkowski/Andrzej Klawiter (Hrsg.), *Theories of Ideology and Ideology of Theories*, Amsterdam – Atlanta 1986, S. 106–122; Leszek Nowak, *Spiritual Domination as a Class Oppression: A Contribution to the Theory of Culture in Non-Marxian Historical Materialism*, in: *Philosophy of the Social Sciences*, 18 (1988), S. 231–238.

und die seit jeher ihre Konjunktur in Wissenschaft und Politik mitbestimmen.

Will man sich ein Urteil über die kognitive Leistungsfähigkeit von Totalitarismusansätzen in der Kommunismusforschung bilden, dann wäre es also unangemessen, die gegenwärtige Popularität dieser Konzeption als Indikator eines entsprechend hohen Erkenntnispotentials zu betrachten; statt dessen ist eine sorgfältige und nüchterne Untersuchung ihres Aussagegehalts unabdingbar. Eine solche Untersuchung mag durchaus die politisch wertenden Aspekte (sowie deren Einfluß auf die Paradigmenkonjunktur) thematisieren; hierbei sollte es jedoch möglich sein, von den politisch wertenden Komponenten von Totalitarismuskonzepten deren genuin kognitive Aspekte zu unterscheiden und beide sachgerecht – sine ira et studio – zu beurteilen.

In diesem Essay möchte ich zeigen, daß der Konjunkturzyklus des Totalitarismuskonzepts nicht nur durch die wechselnden „politischen Großwetterlagen“ der vergangenen Jahrzehnte erklärbar ist – durch die Schwankungen des „politischen Zeitgeistes“ also⁵ –, sondern in einem beträchtlichen Ausmaß auch durch die *relative* kognitive Leistungsfähigkeit des Ansatzes, d. h. durch seine Erklärungskraft und sein deskriptives Potential im Vergleich zu konkurrierenden Ansätzen.

Es versteht sich von selbst, daß in diesem Essay nicht die ganze Breite der existierenden Totalitarismusansätze diskutiert werden kann; wenn daher im folgenden vereinfachend von „dem Totalitarismuskonzept“ bzw. „den klassischen Totalitarismuskonzepten“ die Rede ist, so sind in erster Linie die beiden paradigmatischen, d. h. meistdiskutierten und international prägendsten Ansätze gemeint: nämlich die Konzeptionen Carl Joachim Friedrichs und Hannah Arendts.

5 Die bislang zum Phänomen des Konjunkturzyklus publizierten Äußerungen thematisieren vor allem – wenn nicht ausschließlich – diesen Zusammenhang; vgl. U. Backes/E. Jesse (Anm. 2), S. 10–14; Heinz Peter Hamacher, *DDR-Forschung und Politikberatung 1949–1990: Ein Wissenschaftszweig zwischen Selbstbehauptung und Anpassungszwang*, Köln 1991, insbesondere S. 54–66; Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft: Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart u. a. 1994, S. 43–45. Die Frage, inwieweit die Schwankungen in der Verbreitung des Totalitarismusansatzes auf eine davon unabhängige – und im Zeitverlauf variierende – kognitive Leistungsfähigkeit des Ansatzes zurückzuführen sind, wird in der Regel nicht gesondert behandelt.

II. Die politisch wertenden Konnotationen des Totalitarismusansatzes als Determinante seiner „Konjunkturen“ in der Kommunismusforschung

Führt man sich den empirischen Ursprung von Totalitarismuskonzepten und die prägenden politischen Erfahrungen ihrer Autoren vor Augen, dann sind die politisch wertenden Konnotationen von Totalitarismuskonzepten sehr deutlich zu erkennen. Die Termini „Totalitarismus“ und „totalitäres System“ wurden zuerst von liberalen Gegnern des italienischen Faschismus (ab 1923) zur Charakterisierung dieses Regimes verwendet⁶; diese Bezeichnungen sollten dabei eine negative Bewertung ausdrücken. Eine wachsende Zahl kritischer Beobachter begriff die als „neuartig“ wahrgenommenen Diktaturen des Bolschewismus, des italienischen Faschismus und später auch des Nationalsozialismus trotz des unterschiedlichen Inhalts ihrer Ideologien als „gleichartig“, da sie gleichermaßen radikal die Organisationsprinzipien liberaler Verfassungsstaaten negierten. Derartige Konzeptualisierungsversuche waren zumeist von der Sorge um das Überleben der verfassungsstaatlichen Demokratien motiviert.

Ähnliche Erfahrungen, Befürchtungen und Werturteile motivierten auch Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski, ihr Konzept der totalitären Diktatur zu entwickeln, das in der Ära des Kalten Krieges populär wurde und wohl noch immer das am breitesten rezipierte und weltweit einflußreichste Totalitarismuskonzept darstellt. Friedrich und Brzezinski fürchteten nämlich die Ausbreitung der totalitären Diktatur, die – wie die Autoren meinten – „aller menschlichen Freiheit und Individualität feindseliger gegenübersteht als die Autokratien der Vergangenheit“⁷; letztere hielten Friedrich und Brzezinski für „nicht annähernd so entsetzlich, wie die totalitären Diktaturen unserer Zeit es geworden sind“⁸. Die Autoren charak-

terisierten eine totalitäre Diktatur durch sechs „Wesenszüge“, die für die Aufrechterhaltung eines totalitären Systems funktional notwendig und – im Hinblick auf diese Funktion – interdependent seien. Die sechs Charakteristika beinhalteten im einzelnen 1. eine chiliastische Ideologie, die einen totalen Herrschaftsanspruch begründet, 2. eine hierarchisch gegliederte Avantgarde-Partei, welche die staatlichen Organisationen dominiert; 3. eine terroristisch operierende Geheimpolizei, die nicht nur reale Gegner, sondern auch willkürlich ausgewählte Bevölkerungsgruppen verfolgt; 4. eine monopolistische Verfügungsgewalt des Parteistaats über die Massenkommunikationsmittel sowie 5. über die Kriegswaffen und staatlichen Zwangsmittel, ferner 6. eine zentrale Lenkung der Wirtschaft⁹. Im Hinblick auf dieses „totalitäre Syndrom“ (Friedrich) behaupteten die Autoren eine „Wesensgleichheit“ kommunistischer Systeme einerseits und faschistischer Regime (vor allem des Nationalsozialismus) andererseits. Sie grenzten diese „totalitären Diktaturen“ kategorial nicht nur von den liberalen Verfassungsstaaten, sondern auch von herkömmlichen Autokratien ab. Habe sich einmal in einem Land das „totalitäre Syndrom“ über mehrere Jahre hinweg etablieren können, dann sei es aufgrund der Allgegenwart der Repressionsapparate und der nahezu totalen Kontrolle der Bevölkerung so gut wie ausgeschlossen, daß ein solches Regime „von innen heraus“ – d. h. ohne äußere militärische Unterstützung – gestürzt werden könne¹⁰.

Wie auch immer sich die einzelnen Varianten der Totalitarismustheorie unterscheiden mochten, sie beinhalteten stets eine extrem negative Bewertung der als „totalitär“ bezeichneten Systeme, Systemelemente oder Entwicklungstendenzen; dies implizierte eine relativ positive Bewertung aller nicht-totalitären oder gar anti-totalitären Strukturen, insbesondere der Institutionen des liberalen Verfassungsstaats samt dessen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen. Da kommunistische Systeme und Ideen unter diesem Blickwinkel als totalitär (bzw. potentiell totalitär) galten, lehnten diejenigen, die kommunistischen Ideen großes Wohlwollen entgegenbrachten, Totalitarismuskonzepte in der Regel ab – und zwar oft sehr schroff und nicht selten auch ohne Ansehung ihres Aussagegehalts¹¹.

9 Vgl. ebd., S. 19 f.

10 Vgl. ebd., S. 250–266, insbes. S. 251, 255.

11 Beispielhaft sind Reinhard Kühnls Polemiken gegen das Totalitarismuskonzept, die bei einem Großteil der Linken lange Zeit sehr populär waren. Vgl. Reinhard Kühnl, Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in der BRD,

6 Vgl. Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke (Hrsg.), Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978, S. 105–128; ders., Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996, S. 15–36.

7 Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956. Hier wie im folgenden zitiere ich stets nach der deutschen Ausgabe: Carl J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957, S. 266.

8 Ebd., S. 13.

Die Auseinandersetzungen um die Verwendung von Totalitarismusansätzen in der Wissenschaft verdankten sich also zweifellos zu einem großen Teil den Wertimplikationen dieser Konzepte und insbesondere den Emotionen, die durch die Anwendung auf kommunistische Systeme erzeugt wurden. In der Bundesrepublik Deutschland schlugen derartige Emotionen besonders hohe Wellen, denn hier folgten auf die („totalitäre“) nationalsozialistische Diktatur und die anschließende Teilung Deutschlands zwei Systeme, die – gemäß der vorherrschenden Variante der Totalitarismustheorie – den Gegensatz zwischen totalitären und demokratisch-verfassungsstaatlichen Systemen repräsentierten. Eine solche Auffassung implizierte unmittelbar bestimmte Bewertungen der Legitimität dieser Systeme, so daß die Haltung zur Totalitarismustheorie gleichzeitig auch eine bestimmte Position zur Legitimität der beiden deutschen Staaten und letztlich zur „deutschen Frage“ nahelegte. Deshalb hatte die Haltung zur Totalitarismustheorie im Deutschland der Nachkriegszeit eine noch größere politische Relevanz als in vielen anderen Ländern¹².

Unterstellt man realistisch, daß Wissenschaftler nicht vollständig und nicht ohne Ausnahme unabhängig vom „Zeitgeist“ und entsprechenden politischen Emotionen arbeiten, dann ist klar, daß die Paradigmenkonjunkturen in der Wissenschaft durch Schwankungen der allgemeinen politischen Stimmung in einem Land mit beeinflußt werden. Dies gilt auch für den Totalitarismusansatz: So fällt die nachlassende Anziehungskraft des Totalitarismuskonzepts in den sechziger Jahren in die Zeit der Entspannungspolitik, der Studentenbewegung an westlichen Universitäten und des Vietnam-Kriegs. Diese drei Entwicklungen wirkten sich in Änderungen der politischen Stimmungslage aus, die den politisch wertenden Konnotationen von Totalitarismustheorien eher entgegenwirkten, die Wertimplikationen alternativer Ansätze hingegen begünstigten. Während des Aufstiegs der Entspannungspolitik wurde die eindeutig negative Bewertung kommunistischer Sy-

steme, wie sie in Totalitarismuskonzepten enthalten war, als störend empfunden¹³, wodurch das Bedürfnis nach einer abgemilderten, „differenzierteren“ Bewertung genährt wurde. Im Zuge des Vietnam-Kriegs und der Studentenbewegung wurde der Blick vieler Zeitgenossen – insbesondere vieler Intellektueller – auf das eigene, westliche politische System zusehends kritischer, und komplementär hierzu stieg die Bereitschaft, kommunistischen Ideen mehr Wohlwollen und „Verständnis“ entgegenzubringen.

Alle drei Entwicklungen beeinflussten also die allgemeine politische Stimmung in westlichen Ländern so, daß die wertenden Konnotationen der Totalitarismustheorie alles in allem weniger „eingängig“ und weniger „selbst-evident“ erschienen als noch in den fünfziger Jahren¹⁴. Die antikommunistische Grundhaltung, welche das dominierende Totalitarismuskonzept – der Ansatz Friedrichs – nahelegte, wurde vor allem von Intellektuellen immer häufiger angegriffen. In diesem veränderten politischen Klima an westlichen Universitäten stieß dann auch der allgemeine vergleichende Anspruch des Totalitarismuskonzepts – und die Hypothese, faschistische und kommunistische Regime (zumindest in ihrer stalinistischen Phase) wiesen grundlegende Gemeinsamkeiten auf – von vornherein auf ein starkes, emotional zementiertes Unbehagen, das eine sachgerechte Erörterung von Totalitarismuskonzepten immer schwieriger machte. Der neue, „anti-anti-kommunistische“ Zeitgeist an westlichen Universitäten schuf damit eine steigende Nachfrage nach Theorien, die mit den veränderten „Zeichen der Zeit“ kompatibel waren, also keine offen antikommunistischen Bezüge aufwiesen. Dies erklärt sicherlich zu einem großen Teil, warum viele Theoretiker in den sechziger und siebziger Jahren Totalitarismuskonzepte nicht beibehielten (bzw. gar nicht erst aufgriffen), selbst wenn diese hinsichtlich ihrer kognitiven Leistungsfähigkeit durchaus ausbau- und entwick-

in: Martin Greiffenhagen/Reinhard Kühnl/Johann Baptist Müller (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München 1972, S. 7–21.

12 Vgl. ergänzend hierzu Eckhard Jesse, *Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen*, in: ders. (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1996, S. 9–39, hier S. 10. Vgl. auch Wolfgang Kraushaar, *Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie – zu einem Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Studentenbewegung*, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 267–283.

13 Dies zeigt eine Aussage Erhard Eplers aus den achtziger Jahren sehr anschaulich. Nach Eplers Auffassung stand das Totalitarismuskonzept „dem Frieden im Wege“ und stellte für die Sowjetunion eine Barriere dar, „deren Anblick demütigt, empört, jeden Dialog vergiftet“. Vgl. Erhard Epler, *Die Totalitarismustheorie und unser Verhältnis zur Sowjetunion*, in: Dieter Goldschmidt/Sophonette Becker (Hrsg.), *Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe*, Gütersloh 1989, S. 507–521, hier S. 517, 520.

14 Eine differenziertere Darstellung, die über meine verallgemeinernden Ausführungen hinaus- und auch auf länderspezifische Entwicklungen eingeht, findet sich bei A. Gleason (Anm. 1), insbesondere Kap. 7, 8 und 10. Zur (differierenden) Entwicklung in Frankreich vgl. David Bosshart, *Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik*, Berlin 1992.

lungsfähig waren¹⁵. Der sogenannte „immanente“ Ansatz kam dem damaligen Zeitgeist viel eher entgegen: Seine Vertreter verfolgten explizit das Programm, bei der Beschreibung kommunistischer Systeme sich „zuerst“ an deren „eigenem Selbstverständnis“ zu orientieren und kommunistische Systeme aus ihren „eigenen Gegebenheiten und proklamierten Zielen“ zu beurteilen¹⁶. Überzeugende prinzipielle Gründe für die *kognitive* Überlegenheit des immanenten über einen nicht-immanenten Ansatz ließen sich freilich nicht anführen¹⁷.

Betrachtet man nun die rasante konjunkturelle Aufschwungsphase des Totalitarismusansatzes seit 1989, so ist auch hier der Einfluß des Zeitgeistes nicht zu übersehen: Das Scheitern der kommunistischen Systeme in Europa 1989–1991 beeinflusste den politischen Zeitgeist so, daß dieser sich nun wieder wesentlich stärker im Einklang mit den politisch wertenden Implikationen von Totalitarismuskonzepten befand. Denn der Zusammenbruch des Kommunismus mußte jedem Beobachter das

ungeheure Legitimationsdefizit dieser Regime offenbaren: Das kommunistische Projekt war in den Augen der Bevölkerung, aber auch vieler Funktionäre des Systems gescheitert. Ab jetzt konnten nur noch Sektierer oder Außenseiter kommunistischen Experimenten und den ihnen zugrunde liegenden Utopien mit naiver Unbefangenheit oder gar einer Art „Vertrauensvorschuß“ begegnen. Demgegenüber schienen die Bewertungen kommunistischer Systeme, die in Totalitarismuskonzepten enthalten waren, einen nahezu universalen, geschichtsmächtigen Trend widerzuspiegeln, der sich nun offenbar unaufhaltsam durchsetzte.

Dieser Eindruck verbreitete sich in den Jahren 1989–1991 sehr schnell, und er bildet wohl noch immer eine der wichtigsten Komponenten des gegenwärtigen Zeitgeistes. Vergegenwärtigt man sich, daß die meisten Zeitgenossen das Bedürfnis haben, sich einigermaßen im Einklang mit den „Zeichen der Zeit“ zu befinden, dann ist auch die Neigung vieler Menschen verständlich, seit 1989 bei der Beschreibung und Analyse kommunistischer Systeme zu solchen Termini oder Konzepten zu greifen, die eine eindeutig negative Wertung zum Ausdruck bringen. Daß derlei Umorientierungen auch innerhalb der *scientific community* nicht selten überhastet vonstatten gehen, läßt sich beispielsweise daran erkennen, wie die Termini „totalitär“ und „Totalitarismus“ oftmals verwendet werden: Häufig bleibt unklar, welchen Begriffsinhalt die Autoren überhaupt zugrunde legen, und damit auch, ob und inwieweit sich der gemeinte Totalitarismusbegriff von den gebräuchlichen Totalitarismusbegriffen (aber auch von den Inhalten anderer Begriffe aus der Kommunismusforschung) unterscheidet¹⁸. Das bedeutet, daß die negativere Bewertung des kommunistischen Projekts, die mit der solchermaßen überstürzten Verwendung der Totalitarismuskonzepte zum Ausdruck kommen soll, in den betreffenden Fällen offenbar auf kein hinreichend reflektiertes Fundament theoretischer und empirischer Aussagen gestützt ist. In solchen Fällen scheint das wichtigste Motiv für den Gebrauch der Termini „totalitär“ und „Totalitarismus“ darin zu bestehen, ein eher emotional fundiertes Werturteil zu äußern, und weniger, zu einer genaueren Kennt-

15 Ein vielversprechender Ansatz war z.B. in Martin Draths Artikel „Totalitarismus in der Volksdemokratie“ enthalten (in: Ernst Richert, Macht ohne Mandat, Köln – Opladen 1958, S. ix–xxxiv). Ein Beispiel dafür, mit welchen schwachen Argumenten man in späteren Jahren die Ablehnung von Draths Konzeption zu rationalisieren pflegte, findet sich bei Gert-Joachim Glaebner, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982, S. 66–68. Im Werk von Peter Christian Ludz ist die zunehmende Distanzierung vom Totalitarismusbegriff im Laufe der sechziger Jahre deutlich zu erkennen, nachdem sein 1961 veröffentlichter Ansatz „Offene Fragen der Totalitarismusforschung“ (wiederabgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner [Hrsg.], Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 466–512) noch das Interesse an einer Verbesserung des Totalitarismusansatzes zum Ausdruck gebracht hatte. Vgl. demgegenüber ders., Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln – Opladen 1968, insbesondere S. 11–14; ders., Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, in: Rüdiger Thomas (Hrsg.), Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR, München 1971, S. 11–23, insbes. S. 11f.

16 So der Klappentext des Buchs von Rüdiger Thomas, Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation, München 1972, S. 1.

17 Eine treffende prinzipielle Kritik des seit Ende der sechziger Jahre weithin akzeptierten „immanenten Ansatzes“ findet sich bei Peter Graf Kielmansegg, Krise der Totalitarismustheorie?, in: Zeitschrift für Politik, 21 (1974), S. 311–326; wiederabgedruckt in: E. Jesse (Anm. 12), S. 286–304, insbesondere S. 290–292. Im übrigen ermöglicht auch die Totalitarismuskonzeption von C. J. Friedrich durchaus eine Berücksichtigung des ideologischen Selbstverständnisses kommunistischer Totalitarismen einerseits und faschistischer Regime andererseits, wenn auch nur in Form eines sekundären Aspekts. Vgl. hierzu ausführlich: Achim Siegel, Carl Joachim Friedrich's Concept of Totalitarian Dictatorship: A Reinterpretation, in: ders. (Hrsg.), The Totalitarian Paradigm after the End of Communism. Towards a Theoretical Reassessment, Amsterdam – Atlanta 1998 (im Druck), S. 273–302.

18 Daß der Totalitarismusbegriff angesichts der Vielzahl unterschiedlicher (und teilweise sogar gegensätzlicher) Begriffsvarianten nicht mehr undefiniert verwendet werden sollte, begründet Lothar Fritze, Totalitarismus und Modernitätskritik. Anmerkungen zu einer Konferenz des Hamburger Instituts für Sozialforschung, in: Mittelweg 36, 3 (1994) 4, S. 60–64. Vgl. auch die zugehörige Berichtigung, in: ebd., 5, S. 54.

nis und besseren Erklärung kommunistischer Herrschaft beizutragen.

Meine Argumentation sollte deutlich gemacht haben, daß der Trend zur häufigeren Verwendung von Totalitarismuskonzepten (bzw. entsprechender Termini) nicht notwendigerweise einen Erkenntnisfortschritt auf breiter Ebene signalisiert oder gar, daß Totalitarismuskonzepte kognitiv leistungsfähiger als all jene konkurrierenden Konzepte sind, die sich momentan geringerer Attraktivität erfreuen. Der „stille Sieg“ des Totalitarismusbegriffs¹⁹ seit 1989 verdankt sich also zumindest teilweise seiner momentan zum „Zeitgeist“ passenden wertenden Konnotationen – auch wenn deren Einfluß freilich schwer zu quantifizieren ist, denn die Popularitätszyklen theoretischer Ansätze in der Kommunismusforschung haben natürlich auch gewichtige kognitive Gründe.

Im nächsten Abschnitt möchte ich auf einige „konjunkturelle Wendepunkte“ eingehen, die das Totalitarismuskonzept erfahren hat; dabei soll skizziert werden, auf welche Weise die kognitive Leistungsfähigkeit des Totalitarismusansatzes zu dessen Popularitätszyklus beigetragen hat.

III. Zur kognitiven Leistungsfähigkeit des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung

Die allmähliche Ablösung des Totalitarismuskonzepts als dominierendes Paradigma in der westlichen Osteuropaforschung in den sechziger Jahren kann sicherlich nicht nur auf die politisch wertenden Komponenten dieses Konzepts zurückgeführt werden. Zwar ist offensichtlich, daß die vorherrschende Variante des Totalitarismuskonzepts – Friedrichs Ansatz aus den fünfziger Jahren – mit der Behauptung einer Wesensgleichheit von kommunistischen und faschistischen Regimen sowie der Betonung der Notwendigkeit einer strikten anti-totalitären Außenpolitik²⁰ weniger zur Legi-

19 Jürgen Braun, *Stiller Sieg eines Begriffes*, in: *Das Parlament*, Nr. 18/1994, S. 1.

20 So erschien es Friedrich 1956 „sehr deutlich, daß die Möglichkeit friedlicher Koexistenz der Völker auf dieser Erde das Verschwinden totalitärer Diktatur zur Voraussetzung hat. Da nach ihren eigenen laut verkündeten Erklärungen die totalitäre Diktatur insbesondere der Sowjets die ganze Welt umfassen muß, so bleibt denen, die den Kommunismus ablehnen, nichts anderes übrig, als auf den Untergang dieses Totalitarismus hinzuarbeiten. Jedes Nachlassen in der Wachsamkeit, die erforderlich ist, um diesem ideologischen Welteroberer zu begegnen, beschwört die Gefahr

timierung der Entspannungspolitik geeignet war als z. B. modernisierungstheoretische Deutungen kommunistischer Systeme. Ein mindestens ebenso wichtiger Faktor für die zunehmende Skepsis gegenüber Totalitarismuskonzepten war jedoch, daß die Veränderungen in den kommunistischen Ländern Europas nach Stalins Tod wichtigen Aussagen (bzw. Implikationen) klassischer Totalitarismuskonzepte widersprachen.

Aus seiner Konzeption der totalitären Diktatur leitete Friedrich Mitte der fünfziger Jahre ein Szenario für die weitere Entwicklung der sowjetkommunistischen Regime ab²¹: Es sei „wahrscheinlich, daß die totalitäre Diktatur im Verlauf ihrer weiteren Entwicklung trotz eines wiederholten Auf und Ab in der Intensität totaler Herrschaftsverwirklichung diese in zunehmendem Maße durchbildet“²², wohingegen eine Rückbildung in eine „weniger gewalttätige Form der Autokratie“²³ – wie es damals in einigen Varianten der Modernisierungstheorie prognostiziert wurde – von Friedrich für „nicht sehr wahrscheinlich“²⁴ gehalten wurde. Zu den Wesenszügen totalitärer Diktaturen zählte Friedrich auch geheimpolizeilichen Terror gegen „objektive Feinde“, d. h. gegen willkürlich ausgewählte Gruppen der Bevölkerung.

Im Gegensatz zu Friedrichs Szenario verloren in fast allen kommunistischen Ländern Europas (einschließlich der Sowjetunion) terroristische Herrschaftsmethoden seit Mitte der fünfziger Jahre erheblich an Bedeutung, so daß die Unterdrückung für die Bevölkerung berechenbarer wurde: Es war nun kalkulierbarer, welches Verhalten gewaltsame Sanktionen der Repressionsapparate auslöste, und mit welchem Verhalten man dem entgehen konnte. Zudem wurden in der nachstalinistischen Ära in vielen Ländern Zugeständnisse in kulturpolitischen Bereichen gemacht und Wirtschaftsreformversuche unternommen, was insgesamt (in der Terminologie von Totalitarismuskonzepten) einen Trend zur Detotalisierung der kommunistischen Einparteiherrschaft anzuzeigen schien.

Für eine befriedigende Erklärung dieses Wandels schienen die klassischen Totalitarismuskonzepte kaum geeignet. Dies galt nicht nur für Friedrichs Ansatz, sondern auch für die meisten anderen

herauf, daß Katastrophen wie der Zweite Weltkrieg eintreten.“ (C. J. Friedrich [Anm. 7], S. 102.)

21 Daß dieses Szenario aus seiner Totalitarismuskonzeption abgeleitet, d. h. theoretisch fundiert war, wird von mir an anderer Stelle (vgl. Anm. 17) detailliert gezeigt.

22 C. J. Friedrich (Anm. 7), S. 264.

23 Ebd.

24 Ebd., S. 265.

Varianten der Totalitarismustheorie, insbesondere für alle diejenigen Ansätze, die totalitäre Herrschaft im wesentlichen als ein System auffaßten, das seine revolutionär-terroristische Dynamik inhärent erweiterte und gleichsam „institutionalisierte“.

Eine solche Konzeption hatte z. B. auch Hannah Arendt in ihren *Origins of Totalitarianism* aus dem Jahr 1951 vertreten; später – in einem 1966 geschriebenen Vorwort zur Neuauflage dieses Buches – stellte sie fest, daß auf dem sowjetischen Volk „heute nicht mehr der Alptraum eines totalitären Regimes“ laste, sondern das Volk „nur noch unter den vielfältigen Unterdrückungen, Gefahren und Ungerechtigkeiten (leidet), die eine Einparteiendiktatur mit sich bringt“²⁵; für Arendt hatte „die totale Herrschaft . . . mit dem Tod Stalins in Rußland nicht weniger ihr Ende gefunden als in Deutschland mit dem Tod Hitlers“²⁶. Diese Feststellungen waren jedoch lediglich ad-hoc-Aussagen; eine konzeptionell stimmige Erklärung der historischen Entwicklung kommunistischer Systeme wurde von ihr nicht entwickelt. Im Rahmen von Arendts Ansatz blieb also fraglich, wie ein System, das seine terroristische Dynamik perpetuiert zu haben schien, sich evolutionär in eine (nicht mehr totalitäre) kommunistische Einparteiendiktatur verwandeln konnte²⁷. Dieses Erklärungsdefizit wiesen zwar nicht alle, aber die meisten der damaligen Totalitarismuskonzeptionen auf²⁸.

Auf die sogenannte „Entstalinisierung“ wurde innerhalb der Totalitarismusforschung in der Folgezeit auf zweierlei Art reagiert: Manche Theoretiker – zu ihnen gehörte z. B. Hannah Arendt – behielten ihren früheren Totalitarismusbegriff bei (und erachteten also „Massenterror“ nach wie vor als notwendiges Merkmal von „totalitärer Herrschaft“); dies hatte zur Konsequenz, daß der Geltungsbereich des Totalitarismusbegriffs im Fall der sowjetkommunistischen Regime auf den Stalinis-

mus eingeschränkt blieb. Bei dieser Art der Konzeptualisierung stand man gleichwohl weiterhin, wie oben angedeutet, vor dem Problem, das Ende totalitärer Herrschaft – das hier mit der Entstalinisierung zusammenfiel – theoriekonsistent zu erklären²⁹.

Andere Totalitarismustheoretiker – wie z. B. Carl J. Friedrich – hielten die Kontinuität zwischen stalinistischen und nach-stalinistischen Regimen für so groß und die repressive Qualität der letzteren noch immer für derart außergewöhnlich, daß sie es als angemessen erachteten, auch die nach-stalinistischen Regime als „totalitär“ zu bezeichnen. Um dies tun zu können, mußte der ursprünglich gewählte Begriff totalitärer Herrschaft neu definiert – und das hieß: der Inhalt des Begriffs reduziert – werden. Carl Joachim Friedrich etwa ersetzte das frühere Wesensmerkmal „terroristisch operierende Geheimpolizei“ durch das Merkmal „voll entwickelte Geheimpolizei“. „Terror“ wurde also nicht mehr als notwendiges Merkmal einer totalitären Diktatur erachtet, was im Kontext von Friedrichs Totalitarismustheorie bedeutete, daß Terror nun nicht mehr als funktionales Erfordernis einer „gereiften“ totalitären Diktatur angesehen wurde³⁰. Somit umfaßte Friedrichs modifizierter Totalitarismusbegriff nicht mehr nur die klassischen Anschauungsobjekte der Totalitarismustheorie – den Faschismus (vor allem in Gestalt des Nationalsozialismus) und den sowjetischen Stalinismus –, sondern auch die nach-stalinistischen Regime.

Dieser Versuch zur Korrektur der klassischen Totalitarismuskonzeption stieß jedoch auf wenig positive Resonanz in der Osteuropa- und Kommunismusforschung. Friedrich hatte mit der Verringerung des Begriffsinhalts, wie es schien, eine rein terminologische Veränderung vorgenommen, die zwar eine Erweiterung des Begriffsumfangs zur Folge hatte (d. h. eine Vergrößerung der Zahl der Objekte, welche nun unter den Begriff subsumiert

25 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 491.

26 Ebd.

27 1958 deutete Martin Drath an, wie dieses Problem zu lösen sei. Siehe M. Drath (Anm. 15). Der von Drath skizzierte Ansatz konnte sich in der Folgezeit jedoch nicht durchsetzen.

28 Dies gilt z. B. auch für die relativ bekannten Ansätze Sigmund Neumanns und Franz Borkenaus. Zu Sigmund Neumanns Konzeption vgl. Alfons Söllner, *Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“*. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung, in: ders. (Hrsg.), *Totalitarismus: eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 53–73; zu den Erklärungsdefiziten von Franz Borkenaus Konzeption vgl. insbesondere Johann P. Arnason, *Totalitarianism and Modernity: Franz Borkenau's Totalitarian Enemy as a Source of Sociological Theorizing on Totalitarianism*, in: A. Siegel (Anm. 17), S. 151–179.

29 Auch Juan J. Linz orientierte sich im wesentlichen am klassischen Totalitarismusbegriff, der u. a. das Merkmal „Massenterror“ beinhaltete, und konzipierte die nach-stalinistischen Regime als „post-totalitäre Diktaturen“. Die Erklärungskraft von Linz' Konzept bei der Analyse nach-stalinistischer Regime verdeutlicht z. B. Mark Thompson, *Neither Totalitarian nor Authoritarian: Post-Totalitarianism in Eastern Europe*, in: A. Siegel (Anm. 17), S. 303–328.

30 Siehe seine Artikel: *Totalitarianism: Recent Trends*, in: *Problems of Communism*, 17 (1969), S. 32–43; *The Changing Theory and Practice of Totalitarianism*, in: *Il Politico*, 33 (1968), S. 53–76; *The Evolving Theory and Practice of Totalitarian Regimes*, in: Carl J. Friedrich/Michael Curtis/Benjamin R. Barber (Hrsg.), *Totalitarianism in Perspective: Three Views*, London 1969, S. 123–164.

werden konnten); ein nennenswerter Erkenntnisfortschritt war aber nicht erkennbar. Die Verringerung des Begriffsinhalts (und die dadurch erzielte Erweiterung des Begriffsumfangs), so wurde von zahlreichen Forschern vermutet, sei daher in erster Linie auf Friedrichs politisch-propagandistisches Interesse an einer Verdammung sämtlicher Spielarten des Kommunismus zurückzuführen, denn mit Hilfe dieser Begriffsmodifikation konnten nun auch die nach-stalinistischen Systeme mit dem politisch wertenden „Buh-Etikett“ des Totalitarismus versehen werden³¹.

Die Veränderungen in kommunistischen Systemen schienen vielen Kommunismforschern mit Hilfe anderer Ansätze – wie z. B. bestimmter Varianten der Modernisierungstheorie – besser erklärbar. Zudem herrschte vielerorts der Eindruck vor, daß andere Ansätze bessere Möglichkeiten böten, Theoreme und Argumentationsmuster aus den sich rasch ausbreitenden sozialwissenschaftlichen Disziplinen – insbesondere der Soziologie – zu integrieren³². Dieser Einschätzung (und der da-

31 Zur Kritik an Friedrich siehe insbesondere Frederik J. Flernon, *Soviet Area Studies and the Social Sciences: Some Methodological Problems in Communist Studies*, in: *Soviet Studies*, 19 (1968) 3, S. 313–339, insbesondere S. 339, Fn. 84; Robert Burrowes, *Totalitarianism. The Revised Standard Version*, in: *World Politics*, 21 (1969) 2, S. 272–294, insbesondere S. 288; Martin Jänicke, *Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes*, Berlin 1971, S. 244. Friedrichs Modifikation seiner ursprünglichen Konzeption kann jedoch, wie ich zu zeigen versucht habe (Anm. 17), als theoretisch stringente Korrektur des (inzwischen falsifizierten) ursprünglichen Ansatzes interpretiert werden; hierzu müssen jedoch einige sekundäre Argumentationsbausteine in Friedrichs Ansatz verändert werden. Friedrich war an abstrakten methodischen und theoretischen Debatten nicht sonderlich interessiert und konnte daher seinen Kritikern nur wenig Treffendes entgegenen. Vgl. C. J. Friedrich, *The Evolving Theory* (Anm. 30).

32 Auch in dieser Hinsicht begründete Peter Christian Ludz Anfang der sechziger Jahre eine zunehmend kritische Haltung zum Totalitarismusansatz (vgl. die in Anm. 15 zitierten Arbeiten). In den USA grenzte Robert Tucker 1960 sein Konzept des „movement-regime“ vom Totalitarismusansatz ab und betonte die Notwendigkeit eines „leistungsfähigeren theoretischen Apparats“ („more effective theoretical apparatus“). Vgl. seinen Artikel: *Towards a Comparative Politics of Movement Regimes*, in: *American Political Science Review*, (1961), S. 281–289, hier S. 281. Gordon Skilling entwickelte seinen „interest-group“-Ansatz ebenfalls in bewußter Abgrenzung vom traditionellen „institutionellen Ansatz“, wie er in Friedrichs Totalitarismuskonzept Eingang gefunden hatte. Ähnlich deutlich setzte sich in Deutschland Klaus von Beyme, ein früherer Schüler Friedrichs, in den sechziger Jahren vom klassischen Totalitarismusansatz ab. Vgl. Klaus von Beyme, *Gesellschaftliche Organisationen und Interessenpluralismus in der Sowjetunion*, in: Richard Löwenthal/Boris Meissner (Hrsg.), *Sowjetische Innenpolitik*, Stuttgart 1968, S. 39–48; ders., *Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern*, München 1975.

durch motivierten Abwendung vom Totalitarismusansatz) lag eine bestimmte methodologische Orientierung zugrunde: Die Besonderheiten kommunistischer Systeme sollten so weit wie möglich als besondere Ausprägungen von allgemeinen soziologischen Variablen beschrieben und möglichst nicht als einzigartige Phänomene aufgefaßt werden. Letztere Auffassung hätte nämlich nur eine weitgehend idiographische Beschreibung adäquat erscheinen lassen, während es aufgrund der ersteren Position möglich schien, die Charakteristika kommunistischer Systeme mittels im Prinzip allgemeingültiger Theoreme zu erklären³³. Dieses Bestreben stand jedoch in Kontrast zu manchen Aussagen klassischer Totalitarismustheorien; deren Anhänger beharrten oft auf dem Diktum der „Einzigartigkeit“ totalitärer Systeme (Friedrich) und ihrer „fundamentalen Verschiedenheit“ (Arendt) von allen bisherigen Herrschaftsformen. Vielen Anhängern des Totalitarismusansatzes erschien die Suche nach gleichartigen Merkmalen in demokratischen Verfassungsstaaten einerseits und „totalitären“ Systemen andererseits daher prinzipiell unangemessen³⁴.

So unterschiedlich die alternativen, im weitesten Sinn modernisierungstheoretischen Ansätze³⁵ in Detailfragen sein mochten, hatten sie dennoch wichtige Gemeinsamkeiten, die sie deutlich von klassischen Totalitarismuskonzepten unterschieden. Modernisierungstheoretisch argumentierende Autoren maßen in der Regel Aspekten der technologischen und ökonomischen Entwicklung in kommunistischen Systemen einen wesentlich größeren Einfluß für deren allgemeine politische und gesellschaftliche Entwicklung zu als Totalitarismustheo-

33 Dieses Bestreben mündete zuweilen auch in Fehlurteile. Zum Beispiel scheint die Anwendung von Max Webers Legitimationskonzept auf kommunistische Systeme einige Forscher dazu verleitet zu haben, aus dem Phänomen der Massenloyalität zu folgern, daß kommunistische Systeme bei ihren Bürgern grundsätzlich legitimiert seien. Jerry F. Hough z. B. leitete Mitte der siebziger Jahre aus seiner explizit an den Theorien Webers und Parsons' orientierten Analyse einen solchen Schluß ab: Jerry F. Hough, *The Soviet Union and Social Science Theory*, Cambridge 1977, S. vii-ix, S. 1–5.

34 Sehr deutlich kamen entsprechende Vorbehalte in einer Debatte zur Sprache, die jüngst in den USA über den Nutzen soziologischer Kategorien in der Kommunismforschung geführt wurde; vgl. Martin Malia, *A Fatal Logic*, in: *The National Interest*, 31 (Spring 1993), S. 80–98. Eine kritische Diskussion dieser Debatte findet sich bei Klaus Mueller, *East European Studies, Neo-Totalitarianism and Social Science Theory*, in: A. Siegel (Anm. 17), S. 55–90.

35 Der Begriff „Modernisierungstheorien“ soll hier auch diejenigen Ansätze umfassen, die zumeist als „Theorien der sozialistischen Industriegesellschaft“ bezeichnet werden (siehe z. B. Gerd Meyer, *Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse*, Köln – Opladen 1979, S. 207 ff.); der Kürze wegen verwende ich hier stets ersteren Terminus.

rien. Das Interesse der Herrschenden an der Maximierung politischer Verfügungsmacht und Kontrolle über die Bürger oder das utopische Bestreben, Staat und Gesellschaft vollständig nach vorgegebenen ideologischen Prinzipien umzuwandeln, galten nicht mehr – wie es in Totalitarismustheorien der Fall war – als die bedeutendsten erklärenden Variablen, sondern höchstens als sekundäre oder „abgeleitete“ Faktoren, auch wenn zuweilen vor einem simplifizierenden Ökonomismus gewarnt und die Bedeutsamkeit bestimmter politischer und ideologischer Aspekte betont wurde³⁶.

Der seit Stalins Tod zu beobachtende Wandel kommunistischer Systeme wurde zumeist auf veränderte ökonomische und technologische Gegebenheiten in der das kommunistische Staatensystem Europas dominierenden Sowjetunion zurückgeführt. So habe die Industrialisierung und technologische Entwicklung in der Sowjetunion dazu geführt, daß die umfassende politische Kontrolle der Gesellschaft sowie die „brutaleren“ Herrschaftsmethoden der Stalinzeit nun immer weniger ihren *eigentlichen Zweck* erfüllten: nämlich zur weiteren Modernisierung des Landes beizutragen, was *in concreto* bedeutete, das (nunmehr reichhaltige) industrielle Potential für ein intensives Wirtschaftswachstum zu nutzen und rein extensive Wachstumsstrategien aufzugeben. Da also – so wurde argumentiert – die Beibehaltung terroristischer Herrschaftsmethoden sowie einer umfassenden politischen Kontrolle der Wirtschaft unter den veränderten Rahmenbedingungen „dysfunktional“ war, mußten der Terror abgebaut und materielle Anreize für die Bevölkerung erhöht werden³⁷. Jener „eigentliche Zweck“, dem die beobachteten historischen Veränderungen zu „gehörchen“ schienen, wurde oft als universal gültiger und makrosoziologisch wirksamer Modernisierungsimperativ gedacht, der mikrosoziologisch nicht weiter aufgeschlüsselt wurde. Es wurde zumeist nicht geklärt, ob für die maßgeblichen Akteure in kommunistischen Systemen überhaupt genügend Anreize gegeben waren, eine durchgreifende „Modernisierung“ anzustreben oder gar zu verwirklichen. Oft vertraute man schlicht darauf, die in kommunistischen Systemen Herrschenden würden das „umsetzen“, was man makrosoziolo-

gisch als „notwendige Entwicklung“ erkannt zu haben glaubte.

Unter diesem Blickwinkel galten die politischen Veränderungen in den nach-stalinistischen Regimen als Beleg für eine „homöostatische Anpassungsfähigkeit“ kommunistischer Systeme an veränderte technologische, ökonomische und soziale Bedingungen³⁸. Mit der Modernisierung des Landes verwirklichten die Herrschenden letztlich doch – selbst wenn sie dies widerstrebend taten – allgemeine entwicklungspolitische Interessen. Dieses Argumentationsmuster glich, insbesondere in seiner simplifizierten Form, im Kern dem von Karl Marx für „ökonomische Gesellschaftsformationen“ aufgestellten Entwicklungsschema, wonach die sich (gleichsam automatisch) entwickelnden Produktivkräfte veränderte Produktionsverhältnisse nach sich zögen und wonach die solchermaßen veränderte „ökonomische Basis“ auch entsprechende Veränderungen des politischen und kulturellen „Überbaus“ notwendig mache³⁹.

Mitte der sechziger Jahre, als nicht nur in der Sowjetunion, sondern ebenfalls in der DDR und wenig später auch in Ungarn und der Tschechoslowakei weitreichende Wirtschaftsreformen angestrebt wurden, war der Einfluß von Modernisierungs- und sogar Konvergenztheorien so stark geworden, daß selbst einige der Wissenschaftler, die die kommunistischen Länder noch als „totalitär“ bezeichneten (und damit eine bestimmte Werthaltung zum Ausdruck brachten), zur Erklärung der historischen Entwicklung im Kern modernisierungstheoretische Argumente verwendeten⁴⁰. Daß die klassischen Totalitarismusansätze

36 Vgl. u.a. Dankwart A. Rustow, *Communism and Change*, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), *Change in Communist Systems*, Stanford 1970, S. 343–358; Richard Löwenthal, *Development vs. Utopia in Communist Policy*, in: ebd., S. 33–116.

37 Vgl. R. Löwenthal, ebd., S. 52–54, S. 108f.; Richard V. Burks, *Neue Wege der Kommunismusforschung in Amerika*, in: *Osteuropa*, 6 (1970) 20, S. 399–409, insbes. S. 404.

38 Vgl. Chalmers Johnson, *Comparing Communist Nations*, in: ders. (Anm. 36), S. 1–32, hier S. 21. Vgl. auch R. V. Burks (Anm. 37) sowie R. Löwenthal (Anm. 36).

39 Vgl. Karl Marx, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Vorwort, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 13, Berlin 1964 (urspr. 1867), S. 8f. Die substantielle Ähnlichkeit vieler modernisierungstheoretischer Argumentationen mit dem Marxismus der Zweiten Internationale – bei freilich erheblichen terminologischen Differenzen – wurde neben Raymond Aron, der die Modernisierungstheorie bekanntlich als „Marxismus ohne Klassenkampf“ charakterisierte, auch von Dankwart Rustow und Richard Löwenthal bemerkt. Vgl. D. A. Rustow (Anm. 36), S. 353; R. Löwenthal, ebd., S. 112. Werner Hofmanns berühmter Erklärungsversuch des Wandels zum Post-Stalinismus in der Sowjetunion (*Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, Berlin 1956, S. vii–ix und insbesondere S. 265–277) kann gleichermaßen als modernisierungstheoretisch und als marxistisch gelten, da Hofmann zum großen Teil eine marxistische Terminologie verwendet.

40 Beispiele hierfür sind: Zbigniew K. Brzezinski, *Concluding Reflections*, in: ders. (Hrsg.), *Dilemmas of Change in Soviet Politics*, New York – London 1969, S. 151–163; ders., *Dysfunctional Totalitarianism*, in: Klaus von Beyme (Hrsg.),

zunehmend als unangemessen empfunden wurden, belegt auch die im Sommer 1968 vom *American Council of Learned Societies* organisierte Tagung mit international führenden Kommunismusforschern: erklärtes Ziel der zwei Monate dauernden Tagung war, theoretische Alternativen zum Totalitarismusansatz zu entwickeln⁴¹.

Mit der Unterstellung, in allen industriellen Gesellschaften wirkten gleichartige Entwicklungsgesetzmäßigkeiten und der (oft stillschweigend akzeptierten) Annahme, kommunistische Systeme verfügten über regulative Fähigkeiten zur Selbsterhaltung, mündeten modernisierungstheoretische Argumentationen häufig in eine reformoptimistische Haltung, wonach kommunistische Systeme allmählich und graduell reformiert werden könnten, so daß am Ende ein pluralistischer, vielleicht sogar rechtsstaatlicher Sozialismus entstünde. Diese Haltung war offenbar auch unter den Teilnehmern der oben erwähnten Tagung im Sommer 1968 weit verbreitet, denn 20 von 22 Teilnehmern hielten Anfang August 1968 eine sowjetische Intervention in der „reformistischen“ Tschechoslowakei für unwahrscheinlich⁴². Der dann tatsächlich erfolgte Einmarsch der Roten Armee und ihrer Verbündeten bedeutete einen schweren Dämpfer für diesen Reformoptimismus. „Die Erfahrung der Tschechoslowakei zeigte“, so drückte es Chalmers Johnson aus, „daß Wandel in kommunistischen Ländern weder einfach in Gang zu bringen ist noch automatisch abläuft. Aufgrund dieser Erfahrung erschienen zumindest einige einfachere Theorien einer ‚unvermeidlichen Liberalisierung‘ naiv.“⁴³ Die Zweifel an den eher optimistischen Modernisierungstheorien mußten sich in dem Maß verstärken, in dem geplante oder bereits verwirklichte Wirtschaftsreformen auch in anderen kommunistischen Ländern (wie etwa der Sowjetunion oder der DDR) in der Folgezeit zurückgenommen wurden; lediglich in Ungarn hatten die 1966–1968 verwirklichten Wirtschaftsreformen Bestand.

Die Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei 1968 zeigt beispielhaft, wie eng allgemein-politische und kognitive Faktoren der Para-

Theorie und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag für Carl Joachim Friedrich, Den Haag 1971, S. 375–389; in deutscher Übersetzung findet sich dieser Beitrag in E. Jesse (Anm. 12), S. 263–276; Boris Meissner, Totalitäre Herrschaft und sozialer Wandel in der Sowjetunion, in: Georg Bruderer u. a. (Hrsg.), Gesellschaftliche Entwicklungstendenzen in Osteuropa, Erlenbach u. a. 1969, S. 30–54.

41 Ein ausführliches Resümee dieser Tagung findet sich in R. V. Burks (Anm. 37).

42 Vgl. ebd. S. 402.

43 C. Johnson (Anm. 38), S. 1.

digmenkonjunktur in der Kommunismusforschung zuweilen verflochten waren: Die Intervention stellte nicht nur ein Ereignis dar, das zumindest vom Standpunkt der im Westen akzeptierten Menschen-, Bürger- und nationalen Selbstbestimmungsrechte extrem negative moralische Wertungen hervorrufen mußte, sondern sie war auch ein Ereignis, das als empirische Bestätigung der Hypothese der Nicht-Reformierbarkeit totalitärer Systeme gelten konnte. Beide Aspekte – sowohl der politisch wertende als auch der kognitive – wirkten sich in diesem Fall in einer relativen Stärkung von Ansätzen aus, welche die Reformfähigkeit kommunistischer Systeme sehr skeptisch einschätzten. Durch die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings wurde das Schwinden des Einflusses von Totalitarismusansätzen innerhalb der *scientific community* gebremst, ja sogar – auf längere Sicht betrachtet – gestoppt. In kurz- und mittelfristiger Hinsicht jedoch wurde dieser „latente Trend“ von der Stärkung (neo-)marxistischer Positionen an westlichen Universitäten im Gefolge der Studentenbewegung überlagert und sogar überkompensiert. Denn entsprechend der Marxschen Gesellschaftstheorie prägten die „Produktionsverhältnisse“ einer Gesellschaftsordnung auch deren politisch-juristischen und kulturellen „Überbau“, weshalb zeitgenössische, moderne Gesellschaftsformationen (je nach den vorherrschenden Eigentumsverhältnissen) in erster Linie den Kategorien „Kapitalismus“ bzw. „Sozialismus“ zugeschlagen wurden. Stalinismus und Faschismus (bzw. Nationalsozialismus), die innerhalb der Totalitarismustheorie als zwei verschiedene Ausprägungen eines einzigen Grundtyps der Autokratie konzipiert wurden, galten innerhalb des (neo-)marxistischen Denkens konsequenterweise als zwei Phänomene, die höchstens oberflächliche Ähnlichkeiten – und zwar bezüglich der politischen Herrschaftsmechanismen – aufwiesen, sich hinsichtlich ihrer „ökonomischen Basis“ jedoch fundamental unterschieden. Während der Nationalsozialismus entsprechend der Faschismustheorie der Komintern⁴⁴ durchweg als „erzreaktionär“, als „durch und durch verbrecherisch“ usw. wahrgenommen wurde, galten die stalinistischen Regime schlimmstenfalls als „bürokratisch degenerierte Arbeiterstaaten“⁴⁵, die auf dem Weg vom

44 Vgl. Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus, Moskau – Leningrad 1935; Theo Pirker, Komintern und Faschismus 1920–1940, Stuttgart 1966.

45 Vgl. z.B. die trotzkistische Erklärung der „bürokratischen Degeneration“ der Sowjetunion bei Ernest Mandel, Warenproduktion und Bürokratie bei Marx und Engels. Theoretische Grundlagen der marxistischen Erklärung der Sowjetunion, in: ders., Karl Marx: Die Aktualität seines Werks, Frankfurt a. M. 1984, S. 127–170.

Kapitalismus zum Sozialismus „steckengeblieben“ waren, welche aber trotz ihrer „Deformationen“ dem positiv bewerteten Entwicklungsziel der Menschheit – dem Kommunismus – wesentlich näher seien als die „kapitalistischen Länder“ mit ihrem bürgerlich-demokratischen „Überbau“.

Betrachtet man die Entwicklung politischer Ideensysteme in osteuropäischen Dissidentenkreisen, so bildet hier das Jahr 1968 wohl eine noch wichtigere Zäsur als innerhalb der westlichen Kommunismusforschung. Die Ereignisse des Jahres 1968 leiteten in Polen das Ende des marxistischen Revisionismus ein. Seither begann sich in Dissidentenkreisen die Terminologie der Totalitarismustheorie zu verbreiten. In anderen Ländern Osteuropas waren die Auswirkungen ähnlich, wenn auch nicht derart eindeutig⁴⁶. Regimekritiker in osteuropäischen Ländern verstanden sich nun – anders als noch in den fünfziger und sechziger Jahren – immer seltener als „revisionistische Marxisten“, die das humanistische Erbe im Marxismus betonten und für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ eintraten, sondern in zunehmendem Maße als Oppositionelle, die sich an universal proklamierten Menschen- und Bürgerrechten orientierten. Im Zuge dieser geistigen Umorientierung interpretierten Dissidenten ihre Tätigkeit zusehends häufiger als Kampf gegen ein „totalitäres Regime“, das weniger aufgrund von „Irrtümern“ und „persönlichen Fehlleistungen“ bestimmter Führer oder aufgrund historischer Zufälle Bürgerrechte und politische Freiheit unterdrückte – vielmehr sei diese Unterdrückung ein funktionales Erfordernis kommunistischer Einparteiensysteme als solcher⁴⁷.

Ähnlich wie das jähe Ende des Prager Frühlings wurde der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Europa häufig als Indiz für die Annahme einer grundlegenden Nicht-Reformierbarkeit kommunistischer Systeme gewertet – und damit auch als Bestätigung einer wichtigen Aus-

sage klassischer Totalitarismuskonzepte⁴⁸. Das Scheitern des sowjetischen Reformkommunismus unter Gorbatschow enttäuschte die noch verbliebenen Hoffnungen, die kommunistischen Systeme Europas könnten allmählich so reformiert werden, daß am Ende ein funktionsfähiges pluralistisch-sozialistisches System entstünde, das sich von Systemen mit kapitalistischer Ökonomie wesentlich unterschied. Derartige Erwartungen konnten zwar noch zu Beginn von Gorbatschows Perestroika gehegt werden, sie schwanden jedoch zunehmend, als die Liberalisierung des Sowjetsystems ab 1988/89 eine zusehends radikalere Kritik in der Bevölkerung aufkommen ließ, so daß mit dem Andauern und Fortschreiten der Reformen gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen deutlich zu- und nicht etwa abnahmen.

Konnte man als Modernisierungstheoretiker zu Beginn der Perestroika noch darauf verweisen, daß das schlichte Faktum eines sehr weitreichenden Reformversuchs die totalitarismustheoretische Annahme der „Immobilität totalitärer Systeme“ widerlegte, so bedeutete der kurz darauf folgende Zusammenbruch die Widerlegung jener reformoptimistischen Annahmen, die vielen modernisierungstheoretischen Deutungsversuchen kommunistischer Systeme explizit oder implizit zugrunde lagen⁴⁹. Offensichtlich hatten die modernisierungstheoretischen Ansätze – anders als die Totalitarismuskonzepte – die Bedeutung repressiver Mechanismen für die soziale Integration kommunistischer Systeme stark unterschätzt⁵⁰; daher war

48 Dies gilt auch für die meisten „nach-klassischen“ Totalitarismuskonzepte wie z. B. Friedrichs modifizierten Ansatz aus den sechziger Jahren oder Peter Graf Kielmansegg's Konzeption (Anm. 17).

49 In der Tat wurden die Vertreter modernisierungstheoretischer Ansätze im Verlauf der Perestroika zusehends pessimistischer. (Vgl. Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a. M. 1994, S. 29.) Beispielhaft läßt sich dies anhand der Perestroika-Interpretation von Moshe Lewin (The Gorbachev Phenomenon: A Historical Interpretation, Berkeley-Los Angeles 1991) erkennen, in deren erster Auflage (1988) der Autor noch eine relativ optimistische Prognose wagt (vgl. ebd., S. 122 ff.) – übrigens mit einer triumphierenden Geste gegenüber der Totalitarismustheorie –, wohingegen der Autor in der zweiten Auflage (1991, S. 157 ff.) einen deutlich pessimistischeren Grundton anschlägt.

50 Das häufig anzutreffende Argument, erst der Zugang zu den Akten der Staatssicherheitsapparate nach dem Zusammenbruch der Regime habe die ungeheure Bedeutung repressiver Mechanismen deutlich gemacht, trifft nicht zu: „Die Umschwünge in den Staaten des Ostblocks haben keine qualitativ neuen Erkenntnisse (die für die Theoriebildung relevant wären) über den realen Sozialismus gebracht. Natürlich weiß man heute im Detail mehr. Trotzdem konnte niemand, der offenen Auges lebte und nicht nur die offiziellen Informationskanäle der DDR benutzte oder auf sie angewiesen war, wirklich überrascht sein.“ (Lothar Fritze, Innenansicht

46 Vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, Bd. 3, München 1979, S. 507 f. In Polen wirkte sich zusätzlich die Repressionswelle unter den Intellektuellen nach den Studentenunruhen im März 1968 aus. Vgl. Helga Hirsch, Politische Opposition und unabhängige gesellschaftliche Bewegungen in Polen 1976–1980, München – Mainz 1985, S. 13–21. Zur nach 1968 einsetzenden Verbreitung des Totalitarismuskonzepts in Osteuropa vgl. auch Guy Hermet, Le totalitarisme vu de l'Est, in: Guy Hermet u. a. (Hrsg.), Totalitarismes, Paris 1984, S. 43–71; A. Gleason (Anm. 1), Kapitel 9.

47 Dieser geistige Entwicklungstrend in den Oppositionsbewegungen Osteuropas war in Polen sicherlich am deutlichsten. Die Biographien von Leszek Kolakowski, Jacek Kuroń oder Adam Michnik – um nur einige zu nennen – mögen diesen Trend veranschaulichen.

innerhalb des modernisierungstheoretisch geprägten „mainstreams“ in der westlichen Kommunismusforschung kein (konzeptionell stimmiges) Szenario vorstellbar, wonach substantielle Reformen im Kommunismus zu wachsenden Turbulenzen und sehr wahrscheinlich zum Untergang des Systems führen würden. Denn daß Protest und Widerstand gegen ein „grundsätzlich legitimes“ System (Jerry Hough) zunehmen, wenn das Regime Versprechen in die Tat umsetzt und politisch liberaler wird, ist in dieser Perspektive kaum konsistent zu erklären. Anstatt sich graduell in eine pluralistisch verfaßte, moderne (sozialistische) Gesellschaft zu transformieren, erlag die Sowjetunion dem Schicksal vieler anderer repressiv-autokratischer Regime, die weitreichende Reformen anstrebten. Bereits Alexis de Toqueville hatte mit Blick auf das absolutistische Ancien régime Frankreichs und die Revolution von 1789 argumentiert, daß „die Regierung, die durch eine Revolution gestürzt wird, fast stets besser ist als die voraufgegangene, und die Erfahrung lehrt, daß der gefährlichste Augenblick für eine schlechte Regierung der ist, wo sie sich zu reformieren beginnt. Nur ein großes Genie vermag einen Fürsten zu retten, der es unternimmt, seinen Untertanen nach langer Bedrückung Erleichterung zu gewähren. Das Übel, das man als unvermeidlich in Geduld ertrug, erscheint unerträglich, sobald man auf den Gedanken kommt, sich ihm zu entziehen. Alles, was man alsdann an Mißbräuchen beseitigt, scheint das Übrige nur um so deutlicher zu zeigen und läßt es schmerzlicher empfinden: Das Übel ist geringer geworden, aber die Empfindlichkeit ist lebhafter.“⁵¹

IV. Abschließende Bemerkungen

Wenn die vorstehende Analyse einiger konjunktureller Wendepunkte, die Totalitarismusansätze in der Kommunismusforschung erfahren haben, grundsätzlich richtig ist, dann können die beiden anfangs aufgestellten Hypothesen als bestätigt gelten: Für den „Konjunkturzyklus“ ist sowohl der politische Zeitgeist – insbesondere im Intellektuel-

eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993, S. 89.) Vgl. hierzu auch E. Jesse (Anm. 1), S. 12 f.

⁵¹ Alexis de Toqueville, *Der alte Staat und die Revolution*, München 1978, S. 176. Dieses Phänomen kann auch im Rahmen neuerer Theorien politischen Protests schlüssig erklärt werden. Vgl. Karl-Dieter Opp, *Gesellschaftliche Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorienvergleich von Erklärungen politischen Protests*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 25 (1996), S. 223–242.

lenmilieu – maßgeblich als auch die relative kognitive Leistungsfähigkeit des Totalitarismuskonzepts. Obwohl es innerhalb der Totalitarismusforschung in den letzten Jahren (und Jahrzehnten) keine durchgreifenden theoretischen Fortschritte gegeben hat, kann man seit 1989 dennoch von einer erhöhten relativen kognitiven Leistungsfähigkeit von Totalitarismusansätzen sprechen. Da nämlich der konkurrierende „mainstream“ in der westlichen Kommunismusforschung es nicht vermocht hatte, den Zusammenbruch kommunistischer Systeme als eine durchaus mögliche (und im Falle von substantiellen Reformversuchen: sehr wahrscheinliche) Entwicklung zu antizipieren oder auch nur theoriekonsistent zu erklären⁵², gewann der vielerorts bereits als „ausgemustert“ geltende Totalitarismusansatz zu Recht wieder an Ansehen: Mit seiner Betonung des repressiven Charakters kommunistischer Systeme, seiner generellen Skepsis gegenüber der Reformfähigkeit des Kommunismus sowie seinen (ab-)wertenden Konnotationen in bezug auf kommunistische Gesellschaftsexperimente war er wieder attraktiv geworden⁵³, obwohl auch auf der Basis von Totalitarismusansätzen kein zutreffendes Szenario für den Sturz kommunistischer Systeme konstruiert worden war.

Man könnte abschließend die Frage stellen, ob im Fall von Totalitarismuskonzeptionen dieses Unvermögen sozusagen „ansatzinhärent“ ist – wie einige Autoren meinen⁵⁴ –, oder ob nicht auch die Erklärungsdefizite der klassischen Totalitarismusansätze durch bestimmte Weiterentwicklungen ihres Aussagegehalts behoben werden können, ohne daß dabei die „Identität“ der Ansätze zerstört würde. Hierauf ist im wesentlichen zweierlei zu antworten: Zunächst einmal beanspruchen bei weitem nicht alle (und auch nicht alle wichtigen) Totalitarismusansätze eine Erklärung des Endes der kommunistischen Regime in Europa, denn viele Begriffe totalitärer Herrschaft sind so konstruiert, daß die nach-stalinistischen Phasen in der Geschichte kommunistischer Systeme außerhalb des Geltungsbereichs des Begriffs liegen und deshalb von vornherein nicht zu dem Gegenstandsbereich

⁵² Hier trifft die Kritik von Martin Malia, *Totalitarismus und Sowjetologie*, in: *Transit*, 9 (1995), S. 115–127.

⁵³ Derlei Gründe gaben wohl auch bei François Furet den Ausschlag für eine Reorientierung auf den Totalitarismusansatz hin; vgl. ders., *Das Ende einer Illusion*, München – Zürich 1995, insbesondere S. 597 ff.

⁵⁴ So etwa Randall Collins/David Waller, *Der Zusammenbruch von Staaten und die Revolutionen im sowjetischen Block: Welche Theorien machten zutreffende Aussagen?*, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*, Frankfurt/M. 1993, S. 302–325; mit Blick auf den klassischen Ansatz C. J. Friedrichs meint dies auch K. von Beyme (Anm. 49), S. 28–33.

gehören, für den eine Erklärung beansprucht werden kann⁵⁵.

Der oben genannte Einwand kann sich vernünftigerweise also nur auf diejenigen Totalitarismusansätze beziehen, welche auch die nach-stalinistischen Phasen unter ihren Begriff totalitärer Herrschaft fassen. Im Falle des (in den sechziger Jahren modifizierten) Totalitarismuskonzepts Carl J. Friedrichs beispielsweise – also eines Konzepts, das noch heute einen beliebten Gegenstand für prinzipielle Kritik an Totalitarismusanätzen darstellt⁵⁶ – scheint eine theoretische Weiterentwick-

lung, welche die berechtigten Kritiken der Vergangenheit erübrigt, durchaus möglich⁵⁷. Allerdings steht eine derartige „Theorieforschung“, welche die Aussagen und Implikationen klassischer Totalitarismusansätze mit Hilfe neuerer sozialwissenschaftlicher Analyseinstrumentarien weiterführt⁵⁸, noch am Anfang. Man darf sicherlich gespannt sein, ob und wie die zukünftige Totalitarismusforschung dem Anspruch einer theoretisch avancierten und empirisch adäquaten Kommunismusforschung gerecht werden kann.

55 Dies gilt z.B. für die Totalitarismuskonzeptionen von Hannah Arendt, Juan J. Linz oder auch Raymond Aron; vgl. Kap. III. Auf der Basis von Martin Draths Ansatz lassen sich die post-stalinistischen Regime nur in ganz bestimmten Phasen (und dann auch nur sektoral begrenzt) als „totalitär“ charakterisieren. Vgl. hierzu Werner J. Patzelt, *Reality Construction under Totalitarianism: An Ethnomethodological Elaboration of Martin Drath's Concept of Totalitarianism*, in: A. Siegel (Anm. 17), S. 239–271. Einen noch immer nützlichen Überblick zum Begriffsumfang unterschiedlichster Totalitarismuskonzepte bietet Walter Schlangen, *Die Totalitarismus-Theorie: Entwicklung und Probleme*, Stuttgart 1976.

56 Vgl. z.B. Gert-Joachim Glaeßner, *Das Ende des Kommunismus und die Sozialwissenschaften. Anmerkungen zum Totalitarismusproblem*, in: *Deutschland Archiv*, (1995) 9, S. 920–936, insbesondere S. 928 f.; Hans-Henning Schröder, *Der „Stalinismus“ – ein totalitäres System?*, in: *Osteuropa*, (1996) 2, S. 150–163, insbesondere S. 152 f., S. 159 ff.

57 Zur Weiterentwicklung von C. J. Friedrichs Ansatz vgl. Achim Siegel, *Der Funktionalismus als sozialphilosophische Konstante der Totalitarismuskonzepte Carl Joachim Friedrichs. Methodologische Anmerkungen zur Entwicklung von Friedrichs Totalitarismuskonzept in den sechziger Jahren*, in: *Zeitschrift für Politik*, 43 (1996) 2, S. 123–144. Ausführlicher hierzu ders. (Anm. 17). Ähnlich argumentiert William Odom, *Soviet Politics and After. Old and New Concepts*, in: *World Politics*, 45 (1992) 1, S. 66–98, hier S. 81. Im übrigen ließe sich auch anhand der neueren Stalinismusforschung zeigen, daß hier das Totalitarismuskonzept vor allem deshalb ins Hintertreffen geraten ist, weil es nicht gelang, leistungsfähige Theorien zur Interpretation neuer historischer Forschungsergebnisse zu entwickeln. Vgl. hierzu J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993. Igal Halfin/Jochen Hellbeck, *Rethinking the Stalinist Subject: Stephen Kotkin's „Magnetic Mountain“ and the State of Soviet Historical Studies*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas*, 44 (1996), S. 456–463.

58 Diese Aufgabe wird von W. J. Patzelt (Anm. 55), S. 240, formuliert.

Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur Zur begrifflichen Einordnung der DDR

I. Einleitung

Die mediale wie wissenschaftliche Diskussion über den Charakter der DDR wird von wenigen, durchaus widersprüchlichen Begriffen beherrscht. Je nach Standort und Interesse bezeichnen Kritiker das SED-Regime vor allem als einen „Unrechtsstaat“, Apologeten sprechen dagegen von einem fehlgeleiteten, aber gut gemeinten Experiment, während um Versachlichung bemühte Kommentatoren mit abstrakteren Etiketten wie „moderne Diktatur“ hantieren¹. Wegen ihrer emotionalen Konnotationen fungieren solche Beschreibungen auch als Katalysatoren der öffentlichen Meinungsbildung, die als weithin sichtbare Zeichen der ideologischen Selbstverständigung wie der Mobilisierung des eigenen Anhangs dienen. Durch ihre Verankerung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Großtheorien suggerieren diese Termini gleichzeitig konträre Analyserahmen und strukturieren dadurch die öffentliche wie akademische Auseinandersetzung. Weil sich in der Debatte verschiedene Abstraktionsebenen, Methodologien und persönliche Erfahrungen vermengen, hat sich fast zehn Jahre nach der Selbstauflösung der DDR keine einheitliche Bezeichnung durchsetzen können.

Diese Verwirrung der Begriffe liegt jedoch keineswegs an einem Mangel an diversen Versuchen, ein griffiges Etikett zu finden. Während des demokratischen Aufbruchs im Herbst 1989 erfand der ostdeutsche Volkswitz eine Reihe von sarkastischen Interpretationen der Buchstaben „DDR“, wie z. B. in Anspielung auf die Ausreisewelle „Der Dumme Rest“ der Hiergebliebenen². Auch der dezidiert-

ironische Gebrauch des Terminus „real existierender Sozialismus“ signalisierte eine gewisse Enttäuschung mit seiner tatsächlichen Erscheinungsform – bei einigen, um desto entschlossener an der Utopie eines „wahren Sozialismus“ festzuhalten³. Demgegenüber kursierten in konservativen Kreisen des Westens wissenschaftliche Elaborationen des Reaganschen Zitats vom „Reich des Bösen“ in Form von Thesen einer „ideokratischen Parteiherrschaft“ des Kommunismus in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten⁴. Andere Beobachter mit mehr Sympathie für egalitäre Experimente – wie der frühere Leiter der Ständigen Vertretung in Ostberlin, Günter Gaus – entdeckten dagegen die kleinen Freiheiten einer „Nischengesellschaft“, in der Bürger die Herrschaftsansprüche der Partei durch Rückzug in die Privatsphäre unterlaufen konnten⁵.

Obwohl vor allem Sozialwissenschaftler nach 1990 theoretische Etikette anboten, haben sich die meisten dieser Neuschöpfungen als so ephemer erwiesen, daß sich mittlerweile eine gewisse konzeptionelle Müdigkeit breitmachte⁶. Um die unerquicklichen, eher weltanschaulichen als inhaltlichen Debatten der Nachwendezeit hinter sich zu lassen, huldigt die Mehrheit der Historiker fast ein Jahrzehnt nach dem Untergang des SED-Systems nunmehr einer quellengesättigten, empirischen Detailforschung. Im Gegensatz zu früheren, auf veröffentlichte Dokumente beschränkte Analysen zeichnen diese neuen Quellenstudien zu einzelnen Aspekten ein facettenreiches Bild des Innenlebens der DDR, verlieren dadurch aber manchmal die größeren Systemzusammenhänge aus den Augen⁷.

3 Vgl. Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild*, München 1996.

4 Vgl. Martin Malia, *Vollstreckter Wahn. Rußland 1917–1991*, Stuttgart 1994.

5 Vgl. Günter Gaus, *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg 1983.

6 Vgl. Beispiele in Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), *Der Zusammenbruch der DDR*, Frankfurt a. M. 1993. Für das gegenwärtige Diskussionsklima vgl. Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, *Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/96, S. 3–14.

7 Vgl. z. B. die Referate der Otzenhausener Jahrestagung zur DDR-Geschichte, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Dik-*

Um zu einem umfassenderen Verständnis des SED-Regimes zu gelangen, scheint es daher notwendig, einige theoretische und interpretative Grundfragen neu zu stellen. „Dringender denn je brauchen wir Begrifflichkeiten“, argumentiert der Soziologe Ulrich Beck in seinen Versuchen einer Standortbestimmung im Umbruch der Postmoderne, „die das uns überrollende Neue neu denken und uns mit ihm leben und handeln lassen“⁸.

Einen möglichen Ausweg aus der Ideologiegebundenheit und Selbstbeschränkung der vorherrschenden Bezeichnungen könnte der Ansatz der Begriffsgeschichte bieten, welcher Veränderungen der „Leitbegriffe der geschichtlichen Bewegung“ aus ihrem historischen Kontext zu erklären versucht. Statt eine einzige Bedeutung als die richtige durchsetzen zu wollen, geht diese von Reinhart Koselleck entwickelte Methode dem zeitlichen und ideologischen Wandel der Bedeutungen nach. Auch untersucht dieser historisch-kritische Ansatz die verschiedenen Individuen und Gruppen, die bestimmte Konzepte hervorbringen und weiterentwickeln, verbindet die Dynamik der Ideen also mit den Veränderungen ihrer sozialen Träger⁹. Zwar weist ein solch historisierender, auf Bedeutungswandel abhebender Ansatz auf die Wichtigkeit einer Aufarbeitung der Selbstdarstellungen und Fremdbeschreibungen der DDR hin, aber er kann kaum klären, welche der diversen Alternativen als Schlüsselbegriffe ihrer Analyse besonders geeignet wären.

Um die Stärken und Schwächen einzelner Konzepte aufzudecken, ist daher eine soziolinguistische Reflexion über die interpretativen Implikationen einiger die Debatte dominierender Begriffe notwendig, die ihre jeweilige Brauchbarkeit überprüft¹⁰. So wäre z. B. die erstaunliche Renaissance der Totalitarismustheorie nach dem Kollaps des Kommunismus zu hinterfragen, da diese Interpretationsrichtung, wie die Auseinandersetzungen in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundes-

taturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin 1996.

8 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986, S. 16.

9 Vgl. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972, Bd. I, S. XIII ff.

10 Vgl. Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), S. 96–110. Zu linguistischen Ansätzen vgl. Ute Daniel, Clio unter Kulturschock, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 48 (1997), S. 259–278; Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996.

tages zeigten, weitgehend die öffentliche Wahrnehmung bestimmt. Auch wäre den Gründen nachzugehen, weshalb sich die zahlreichen sozialwissenschaftlichen System-Etikettierungen nach 1990 so wenig durchsetzen konnten, daß die meisten im Zuge der Schwerpunktverlagerung auf die Transformationsforschung wieder von der Bildfläche verschwunden sind. Schließlich sollten einige komplexer argumentierende, modernisierungstheoretische Alternativen auf ihre Aussagekraft über den Grundcharakter der DDR hin befragt werden, um daraus gewisse Anforderungen an eine adäquatere Begriffsbildung abzuleiten¹¹. Auf der Basis solcher Vorüberlegungen könnte man den Versuch einer eigenen konzeptionellen Neuprägung wagen, um einige zentrale Aspekte des differenzierter werdenden Bildes der ostdeutschen Vergangenheit zu verdeutlichen.

II. Selbstdarstellungen und Fremdbezeichnungen

Die zeitgenössische Auseinandersetzung um die Existenz eines zweiten deutschen Staates hat eine Reihe von Etiketten hinterlassen, mit denen die diversen Protagonisten versuchten, die DDR zu legitimieren oder zu untergraben. Diese Kampf-begriffe mußten zwar von zentralen Aspekten der damaligen Realitäten ausgehen, überhöhten oder verzerrten diese aber, um ihre jeweiligen politischen Ziele zu erreichen. Außerdem wandelten sich mit den sich verändernden politischen und internationalen Bedingungen auch die beschreibenden Begriffe, so daß gewisse Termini für bestimmte Entwicklungsphasen mehr als für andere zutrafen. Auch waren diese Beschreibungen als Alternativen zueinander gedacht und enthielten durch bewußte Zurückweisung der Etikette der anderen Seite gleichsam auch ihr Gegenteil, sollten also als Gegensatzpaare verstanden werden. Weil sie durch den enormen Propagandaaufwand sozusagen selbstverständlich geworden sind, hat sich die historische Forschung nur am Rande mit ihnen beschäftigt¹².

Die Selbstdefinition der DDR, welche die sechste Auflage des *Kleinen Politischen Wörterbuchs* des

11 Vgl. auch Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan, Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite und Perspektiven, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 3, S. 444–454, hier S. 451 f.

12 Vgl. z. B. die Rechtfertigung des Stalinismusbegriffs bei Hermann Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1993³, S. 13–15.

Ostberliner Dietz Verlags von 1986 vorlegte, gibt ein betont positives Bild des ostdeutschen Regimes. Für diese an der Verfassung von 1974 orientierte Binnensicht ist die Deutsche Demokratische Republik „ein sozialistischer deutscher Staat, in dem die von der marxistisch-leninistischen Partei der SED geführte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten die Macht ausübt“¹³. Diese Etikettierung verweist auf die ideologische Ausrichtung wie die nationale Herkunft des Staates, die Rolle der herrschenden Partei sowie seine soziale Basis in einem Bündnis der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen. Der Artikel legitimiert die DDR historisch als „die Erfüllung des Vermächtnisses der deutschen Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Kämpfer“ gegen den Nationalsozialismus; also als ersten deutschen Staat, „dessen Weg voll und ganz von den Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Fortschritts bestimmt wird“. Die Staatsgründung der DDR wird aus der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ abgeleitet und die „Entwicklung zum souveränen sozialistischen deutschen Staat“ als „eine schwere Niederlage des Imperialismus“ bezeichnet, um so die Herausbildung einer eigenständigen „sozialistischen Nation“ als bessere Alternative zur Bundesrepublik zu demonstrieren.

Dieses prononcierte Selbstverständnis der DDR als „sozialistischer Staat“ sollte eine Reihe von grundsätzlichen Strukturproblemen überdecken¹⁴. Zwar führte das Wörterbuch weiter aus, daß es sich dabei um „eine Form der Diktatur des Proletariats, die die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt“, handelt, also sozusagen eine Zwangsherrschaft nicht durch, sondern für das Volk; aber die Eintragung „sozialistischer Staat“ behauptet trotzdem eine „unlösbare Einheit“ mit der „sozialistischen Demokratie“, die durch Volksvertretungen und gesellschaftliche Organisationen gekennzeichnet sei, die bei der Umsetzung der Arbeitermacht in die Praxis mitwirkten¹⁵. Nach „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ mit

Hilfe sowjetischer Unterstützung sei die DDR während der sechziger Jahre in eine neue, reifere Phase eingetreten: „Die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sich die sozialistische Gesellschaft nunmehr auf ihrer eigenen sozio-ökonomischen Basis entwickelt.“ Diese selbsttragende Wirtschaftsentwicklung werde nicht nur die Lebensqualität verbessern, sondern auch dem Staat „eine höhere Qualität“ geben. Grundton dieses aus der Spätzeit der DDR stammenden Selbstverständnisses war ein optimistisches Zukunftsbild, das innere Konflikte leugnete und den weltweiten Sieg des sozialistischen Lagers voraussagte.

Demgegenüber waren die westdeutschen Beschreibungen des SED-Regimes eher auf seine Delegitimierung gerichtet und rangen sich nur langsam zur partiellen Anerkennung der Nachkriegsrealitäten durch. Der von Konrad Adenauer favorisierte Begriff der „SBZ“ oder „Sowjetischen Besatzungszone“ negierte die staatliche Unabhängigkeit Ostdeutschlands, indem er den Rivalen als reines Besatzungsregime der Roten Armee titulierte¹⁶. Die Rede von der „sogenannten DDR“ und der langanhaltende Gebrauch der Gänsefüßchen (in der Bildzeitung bis 1989) waren Reaktionen der Hallstein-Doktrin, welche durch Nichtanerkennung die Etablierung eines eigenständigen Staatswesens in Ostberlin zu verhindern suchte. So fehlte noch in der sechsten Auflage von 1958 des im Herder-Verlag veröffentlichten *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft* eine eigenständige Abhandlung zur DDR, und in dem sonst eher sachlichen Artikel über „Deutschland“ werden die „Deutsche Demokratische Republik“ und ihre jeweiligen Bezeichnungen wie „Volksdemokratie“ mit Anführungszeichen zitiert, um dadurch die Distanz der Bearbeiter zu einer unglaubwürdigen Terminologie auszudrücken. Auch wird die SBZ nur als Produkt der „Aufteilung des Deutschen Reichs in Besatzungszonen“ behandelt und die KPD-Linie als „Tarnungsstrategie“ interpretiert, denn sie „gab vor, sie wolle nur eine demokratische Partei neben anderen sein“¹⁷.

Erst die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition konnte diese Begriffsblockade durchbrechen, da

13 Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1996⁶, S. 176–179. Vgl. auch die Entwicklung der Definitionen von der 2. Aufl. 1973, S. 152–155, an sowie das Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, S. 394–407.

14 Vgl. ebd., „sozialistischer Staat“, S. 880–883, „Diktatur des Proletariats“, S. 194–197, „Nation“, S. 632–637, „Volksdemokratie“, S. 1020.

15 Zu diesem Komplex vgl. Joachim Petzold, Die DDR und das Problem der Diktatur des Proletariats, in: Richard Saage (Hrsg.), Das Scheitern didaktischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie, Berlin 1995, S. 59–78.

16 Technisch korrekt war diese Bezeichnung nur für die Besatzungszeit. Vgl. Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993².

17 Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1958⁶, S. 745–752.

Willy Brandts Formel von „zwei Staaten, eine Nation“ einen realistischeren Umgang mit der DDR notwendig machte¹⁸. Die Verhandlungen des Berlin- und des Grundlagenvertrags erzwangen den westdeutschen Gebrauch der offiziellen ostdeutschen Selbstbeschreibung zur Erleichterung von menschlichen Beziehungen, auch wenn die Bundesregierung eine volle völkerrechtliche Anerkennung weiterhin verweigerte. Zum Beispiel gab es in der siebten Auflage des westdeutschen Staatslexikons von 1985 immer noch keinen eigenständigen Artikel über die DDR, aber in der Abhandlung zur „Deutschen Frage“ wird die Deutsche Demokratische Republik nun ohne Anführungszeichen in durchaus sachlicher und detaillierter Form behandelt. Obwohl die Verfasser das staatsrechtliche Festhalten der Bundesrepublik am Gesamtstaatsanspruch positiv schildern, gehen sie differenziert auf den Verfassungswandel der DDR, die Abgrenzungspolitik der SED und ihre Rückwendung zu einer breiteren deutschen Tradition ein¹⁹. Das konzeptionelle Resultat der Ostpolitik war daher u. a. eine wachsende Vielfalt westlicher Begrifflichkeiten, die unterschiedliche Aspekte des ostdeutschen Nachbarn teils lobend, teils weiterhin kritisierend hervorhoben.

Da sie vor allem mit den politischen Tageskämpfen zwischen Ost und West verquickt waren, können diese Selbstdarstellungen und Fremdbeschreibungen kaum dauerhafte Umschreibungen der ostdeutschen Entwicklung bieten. Die offiziellen Selbstbilder der DDR hatten einen weitgehend programmatischen Charakter, wurden aber trotzdem in sprachlich verkürzter Form („Republik“) langsam von der ostdeutschen Bevölkerung angenommen²⁰. Die in der Bundesrepublik benutzten Bezeichnungen für die DDR waren gleichfalls zu sehr Produkte des Kalten Krieges und seiner langsamen Überwindung, als daß sie weiterhin – was noch vielfach geschieht – ohne Rücksicht auf ihre Entstehungsbedingungen und damaligen Zwecke gebraucht werden sollten. Weil sie das Bewußtsein in den beiden deutschen Teilstaaten weitgehend prägten, bleiben die zeitgenössischen Termini jedoch wichtig als Indikatoren für die jeweiligen

Selbstverständnisse und Feindbilder, bieten also sprachliche Hinweise auf die rivalisierenden Staatsvorstellungen einer getrennt-gemeinsamen Nachkriegsgeschichte. Erst nach der Selbstauflösung des zweiten deutschen Staates bilden sich Anzeichen eines partiellen begrifflichen Konsenses zwischen den unterschiedlichen Richtungen heraus, da das SED-System nun als „ehemalige DDR“ titulierte werden konnte.

III. Analytische Konzepte für die begriffliche Einordnung der DDR

Der unerwartete Systembruch von 1989/1990 stellte die Suche nach geeigneten Begriffen für die zweite deutsche Diktatur unter die generellere Frage nach den Ursachen des Versagens des Sozialismus. Einige seiner früheren Vertreter griffen auf den zuerst von Trotzki geprägten Terminus „Stalinismus“ zurück, um die Entartung der von außen oktroyierten Gewaltherrschaft zu beschreiben und gleichzeitig an den eigentlichen Idealen der Gleichheit und Brüderlichkeit festzuhalten²¹. Kritiker dieser Ideologie machten dagegen – je nach der Betonung ihres politischen Gegensatzes – entweder den Leninismus oder sogar den Marxismus für das im Sowjetsystem angerichtete Unheil verantwortlich und verbanden ihre Kritik oft mit einer gleichzeitigen Abrechnung mit der Verführbarkeit der Intellektuellen zumal in diesem Jahrhundert²². Verständlicherweise wurde diese Diskussion vom Ende der Sowjetunion geprägt und konnte daher kaum gleichzeitige Erklärungen für die vorherige, langanhaltende Stabilität des Bolschewismus als Herrschaftssystem anbieten.

Durch den Zusammenbruch des Kommunismus erlebte die Totalitarismustheorie eine überraschende Renaissance, weil sie eine klare Konzeption der sozialistischen wie nationalsozialistischen Diktaturen anbot. Diese Theorie war während des Zweiten Weltkriegs als Versuch demokratischer Intellektueller entstanden, die Neuartigkeit des totalen Herrschaftsanspruchs der italienischen Faschisten und der deutschen Nationalsozialisten

21 Vgl. Gerd Lozek, *Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was?* Klartext Nr. 4 des Vereins Helle Panke. Berlin 1993; Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.), *Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus*, Mainz 1993; Klaus von Beyme, *Stalinismus und Post-Stalinismus im osteuropäischen Vergleich* (MS, 1997).

22 Als prominentes Beispiel vgl. François Furet, *Le passé d'une illusion. Essai sur l'idée communiste au XXe siècle*, Paris 1995.

18 Die Bezeichnung wurde aufgenommen in Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1997²; Vgl. auch Christian Hacke, *Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989*, Bonn 1989, S. 535–550.

19 Vgl. Görres-Gesellschaft (Hrsg.), *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, Freiburg 1985⁷, S. 1263–1277.

20 Vgl. Barbara Marzahn, *Der Deutschlandbegriff der DDR*, Düsseldorf 1979, S. 156 ff.

begrifflich zu fassen, um sie von älteren Formen der Unterdrückung abzugrenzen. Gleichzeitig war sie vom Orwellschen Schock des Stalinismus motiviert, reflektierte also auch die tiefe Enttäuschung von Sympathisanten über das Ausmaß der Gewalt Herrschaft einer rhetorisch antifaschistischen, aber praktisch repressiven Linken in der Sowjetunion und ihren Satelliten nach 1945. In der westlichen Öffentlichkeit half die Popularisierung des Totalitarismusbegriffs in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, den Wandel der Antagonisten von den besiegten Nationalsozialisten im besetzten Deutschland zu den nunmehr bedrohlichen Kommunisten im Osten und dadurch auch die Aufrechterhaltung militärischer Ausgaben zu legitimieren. Im Zuge von Koexistenz und Entspannung mußte jedoch dieses Feindbild allmählich verblassen und lebte danach eher subkutan als entschiedener Antikommunismus fort²³.

Im Vergleich zu rivalisierenden Ansätzen bietet die Totalitarismustheorie eine Reihe von wichtigen Vorteilen, die ihre Verbreitung nach der Selbstauflösung der DDR erklären helfen. Auch wenn seine genauen Merkmale etwas variieren, bietet Carl J. Friedrichs sechspunktiger Katalog (Ideologie, Partei, Geheimpolizeiterror, Nachrichtenkontrolle, Waffenmonopol, Planwirtschaft) eindeutige Kriterien für die Klassifizierung von politischen Systemen, die den prinzipiellen Unterschied zwischen autoritären und totalitären Regimen erhellen. Gleichzeitig suggeriert diese Beschreibung auch einen Funktionszusammenhang, welcher Unterdrückung als ein ineinandergreifendes Räderwerk von Repressionsmethoden versteht. Implizites Gegenbild ist ein westliches Demokratie-Modell, das durch die Umkehrung der Merkmale idealtypisch als freiheitlich definiert ist, also eine attraktive Vergleichsfolie anbietet. Diese typologische Polarisierung erlaubt einen moralischen Rigorismus in der Beurteilung, welcher totalitäre Regime nicht nur beschreiben, sondern auch politisch bewerten, d. h. generell verdammen kann. Besonders für die Leidtragenden wie für die ideologischen Gegner eines solchen Regimes bietet dieses Modell ebenso wichtige Erkenntnisse seiner eigentlichen Funktionsmechanismen wie Argumente gegen verschleiernde Rechtfertigungen von sympathisierenden Linksintellektuellen²⁴.

23 Vgl. Klaus Hildebrand, Stufen der Totalitarismus-Forschung, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden 1996, S. 70–94; Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997.

24 Vgl. Eckhard Jesse, Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: ders., ebd., S. 9–40.

Wegen mancher Einseitigkeiten ruft der Totalitarismusansatz jedoch immer wieder Kritik hervor, die die Grenzen seiner wissenschaftlichen Brauchbarkeit aufzeigt. Durch die Fokussierung auf die Zielvorstellungen diktatorischer Machtausübung tendiert das Modell zum Intentionalismus, d. h. zur Reproduktion der einheitlichen Ideologie der herrschenden Partei, und vernachlässigt dadurch ihre oft chaotische Praxis. Gleichzeitig ist die Argumentation zur Feststellung des Vorhandenseins von Diktaturmerkmalen weitgehend statisch; sie wird damit der Dynamik diktatorischer Herrschaftsprozesse durch die Veränderung ihrer jeweiligen Methoden nur unvollkommen gerecht. Darüber hinaus berücksichtigt die Konzentration auf die staatliche Machtausübung zu wenig die Kollaboration der Massen, argumentiert mit einem vereinfachenden *actio-reactio*-Schema und läßt politisch nicht determinierte gesellschaftliche Prozesse weitgehend im dunkeln. Auch baut dieser Ansatz meist auf der schriftlichen Hinterlassenschaft der Unterdrückungsorgane selbst auf, welche die Vieldeutigkeit diktatorischer Lebenswirklichkeit nur unvollständig wiedergeben²⁵. Ohne weitere Einwände anzuführen, soll hier nur noch darauf hingewiesen werden, daß die Totalitarismustheorie oft zirkular argumentiert, weil sie ihre eigenen Wertmaßstäbe der westlichen Demokratie nicht auf deren Unvollkommenheiten hinterfragt.

Bei ihrer Anwendung auf die Geschichte der DDR hat die Perspektive des Totalitarismus sich als nur teilweise fruchtbar erwiesen, weil sie zu sehr von einem stalinistischen Kommunismusverständnis ausgeht. So war z. B. Hannah Arendt zwar von möglichen Weiterentwicklungen der Ideologie fasziniert, aber ihre prägenden Eindrücke des Sowjetsystems, welche die Niederschrift ihres Hauptwerkes zeitlich bestimmten, bezogen sich im wesentlichen auf die Hochphase des Stalinismus. Weil sie in den vierziger und fünfziger Jahren formuliert wurde, konnte die klassische Totalitarismustheorie die weiteren Veränderungen und Aufweichungen der Herrschaftsmethoden des Kommunismus nur begrenzt reflektieren²⁶. Ihre Vertreter müssen daher versuchen, für die späteren

25 Vgl. Ralph Jessen, DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: Berliner Debatte Initial, (1995), 4/5, S. 24–27; Martin Sabrow, Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen. Das Potsdamer ZZF und sein Beitrag zu einer reflektierten Historisierung der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR – Ideologie und Politik als politisches Instrument, Berlin 1998.

26 Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 1991². Vgl. auch Gert-Joachim Glaebner, Das Ende des Kommunismus und die Sozialwis-

Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft den Begriff weiterzuentwickeln, was bei Eckhard Jesse zu dem Neologismus „autolitär“ geführt und bei Juan Linz den Terminus „post-totalitär“ angeregt hat²⁷. Der Totalitarismusansatz bleibt zweifellos wichtig, weil er den neuartigen diktatorischen Grundcharakter des Faschismus und Kommunismus hervorhebt, läuft aber bei historischen Detailforschungen Gefahr, komplexere Sachverhalte zu verallgemeinern und schwierige ethische Dilemmata zu vereinfachen. Obwohl sie als Ausgangsbasis unverzichtbar ist, kann die Totalitarismustheorie daher nur eine erste Annäherung an das ambivalente Thema „DDR“ liefern²⁸.

Zur Bestimmung der Besonderheit einer staatlich verfaßten realsozialistischen Gesellschaft haben sozialwissenschaftliche Kommentatoren daher eine Anzahl von bescheideneren begrifflichen Alternativen vorgeschlagen. In Weiterentwicklung einiger Hinweise von Max Weber prägte Artur Meier den Terminus „sozialistische Ständegesellschaft“, um den vorkapitalistischen Charakter „einer allgewaltigen militärisch-bürokratischen Diktatur“ zu beschreiben. Zwar hebt dieser Ansatz zentrale Elemente von Hierarchie und Privilegien korrekt hervor, aber er ignoriert die Modernität der ostdeutschen Industriegesellschaft und unterschätzt die Komplexität ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit²⁹. In eine ähnliche Richtung geht die soziale Entdifferenzierungsthese von Sigrid Meuschel, welche die DDR als eine „klassenlose, egalitär nivellierte Gesellschaft“ bezeichnet, um ihre langanhaltende Stabilität zu erklären³⁰. Dieser Einstieg kann die langsamen Legitimitätsgewinne der SED thematisieren, jedoch nur wenig zur Erklärung der Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR und der Geschwindigkeit ihres Zerfalls beitragen.

senschaften. Anmerkungen zum Totalitarismusproblem, in: Deutschland Archiv, 28 (1995), 920 ff.

27 Vgl. Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12–23; Juan Linz/Alfred Stepan, Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe, Baltimore 1997; Heinrich August Winkler, Deutschlands gespaltene Geschichtskultur. Stereotype und Herrschaftsformen: War die DDR eine ‚totalitäre‘ Diktatur?, Berliner Zeitung vom 25. Juni 1997.

28 Für die Grenzen dieses Ansatzes vgl. auch Katja Schlichtenedes Referat, Theorie und Praxis des Diktaturvergleichs auf der Tagung am 9./10. Mai 1997 in Leipzig, in: Diktaturvergleich als Herausforderung, hrsg. von Günther Heydemann und Eckhard Jesse, Berlin 1998.

29 Vgl. Artur Meier, Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/90, S. 3–14.

30 Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteierrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, Frankfurt a. M. 1992, S. 10 ff.

Ebenso akzentuieren die These einer Entsubjektivierung der Ostdeutschen von Michael Thomas und andere ähnliche Ansätze interessante Aspekte von Entmündigung und Entwicklungsunfähigkeit, vernachlässigen aber die durch einen Überschuß von Herrschaft hervorgebrachten gegenläufigen Tendenzen³¹.

Auch komplexere Terminologien, die Dimensionen der Differenzierung und Autonomisierung in den Blick nehmen, haben sich bisher nicht recht durchgesetzt, weil die Betonung von Schattierungen das grundsätzliche Bild zwar nuancieren, aber nicht aufheben kann. In ihrer Sozialisationsuntersuchung spricht Christiane Lemke von einer „politischen Doppelkultur“, in der offizielle Zielsetzung und persönliches Verhalten auseinanderklafften und so unter der dominanten Herrschaftsoberfläche gegenläufige Strömungen auftraten³². Obwohl die Untersuchung zur Entwicklung einer alternativen politischen Kultur von Ralf Rytlewski eher in die Richtung einer Redifferenzierung der ostdeutschen Gesellschaft nach Generation, Bildung, Kirchnähe usw. geht, setzt sie aber ebenfalls die Existenz einer herrschenden Staats- und Parteikultur voraus³³. Schließlich arbeitet der interessante Vorschlag von Wolfgang Engler, die DDR als „Aushandlungsgesellschaft“ zu begreifen, Elemente eines täglichen Kompromisses von Herrschenden und Beherrschten heraus, unterbelichtet aber die Asymmetrie der bestehenden Machtverhältnisse, welche die ‚einfachen‘ Bürger der SED-Willkür auslieferten³⁴. Solche differenzierenden Begriffsbildungen helfen, die Totalitarismusinterpretation der zweiten deutschen Diktatur zu verfeinern, bieten jedoch wegen ihrer Beschränktheit auf gewisse Einzelaspekte keine umfassende theoretische Erklärung.

Als hauptsächliche Alternative zum Totalitarismusbegriff hat sich schließlich ein Modernisierungsansatz herauskristallisiert, der die DDR als moderne Industriegesellschaft unter anderen zu analysieren versucht. Diese Perspektive knüpft an

31 Vgl. Michael Thomas, Vernachlässigte Dimensionen soziologischer Analyse. Transformationsprozeß als soziologische Herausforderung, in: ders. (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1992, S. 108–127. Frank Adler, Zur Rekonstruktion des DDR-Realsozialismus, in: ebd., S. 36–59, etikettiert die DDR als „Nebenpfad moderner Gesellschaftsentwicklung“.

32 Vgl. Christiane Lemke, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Op-laden 1991.

33 Vgl. Ralf Rytlewski (Hrsg.), Politische Kultur in der DDR, Stuttgart 1989.

34 Vgl. Wolfgang Engler, Die zivilisatorische Lücke. Versuch über den Staatssozialismus, Frankfurt a. M. 1992.

einen geläuterten immanenten Systemvergleich an, der sich im Zuge der Entspannung herausgebildet hatte, um die Diskussion über den zweiten deutschen Staat durch eine genauere Bestimmung der Leistungen und Defizite der neuen, sich im Osten formierenden Gesellschaft zu entpolitisieren. Im Gegensatz zur reflexartigen Verdammung des SED-Regimes während des Kalten Krieges wollte dieser Ansatz dem fortschrittsorientierten Selbstbild der DDR gerecht werden, das auf die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft zuzusteuern vorgab. Zahlreiche Untersuchungen dieser vor allem von Peter Christian Ludz inspirierten Richtung kompilierten wertvolles Material vor allem zur Funktion des politischen und wirtschaftlichen Systems, wurden aber von einer prekären Datenlage behindert, welche sie mehr auf die Rhetorik der SED als auf empirische Befunde ihrer Umsetzung beschränkte³⁵. Daher konnten nach 1989/90 Verfechter des Totalitarismus-Paradigmas vehement kritisieren, daß der immanente Systemvergleich den fundamentalen Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur verwische und nicht mehr an dem Ziel der Wiedervereinigung festgehalten habe³⁶.

Ein bemerkenswerter Versuch der Weiterentwicklung des Modernisierungsansatzes ist der von Jürgen Kocka auf die DDR bezogene Begriff einer „modernen Diktatur“, der eine Synthese von Betonung der „Durchherrschaft“ und Eruiierung von gesellschaftlichem Wandel ansteuert. Dabei bietet die Methode des Vergleichs, je nach dem dabei verwendeten *tertium comparationis*, interessante Aufschlüsse über die zentralen Widersprüche des ostdeutschen Systems: Einerseits finden sich im Kontrast zum Dritten Reich oder anderen sowjetischen Satelliten zahlreiche Indizien relativer Modernität der DDR in Aspekten wie den Herrschaftsmethoden durch Propaganda und Kontrolle, der hohen Geschlechtergleichstellung, dem erheblichen Industrialisierungsgrad usw. Andererseits ergibt eine vergleichende Modernisierungsanalyse – vor allem gegenüber der Bundesrepublik – auch gravierende Defizite wie die zögerliche Tertiärisierung der Berufe oder eine schwächere Ausprägung

der Konsumgesellschaft, die fehlende Ausdifferenzierung der Subsysteme von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie die unvollständige Absicherung intermediärer Bereiche und Institutionen, die man sogar als ‚Demodernisierung‘ analysieren könnte. Insgesamt kommt Kockas abwägende Betrachtung zu dem plausiblen, aber etwas unbefriedigenden Schluß: „Der modernisierungshistorische Vergleich führt eben selten zu ganz eindeutigen Ergebnissen, sondern häufig nur zu Schlußfolgerungen nach Art des ‚einerseits-andererseits‘.“³⁷

Ähnlich anregend als Beitrag zur Modernisierungsdiskussion ist der von dem ostdeutschen Soziologen Detlef Pollack vorgeschlagene Begriff einer „Organisationsgesellschaft“. In seiner Untersuchung zur Lage der Kirchen in der DDR versteht er den Prozeß der Umgestaltung der Gesellschaft als eine „Form funktionaler Differenzierung“, als eine zunehmende Unterscheidung „der einzelnen Systembildungsebenen“, die „enorme Anhebung des Komplexitätsniveaus“ und schließlich als Herausbildung von „selbstregulative(n) Medien wie Geld, Recht, Markt, Öffentlichkeit, Verwaltung“ usw. Seine Anwendung dieser vier Kriterien kommt zu dem Befund, „daß die DDR zwar typische Merkmale der Moderne aufwies, daß sich die Spezifik dieser Merkmale aber nicht voll auszuprägen vermochte, da die weitergehende Modernisierung der Gesellschaft gebremst war durch die von der SED-Führung betriebene Zentralisierung aller gesellschaftlichen Steuerungsprozesse“. Daher versteht Pollack das SED-System letztlich als „semi-moderne Mischgesellschaft“, in der sich Prozesse der Differenzierung und Homogenisierung, der Minimierung und Maximierung von Systembildungsebenen, der Schließung und Öffnung sowie der Selbstregulierung und Instrumentalisierung eigenartig verwickelten und dadurch gegenseitig blockierten³⁸.

Die Diskussion über den Begriff der „modernen Diktatur“ zeigt, daß die Anwendung des Modernisierungsansatzes auf die DDR mehr interessante Fragen aufwirft, als definitive Antworten bietet. Positiv erscheint dabei die Ausweitung des Blicks vom politischen Herrschaftssystem auf die gesellschaftliche Lebenswirklichkeit, die Differenzierung der Urteile durch Anerkennung von

35 Vgl. Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung*, Köln 1968³; ders., *Ideologiebegriff und marxistische Theorie. Ansätze zu einem immanenten Vergleich*, Opladen 1977²; Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, Frankfurt a. M. 1996².

36 Vgl. Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992²; Gerhard Meyer, *Die westdeutsche DDR- und Deutschlandforschung im Umbruch*, in: *Deutschland Archiv*, 25 (1992), S. 273 ff.

37 Jürgen Kocka (Hrsg.), *Historische DDR-Forschung*, Berlin 1992, S. 25 f.; vgl. auch ders., *Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 34–45.

38 Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR*, Stuttgart 1994, S. 57–60, 76.

Widersprüchen, die Hervorhebung von zeitlichen Wandlungsprozessen und die Feststellung von Grenzen der Diktatur³⁹. Eher problematisch könnte sich bei zu schematischem Vorgehen aber die Überstülpung von Begriffen westlicher Sozialforschung auf östliche Sachverhalte, die Schwierigkeit einer inhaltlichen Bestimmung von jeweiliger „Modernität“ sowie die implizit normative Konnotation von Modernisierungsvorstellungen auswirken. Durch ihre Betonung von Differenzierung erweisen sich Termini wie „durchherrschte Gesellschaft“ als ein wichtiges Korrektiv für manche Vereinfachungen von auf der Totalitarismustheorie aufbauenden Studien; aber ohne weitere Modifikationen suggeriert die Bezeichnung „moderne Diktatur“ nur einen generischen Gattungsbegriff im Gegensatz zu antiker Gewaltherrschaft, welcher der inhaltlichen Ambivalenz von Modernisierung kaum gerecht wird⁴⁰.

Vielleicht ließen sich einige Probleme des Modernisierungsansatzes durch eine stärker auf die Eigenheiten des ostdeutschen Systems eingehende Weiterentwicklung dieses Konzeptes reduzieren. Zunächst wäre es wichtig, die auch in der Transformationsforschung auftretende automatische Gleichsetzung von Demokratie und Moderne aufzubrechen und zu fragen, worin die mit erheblichem Pathos vorgetragenen kommunistischen Alternativvorstellungen des gesellschaftlichen Fortschritts eigentlich bestanden⁴¹. Darüber hinaus könnte man für die DDR über ein Phasenmodell nachdenken, das aus einem anfänglichen Modernisierungsschub durch die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung (bei gleichzeitiger Entdifferenzierung), einer darauffolgenden, jedoch steckengebliebenen wissenschaftlich-technischen Revolution und schließlich aus wachsenden Innovationsblockaden bei gleichzeitiger Modernisierungskritik bestehen könnte⁴². Oder wäre es produktiver, von Dauerkonflikten zwischen wirtschaftlicher Rationalisierung sowie wissenschaftlicher Autonomie und Strategie der politischen Herrschaftssicherung der SED sowie der Verteidigung sozialer Privilegien der Nomenklatur zu spre-

chen?⁴³ Trotz aller Schwierigkeiten scheint im Vergleich mit politikhistorischen Analysen von Unterdrückungsmechanismen das Potential von eher sozial- und kulturgeschichtlich argumentierenden Erklärungsansätzen noch nicht ausgeschöpft, weil sie einen komplexeren Zugang zur Realität der DDR bieten können.

IV. Neue Begriffsbildungen

Die angedeutete Problematik der politischen Bezeichnungen wie analytischen Konzepte weist darauf hin, daß jede Begrifflichkeit eine Reihe von Anforderungen erfüllen muß, um den eigenartigen Charakter des realen Sozialismus in Ostdeutschland zu erfassen. Erstens sollten analytische Begriffe versuchen, die Erfahrungen von DDR-Bürgern zumindest ansatzweise widerzuspiegeln, also ihre unterschiedlichen und ambivalenten Erinnerungen ansprechen. Zweitens sollten Begriffe nicht nur einen Teilaspekt hervorheben, sondern umfassend genug sein, um den totalen Anspruch der ideologisch gesteuerten Veränderungsabsichten des Regimes aufzugreifen. Drittens sollte jedes Konzept den diktatorischen Charakter des SED-Systems, das in seinem Selbstverständnis als eine „Diktatur des Proletariats“ artikuliert wurde, thematisieren, um die diversen Herrschaftsmethoden der Partei eingehender zu analysieren. Viertens sollten Schlüsselbegriffe jedoch auch auf die unvollständige Umsetzung dieser Programmatik hinweisen und den gesellschaftlichen Brechungen und Widerständen nachgehen, die vielen ein relativ normales Leben innerhalb der Anormalität ermöglichten. Eine adäquatere Beschreibung als die Formel vom „Unrechtsstaat“ müßte gleichzeitig eine generelle Einordnung der DDR wie eine Bezeichnung ihrer Spezifik enthalten⁴⁴.

Entscheidend für jede Begriffsbildung sind die fundamentalen Aspekte des zweiten deutschen Staates, die dadurch thematisiert werden sollen. Während die Diskussion im Kalten Krieg von einer entweder positiven oder negativen Eindeutigkeit der DDR ausging, hat die Forschung der letzten Jahre ein wesentlich vielschichtigeres Bild gezeichnet. Jüngere Analysen wimmeln geradezu von Dualismen wie Ideologie und Praxis, An-

39 Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

40 Vgl. Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

41 Vgl. Dieter Langewiesche, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel, Köln 1993, S. 39–55.

42 Vgl. Mitchell Ash, Wissenschaft, Politik und Modernität der DDR – Ansätze zu einer Neubetrachtung, in: Karin Weisemann/Peter Kröner/Richard Toellner (Hrsg.), Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR 1949–1989, Münster 1997, S. 1–25.

43 Vgl. Rolf Reißig (Hrsg.), Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Frankfurt a. M. 1993.

44 Vgl. Richard Schröder, Diktatoren wollen geliebt werden, in: Der Tagesspiegel vom 10. Juli 1997.

spruch und Wirklichkeit, Oberfläche und Untergrund usw. und betonen das „gespaltene Bewußtsein“, die „doppelte Zunge“ etc. als charakteristische Phänomene⁴⁵. Auch die ambivalenten Resultate der angesprochenen Modernisierungsanalysen passen in dieses Bild einer wachsenden Komplexität der Erfassung ostdeutscher Strukturen wie Erfahrungen. In seinem Kommentar zu der gesellschaftsgeschichtlichen Kontroverse über den Nivellierungsgrad der DDR-Gesellschaft und das Ausmaß der Fremdbestimmung der DDR-Bürger konstatiert Detlef Pollack eine Reihe von fundamentalen Spannungs- und Konfliktlinien, welche es nahelegen, von einer „konstitutiven Widersprüchlichkeit der DDR“ zu sprechen. Auch der eher zu einheitlicher Anklage neigende Stefan Wolle folgert aus dem offensichtlichen Scheitern sowohl der „systemimmanenten Betrachtungsweise früherer Jahre“ wie der „einseitigen Orientierung der DDR-Forschung auf Unterdrückung und Widerstand“ nun: „Das Problem besteht darin, das Phänomen DDR als in sich widersprüchlich, zumindest als ambivalent zu begreifen.“⁴⁶

Einige Versuche einer bewußt paradoxen Begriffsbildung wie „Erziehungsdiktatur“ oder „kommode Diktatur“ gehen in diese produktive Richtung, können aber noch nicht ganz überzeugen⁴⁷. Suggestiver ist dagegen Rolf Henrichs interne Kritik der späten DDR unter dem Titel „Der vormundschaftliche Staat“, die an dem Widerspruch zwischen den proklamierten emanzipatorischen Zielen und der eher repressiven Praxis anknüpft. Diese erstaunlich offene Analyse eines Anwalts und Mitgründers des Neuen Forums wollte „an das hierzulande stillgelegte Unternehmen Aufklärung erinnern“, um die Verwirklichung des „Prinzips der Selbstbestimmung in unserem Handeln“ einzuklagen. In gewisser Hinsicht intendierte Henrichs Argumentation eine Absage an die Honeckersche Formel von der „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“, denn sie kündigte den fundamenta-

len Sozialvertrag zwischen Bevölkerung und Regime auf, der auf dem *quid pro quo* von Befriedigung der Konsumbedürfnisse für politisches Stillhalten beruhte. Mit diesem Begriff meinte Henrich nicht nur die individuelle Rechtlosigkeit der Bürger, sondern ebenso die sowjetische Bevormundung, die dem ideologischen Befreiungsanspruch des Marxismus widersprachen⁴⁸. Da sie noch vor dem Sturz des Regimes konzipiert war, konnte diese wagemutige Attacke den „Despotismus der Politbürokratie“ nicht beim Namen „Diktatur“ nennen und nur wenig über die inhaltlichen Ziele des „bürokratischen Sozialismus“ aussagen.

Hinter dieser bürgerrechtlichen Kritik am „Staatssozialismus“ verbirgt sich der Begriff des „autoritären Wohlfahrtsstaats“, der eine für die preußische Sozialpolitik charakteristische Verbindung zwischen staatlicher Unterstützung und ziviler Unmündigkeit herstellt⁴⁹. In seiner demokratisierten Weimarer Form wurde jedoch das traditionelle Abhängigkeitsverhältnis in der Armenpflege durch individuelle Partizipationsmöglichkeiten gemildert und das Wort „Wohlfahrt“ durch den neuen Terminus der „Fürsorge“ ersetzt. In der Gesetzgebung taucht letzterer in der „Reichsfürsorgepflichtverordnung“ vom 13. Februar 1924 und den „Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge“ vom Dezember des gleichen Jahres auf, in denen die staatliche Unterstützung hinsichtlich der „neuen Armut“ von Kriegsversehrten, Witwen und Waisen sowie von Klein- und Sozialrentnern geregelt wird⁵⁰. Im Gegensatz zur religiösen und privaten Hinwendung von ehrenamtlichen Helfern in Innerer Mission oder Caritas suggerierte der vor allem von fortschrittlich bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen propagierte Begriff der „sozialen Fürsorge“ eine säkulare, öffentliche Betreuung durch professionelle, meist weibliche Sozialarbeiter. Letztlich propagierte der in zahlreichen Artikeln und Streitschriften formulierte Wunsch nach einem „Fürsorgestaat“ das Ziel eines „risikofreien Menschen“, d. h. eines kollektiven Schutzes vor den negativen Zufällen des Lebens⁵¹.

45 Vgl. Konrad H. Jarausch, Historische Texte der DDR aus der Perspektive des linguistic turn, in: Georg G. Iggers/ders./Matthias Middell/Martin Sabrow (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, HZ-Sonderheft, erscheint im Sommer 1998.

46 Vgl. Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? Eine Fortsetzung der Diskussion zwischen Sigrd Meuschel und Ralph Jessen, in: Geschichte und Gesellschaft, 24 (1998), S. 110–131; Stefan Wolle, Herrschaft und Alltag. Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/97, S. 30–38.

47 Vgl. Dorothee Wierling, Die Aufbaugeneration der vierziger und fünfziger Jahre (MS, Berlin 1997), sowie Günter Grass, Ein weites Feld, Göttingen 1995, vor allem S. 16f., S. 324f.

48 Vgl. Rolf Heinrich, Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Frankfurt a. M. 1989, S. 9–22.

49 Vgl. Hermann Beck, The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia, Ann Arbor 1995.

50 Vgl. Hans Maier, Die rechtlichen Grundlagen und die Organisation der Fürsorge einschließlich des Armenrechts und des Rechtes des Kindes, Berlin 1926; Else Wex, Vom Wesen der sozialen Fürsorge, Berlin 1929.

51 Vgl. Jürgen Kocka u. a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard

Trotz ihrer Verzerrung in eine lebensverachtende eugenische „Vorsorge“ unter dem Nationalsozialismus machte das SED-Regime gewissermaßen einen zweiten Versuch, diese Sozialutopie unter den schlimmeren Umständen nach 1945 in noch konsequenterer Weise zu realisieren. Als bewußte Antwort auf die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die politische Unterdrückung im Dritten Reich sollten in der DDR verstärkte Anstrengungen unternommen werden, hinsichtlich der ökonomischen Sicherheit und sozialen Gleichheit, die nach Peter Flora die Kernmerkmale des modernen Wohlfahrtsstaates darstellen: Um den Aufbau eines besseren Deutschlands zu erzwingen, verhärtete das SED-Regime das vom wilhelminischen Autoritarismus und Weimarer Sozialreformismus geprägte Erbe der deutschen Arbeiterbewegung zur offenen Diktatur des Proletariats zum Zwecke einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Durch diese gleichzeitige Radikalisierung der politischen Herrschaftsmethoden und der sozialen Zielsetzungen distanzierte sich die DDR auch bewußt von dem bundesrepublikanischen Rivalen im Westen, der sich nach längeren Kämpfen zur sozialen Marktwirtschaft, zu einer sozialstaatlichen Demokratie entwickelte⁵².

Eine Interpretation der DDR als radikalierter Wohlfahrtsstaat könnte man daher mit den beiden etwas gegensätzlichen Begriffen der „Fürsorge“ und der „Diktatur“ umschreiben. In seiner engeren Bedeutung suggeriert das Wort „Fürsorge“ die „Pflege, Hilfe, die man jemandem zuteil werden läßt“ sowie „tätige Bemühung um jemanden, der ihrer bedarf“; im erweiterten Sinne bedeutet es eine „öffentlich organisierte Hilfstätigkeit zur Unterstützung in Notsituationen oder besonderen Lebenslagen“⁵³. Diese Konnotationen der individuellen Hinwendung und kollektiven Hilfeleistung könnten auf den ethischen Anspruch des Sozialismus hinweisen, der nicht nur eine sozialpolitische

Betreuung der bedürftigen Schichten, sondern eine weitaus breitere, emanzipatorische Umgestaltung der Gesellschaft bezweckte. Gleichzeitig schwingt aber schon in den Verbindungen dieses Wortes „Fürsorge“ mit „Anstalt“ oder „Erziehung“ ein Unterton von Strenge und Bevormundung mit, der etwa in Günter Grass' ironischer Anklage in seinem Roman „Ein weites Feld“ zum Ausdruck kommt: „Eure Fürsorge hieß Beschattung.“⁵⁴ Die Koppelung mit dem politischen Systembegriff der Diktatur verschärft diese Doppeldeutigkeit noch zu einer eindeutigen Bezeichnung von politischer Unterdrückung⁵⁵. Der Neologismus „Fürsorgediktatur“ versucht daher, die zentrale Spannung zwischen der emanzipatorischen Rhetorik des Sozialismus und der korrumpierten Praxis des Stalinismus in einem einzigen Doppelwort zu fassen.

Welche Dimensionen der DDR-Geschichte würde ein solcher Begriff der „Fürsorgediktatur“ besonders erhellen? Zunächst weist diese Neubildung explizit auf die grundsätzliche Widersprüchlichkeit in den Zielen und Handlungen des SED-Systems hin, die in den scheinbar paradoxen Erinnerungen ehemaliger Bürger an ihr Leben in der DDR auftaucht. Einerseits greift dieser Terminus die ideologischen Intentionen des Sozialismus auf, indem er an das Projekt der egalitären Gesellschaftsreform zugunsten von hilfsbedürftigen Unterschichten wie Arbeitern und Bauern erinnert – also die DDR als Teil der weltweiten Bewegung sieht, die auf eine Solidarisierung und Humanisierung des gesellschaftlichen Lebens hinarbeitete. Andererseits ist in dieser Begriffskoppelung auch eine unzweideutige Kritik kommunistischer Unterdrückung enthalten, weil sie das Wort „Diktatur“ im zweiten Teil verwendet, das den Zwangscharakter der sozialistischen Utopie sowie ihrer Umsetzung klar kennzeichnet. Mit ihrer bewußten Verbindung von progressivem Anspruch *und* regressiver Realität ist diese Begriffsneubildung daher ein Versuch, den spezifischen Charakter der DDR im Vergleich mit anderen modernen Diktaturen des 20. Jahrhunderts herauszuarbeiten⁵⁶.

Durch die Spannung seiner Komponenten stellt dieser Neologismus eine Reihe von fundamentalen Fragen neu, die fast alle Gebiete des Lebens in

A. Ritter, München 1994; Young-Sun Hong, *The Contradictions of Modernity and the Politics of Welfare Reform: Welfare, Citizenship, and the Formation of the Weimar State, 1919–1933*, Princeton 1997, S. 35, 114, 204, 217.

52 Vgl. Stichwort „sozialistischer Staat“, in: Kleines Politisches Wörterbuch (Anm. 13), S. 881 ff. Vgl. auch Jens Alber, *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950–1983*, Frankfurt a. M. 1989, S. 22–33, und Hans Günter Hockerts, *Einführung zu dem von ihm herausgegebenen Band „Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich“*, München 1998.

53 Ursprüngliche Bedeutung im Mittelhochdeutschen: *Vürsorge*, „Besorgnis vor Zukünftigem“, in: Duden. Etymologie. Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache, Mannheim 1989², S. 682. Für die gegenwärtige Bedeutung vgl. Duden. Bedeutungswörterbuch, Mannheim 1985², S. 274 u. 592 f., sowie Duden. Deutsches Universalwörterbuch, Mannheim 1989², S. 550 f.

54 G. Grass (Anm. 47), S. 598 f.

55 Vgl. Günter Heydemann/Christopher Beckmann, *Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturenvergleichs*, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997), S. 12 ff.

56 Vgl. M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993.

der DDR betreffen⁵⁷. Wie funktionierten eigentlich die Herrschaftsmechanismen dieses diktatorischen Systems, das seine Bürger zum eigenen Glück zwingen wollte? Da es als auf sowjetische Bajonette gestütztes Besatzungsregime begann und nur von einer Minderheit getragene sozialistische Aspirationen realisieren wollte, verlangte die Durchsetzung des im Staatsnamen enthaltenen Anspruchs auf sozialistische Demokratie der Arbeiter und Bauern eine SED-Alleinherrschaft, gestützt auf Stasi-Kontrolle und bürokratischer Gängelung. Das Politbüro versuchte diesen Widerspruch durch einen vormundschaftlichen politischen Stil zu überwinden, der ihre Fürsorge für die entmündigte Bevölkerung durch einen penetranteren Gestus von sozialer Betreuung, materieller Versorgung, kultureller Hegung usw. demonstrierte. Charakteristisch für eine solche Mischung von Zwang und Hinwendung war auch die Institution der Staatssicherheit, deren Überwachung von vermuteten Abweichlern in den letzten Jahren des Regimes fast einen sozialtherapeutischen Charakter annahm. Die Bürokratisierung der Entscheidungsprozesse führte zu einer Herrschaft für, aber nicht durch das Volk, welche die Bürger zu Gehorsam und Akklamation verurteilte⁵⁸.

Welche Widersprüche rief diese vorsorgliche Politik, die alte Träume der Arbeiterbewegung realisierte, in der sozialen Praxis hervor? Die Fürsorgekomponente des Konzepts weist auf die zentrale Rolle von Honeckers Formel von der „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hin, denn die SED-Diktatur suchte die Zustimmung der Bevölkerung in steigenden Maße durch sozialpolitische Leistungen zu erreichen⁵⁹. Zwar war die Mittagsche Planwirtschaft keine Verwaltung des Mangels mehr, aber nach dem Steckenbleiben der wissenschaftlich-technischen Revolution zielte sie hauptsächlich auf die Befriedigung von Konsumbedürfnissen durch eine wachsende äußere Kreditaufnahme,

welche zu mangelnden Investitionen und Innovationen führte. Die dadurch möglich gemachte Sozialpolitik einer Subventionierung von Nahrungsmitteln, Wohnungen und Verkehrsmitteln sowie frauenfreundlichen Einrichtungen wie Kitas oder FDGB-Ferienplätzen erfüllte zwar manche Wünsche der Bevölkerung, verlangte aber völligen politischen Gehorsam im Austausch für ein Gefühl von Geborgenheit⁶⁰. Die ironische Folge einer solch hypertrophen Fürsorge war die Verschwendung von wirtschaftlichen Ressourcen, die Gleichschaltung von gesellschaftlichen Organisationen und die Verdrängung von Eigeninitiativen in den privaten Bereich, also die Stilllegung der von ihr erhofften Zivilgesellschaft.

Welche Konsequenz hatte der ideologische Anspruch des Aufbaus einer sozialistischen, Gleichheit und Sicherheit bietenden neuen Gesellschaft? Einerseits konnte sich die Propaganda der DDR auf den Geist des Antifaschismus, auf das Erbe eines bürgerlichen Humanismus und die Traditionen der Arbeiterkultur berufen, um die SED-Herrschaft als Förderung der kulturellen Interessen der Bevölkerung zu legitimieren. Eine Folge dieser Haltung war das für Intellektuelle nicht uninteressante, aber immer wieder scheiternde Projekt, den Massen eine demokratisierte Hochkultur zugänglich zu machen. Andererseits bedeutet die Hinwendung der Partei zu den Ideologieproduzenten und Kulturschaffenden in der Praxis die Etablierung einer strengen, wenn auch erratischen Zensur, die zumindest anfangs versuchte, einen kleinbürgerlichen Stil des sozialistischen Realismus zu diktieren, die moderne Kunst als Dekadenz zu diffamieren und in der Populärkultur einen rabiatischen Anti-Amerikanismus zu propagieren. Durch die Verdrängung von Öffentlichkeit verkehrte sich der Anspruch einer aufklärerischen Befreiung und sozialen Stützung des Menschen in Bevormundung und Behinderung von Kreativität, welche die Kultur zu einem weiteren Mittel der Beherrschung reduzierte. Auch auf dem Gebiet der Kultur war also die Wirkung der belagernden Fürsorglichkeit der DDR durchaus ambivalent⁶¹.

57 Die folgende Diskussion baut auf den von Detlef Pollack aufgelisteten Konfliktlinien auf; vgl. ders. (Anm. 46), S. 5 ff.

58 Vgl. ebd., S. 11, 20. Siehe auch Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship: Inside the DDR, 1949–1989*, New York 1995, sowie die Auseinandersetzungen von Anne Köhler und Wolf Friedrichs in der Enquete-Kommission über die Loyalität der ostdeutschen Bevölkerung, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Bd. V, Frankfurt a. M. 1995, S. 680–733, sowie Heinz Niemann, *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED*, Köln 1993.

59 Vgl. Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995; Franz Joseph Hutter, *Sozialer Wandel in der DDR im Lichte neuerer Publikationen*, in: *Zeitgeschichte*, 24 (1997), S. 213–221.

60 Vgl. Charles S. Maier, *Dissolution: The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton 1997, S. 59–107, und Hans Günter Hockerts, *Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur*, in: *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat* (Anm. 51), S. 790–804.

61 Vgl. Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis, *„Jedes Buch ein Abenteuer“: Zensursystem und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*, Berlin 1997.

Der Begriff der Fürsorgediktatur trägt einerseits dazu bei, die erstaunliche Stabilität der DDR zu erklären, die das ungeliebte System über vier Jahrzehnte mit über sowjetische Bajonette hinausgehenden, sich verfeinernden Methoden an der Macht hielt. Nachdem eine Mischung von Vertreibung und Repression sowie der Bau der Mauer ältere Formen von antikommunistischem Widerstand gebrochen hatte, konnte sich die Strategie der SED in den sechziger Jahren von auf Gewalt basierender Einschüchterung verlagern auf subtilere Formen der Machtausübung wie die Etablierung eines eigenen Herrschaftsdiskurses und die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Weil sie keine Alternative mehr hatte und auch die westliche Ostpolitik von der langfristigen Existenz des zweiten deutschen Staates ausging, mußte sich die Bevölkerung mit dem System arrangieren, lernten die ostdeutschen Bürger also sich gleichsam selbst zu beherrschen, ohne aber deswegen ihre eigenen Alternativvorstellungen ganz aufzugeben⁶². Jedoch beruhte diese „widerwillige Loyalität“ weitgehend auf dem Funktionieren der materiellen Fürsorge, so daß die realsozialistische Diktatur unterschwellig labil blieb, denn die Kooperation der Bevölkerung hing von der jeweiligen Qualität der Versorgung ab. Im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie und sozialen Marktwirtschaft des Westens, die als Werte an sich verstanden wurden, erreichte die „sozialistische Demokratie“ des Ostens zwar eine zeitweilige Loyalität, aber keine permanente Legitimität, blieb also aufkündbar⁶³.

Andererseits weist dieser Ansatz auch auf gewisse selbstzerstörerische Tendenzen des realsozialistischen Experiments hin, die sein schließliches Scheitern mit herbeiführten⁶⁴. Konzipiert als radikale Antwort auf Probleme der klassischen Industriegesellschaft, war die DDR nicht auf den unvorhergesehenen Übergang zur post-industriellen Risikogesellschaft vorbereitet⁶⁵. Da die soziale Reform des Kapitalismus das Leid der großen Depression, des rassistischen Völkermords und der beiden Weltkriege nicht zu verhindern vermocht hatte, sollte die konsequentere kommunistische

Revolution der Gesellschaft ein für alle Mal die Wurzeln dieser Übel beseitigen und eine Wiederholung der vom Nationalismus angerichteten Zerstörungen dauerhaft verhindern. Ironischerweise blockierten aber gerade die bei diesem Versuch angewandten Mittel der Forcierung einer klassischen, arbeitsintensiven Industriestruktur und der Errichtung einer politbürokratischen Parteidiktatur eine kreative Reaktion auf die neuen Herausforderungen der tertiären Konsumgesellschaft und zivilen Mündigkeit. Weil die Ineffizienz der ostdeutschen Planwirtschaft die soziale und kulturelle Fürsorge auf Dauer unbezahlbar machte und die Diktatur nach dem Aufkommen von Oppositionsbewegungen und dem Wandel zur Perestroika in der Sowjetunion nicht mehr aufrechtzuerhalten war, erwies sich diese auf der Koppelung der genannten Komponenten beruhende Staatsform schließlich als ein Irrweg, der sich in den Augen der Bevölkerung selbst widerlegt hatte⁶⁶.

V. Zur Einordnung der DDR

Die Auseinandersetzung um die begriffliche Fassung von historischen Entwicklungen ist gleichzeitig Teil der Ereignisse und damit ein Aspekt ihrer Aufarbeitung. Obwohl der Streit um Etikette manchmal überflüssig erscheint, ist er doch notwendig, weil Begriffe durch ihre Bündelung von Inhalten und ihre Suggestion von Wertungen die zeitgenössische Debatte wie die spätere Reflexion nachhaltig beeinflussen. So kann man z. B. an dem unterschiedlichen Gebrauch von Begriffen wie „Judenvernichtung“, „Shoah“ oder „Holocaust“ diskrete Stufen der Diskussion sowie unterschiedliche interpretative Positionen, die den Genozid der Juden betreffen, verdeutlichen⁶⁷. Der begriffsgeschichtliche Ansatz von Koselleck und Conze weist darauf hin, daß historische Grundbegriffe ein schweres Gepäck von multiplen Bedeutungen, Entwicklungsstufen und Emotionen mit sich schleppen, das ihre Benutzung alles andere als selbstverständlich macht und daher bewußte Entscheidungen verlangt. Wie die Popularität des Begriffs „Wende“ im Gegensatz zu „Zusammenbruch“ oder „Revolution“ als Umschreibung für die Ereignisse von 1989/90 zeigt, kann man die Verwendung einer bestimmten Bezeichnung nicht

62 Vgl. die Projektvorstellungen von Thomas Lindenberger zu „Herrschaft und Eigen-Sinn“ sowie von Martin Sabrow zu „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“ in den Heften 4 und 5 des Potsdamer Bulletins für Zeithistorische Studien, Potsdam 1995.

63 Vgl. S. Meuschel (Anm. 30), S. 22 ff.

64 Vgl. Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993.

65 Vgl. Ulrich Beck/Peter Sopp (Hrsg.), *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*, Opladen 1997; Johannes Saltzwedel, „Ratlos unterm Regenbogen“, in: *Der Spiegel*, Nr. 28/1997, S. 160–163.

66 Vgl. Konrad H. Jarausch, *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Frankfurt a. M. 1995, S. 15.

67 Vgl. die Ausführungen von Omer Bartov, in: *Murder in our midst. The Holocaust, industrial killing, and representation*, New York 1996.

dekretieren, sondern sie muß sich selbst in der Diskussion durchsetzen. Eine sozio-linguistische Perspektive sollte aber über die Rekonstruktion der Begriffsentwicklung hinausgehen und die für eine Bewertung von analytischen Begriffen zentrale Frage aufwerfen: Was kann und was soll das jeweilige Konzept leisten?

Die Debatte um die historische Ortsbestimmung der DDR dreht sich weitgehend um eine Wahl zwischen Konstrukten, welche entweder den Sozialismus oder die Diktatur als Grundeigenschaft betonen. Erstere Variante, die am Selbstbild des zweiten deutschen Staates ansetzt, wird vor allem von früheren Vertretern oder Sympathisanten des Regimes verwendet, um den spezifischen Charakter des real existierenden Sozialismus „in den Farben der DDR“ herauszuarbeiten. Die analytische Verwendung des Terminus „realer Sozialismus“ nach seinem Ende erlaubt eine Diskussion von „Krisensymptomen“, die eine intellektuelle Selbstkritik der Ursachen des Untergangs des „staatssozialistischen Systems“ ermöglichen⁶⁸. Spezifischere Koppelungen wie „parteibürokratischer Sozialismus“ oder „administrativ-zentralistischer Sozialismus“ gehen auf bestimmte Verformungen der SED-Praxis ein, um dadurch das aufklärerische Telos des marxistischen Humanismus von seiner mißlungenen Umsetzung in der DDR zu trennen und für einen erneuten Versuch in der Zukunft zu retten. Manche Neuprägungen, die in „Sozialismus“ enden, laufen daher Gefahr einer retrospektiven Verharmlosung des Regimes durch eine rhetorische Strategie, welche die Verantwortung für seine abschreckenden Aspekte entweder der sowjetischen Besatzungsmacht oder der Politik Ulbrichts und Honeckers zuweist, den Kern der Ideologie aber davon ausspart⁶⁹.

Das kritische Gegenstück zu Sozialismusanalysen sind Begriffsbildungen, welche den Diktaturcharakter der DDR als „Unrechtsstaat“ betonen. Es sollte kaum überraschen, daß Etikettierungen wie „SED-Diktatur“ eher von Opfern und ehemaligen Gegnern des Regimes verwendet werden, um seinen menschenbeglückenden Charakter in Zweifel zu ziehen und nicht nur die Praxis, sondern auch

die Ideologie für die Unterdrückung der ostdeutschen Bevölkerung verantwortlich zu machen⁷⁰. Der Vorteil solcher Bezeichnungen ist die klare analytische wie moralische Distanzierung von dem Honecker/Mielke-Regime, die ungeschminkt seinen despotischen Charakter hervorhebt. Jedoch sagen Etiketten wie „zweite deutsche Diktatur“, die mit Vorliebe von Anhängern der Totalitarismustheorie verwendet werden, um eine zeitliche und inhaltliche Nähe zur ersten Diktatur des Nationalsozialismus zu suggerieren, zu wenig über den andersartigen ideologischen Inhalt dieser Gewaltherrschaft aus⁷¹. Obwohl er differenzierendere Fragen nach den gesellschaftlichen Grenzen dieser Herrschaftsform stellt, bleibt auch der Gattungsbegriff der „modernen Diktatur“ noch zu unspezifisch in seiner Beschreibung des Charakters der DDR, solange er nicht mit konkreterem Inhalt gefüllt wird.

Der hier vorgestellte Neologismus „Fürsorgediktatur“ sollte daher als ein Versuch verstanden werden, die Polarisierung der dominanten Ansätze durch die Formulierung eines neuen, von Elementen beider Grundrichtungen ausgehenden Konzeptes zu überwinden. Statt die multiplen Widersprüche der DDR zu minimieren⁷², setzt diese Begriffsbildung geradezu bei ihnen an und versucht, sie in eine produktive Spannung zwischen zwei Teilen eines einzigen Doppelwortes zu verwandeln. Einerseits bemüht sie sich um eine gewisse Empathie mit den ambivalenten Erfahrungen von Menschen, die in diesem System gelebt haben, insistiert aber andererseits auch auf der Notwendigkeit einer analytischen Distanz, welche die Einordnung des Systems in größere historische Zusammenhänge erlauben soll. Eine solche, die eigenartige Beziehung von sozialer Fürsorge und politischer Diktatur thematisierende Perspektive versteht die DDR als eine problematische Verknüpfung von sozialem Wohlfahrtsstaatsdenken mit illiberalem Paternalismus und weist auf ihre Einbettung in breitere Traditionslinien deutscher

68 Vgl. Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaeßner, *Das Ende eines Experiments*, Berlin 1991, S. 44 ff. Demgegenüber vgl. Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.), *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*, Paderborn 1996.

69 Vgl. Konrad H. Jarausch, „Sich der Katastrophe stellen“: (Post-)kommunistische Erklärungen für den Zusammenbruch der DDR, in: R. Eckert/B. Faulenbach (Anm. 3), S. 141–150.

70 Vgl. Karlheinz Blaschke, Als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. Erlebnisse, Beobachtungen und Überlegungen eines Nonkonformisten, in: Karl H. Pohl (Hrsg.), *Historiker in der DDR*, Göttingen 1997, S. 45–93; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997, besonders S. 24 ff.

71 Vgl. Horst Möller, *Der SED-Staat – die zweite Diktatur in Deutschland*, in: *Lexikon des DDR-Sozialismus* (Anm. 68), S. 5–12.

72 Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1980*, München 1998, S. 632–648, betont in seiner Charakterisierung der DDR als „(spät-)totalitären Versorgungs- und Überwachungsstaat“ vor allem den Aspekt der „sozialistischen Diktatur“.

Geschichte hin. Dadurch regt diese Neubildung auch einen diachronen Vergleich mit der vorhergehenden Diktatur des Nationalsozialismus sowie synchrone Vergleiche mit der konkurrierenden sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik sowie den post-stalinistischen Regimen des Ostblocks an⁷³.

Kann ein einzelner Begriff, auch wenn er noch so ausführlich begründet ist, die Anforderungen einer umfassenden Rekonstruktion der DDR mit ihren Widersprüchen überhaupt erfüllen? Eine abstrahierende Reduzierung von komplexen Tatbeständen auf ein einziges Etikett wird wohl kaum einem solchen Anspruch genügen; aber durch Betonung gewisser Dimensionen wie der fundamentalen Widersprüchlichkeit der DDR könnte ein Schlüsselkonzept wie das der „Fürsorgediktatur“ eine Perspektive andeuten, aus der sich Interpretationen entwickeln lassen. Auch wird ein einziger Terminus nicht allen Entwicklungsphasen eines vier Jahrzehnte herrschenden Systems gerecht werden; jedoch soll die Konzentration auf einige Aspekte wie den vormundschaftlichen Stil, das sozialpolitische Engagement und die Hegung der Kultur Grundzüge hervorheben, die schon unter Ulbricht auftauchten, aber für Honecker besonders zutreffend wurden. Schließlich ist kein Begriff ganz gegen ideologische oder emotionale Mißverständnisse gefeit; er kann nur versuchen, durch Klarheit der sprachlichen Prägung seine Assoziationen etwas einzugrenzen, indem er – wie im gegebenen

Falle – eher positiv konnotierte mit eher negativ besetzten Bedeutungen verbindet⁷⁴. Weil sie immer nur gewisse Teilbereiche abdecken können, werden auch weiterhin verschiedene begriffliche Angebote miteinander konkurrieren müssen.

In diesem Sinne möchte der Neologismus „Fürsorgediktatur“ die Diskussion über die begriffliche Fassung des DDR-Systems nicht beenden, sondern sie neu beleben. Die vorgestellte Formulierung könnte einige der Hauptschwächen des Totalitarismusbegriffs wie des Modernisierungsansatzes dadurch beheben, daß sie den emanzipatorischen Anspruch des zweiten deutschen Staates in Beziehung zu seiner repressiven Herrschaftspraxis setzt und die DDR explizit als ein spannungsgeladenes Konfliktsystem behandelt. Statt bereits fertige Antworten zu liefern, will dieser paradoxe Terminus einige Grundfragen zu Charakter und Funktion des SED-Systems mit größerer Schärfe stellen. Durch seine bewußte Offenheit könnte dieses Konzept Tendenzen einer differenzierenden, doch nicht unkritischen Aufarbeitung der ostdeutschen Vergangenheit stärken, welche die Komplexität des zweiten deutschen Staates sowie die unterschiedlichen Haltungen seiner Bürger ernst nehmen. Zweifellos wird diese Begriffsneubildung – wie jede andere Etikettierung – eigene Probleme aufwerfen; aber wenn sie dadurch die Forschung zur weiteren Klärung ihrer zugrundeliegenden Konzepte anregt, hat sie ihren analytischen Zweck erfüllt.

73 Vgl. auch Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, S. 83, 124 ff. und 227 ff. „Die Diktatur erschien im Gewande väterlicher Liebe.“

74 Für die Frühzeit vgl. Harold Hurwitz, *Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949*, Opladen 1997. Vgl. auch die Diskussionen auf der Konferenz „Die DDR – Eine Moderne Diktatur?“ vom 10. bis 12. Dezember 1997 am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

Eckhard Jesse: Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/98, S. 3–18

Im Laufe der Jahrzehnte ist eine Reihe von Totalitarismusansätzen, teils stärker beschreibenden, teils mehr erklärenden Charakters, entwickelt worden. Sie waren eine Reaktion auf ein als neuartig empfundenes diktatorisches Phänomen (Bolschewismus, Nationalsozialismus). Vor 75 Jahren wurde das erste Mal der Begriff „totalitär“ gebraucht (allerdings mit Blick auf den italienischen Faschismus). Ein Überblick zur Totalitarismusforschung vor und nach der welthistorischen Zäsur 1989/91 zeigt die Konjunkturbedingtheit der Akzeptanz des Totalitarismusbegriffs. Das europaweite Ende des Kommunismus bildete nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in wissenschaftlicher Perspektive eine Zäsur. Seither erlebt die Totalitarismusforschung nicht nur in Deutschland eine Art Renaissance.

Der Beitrag sucht wesentliche Theorien zum Totalitarismus samt ihren Stärken und ihren Schwächen vorzustellen, und zwar am Beispiel des herrschaftsstrukturellen Konzepts von Carl Joachim Friedrich, der geschichtsphilosophischen Theorie von Hannah Arendt, der sozialreligiösen Interpretation von Eric Voegelin, des genetisch-interaktionistischen Ansatzes von Ernst Nolte und des politikgeschichtlich-normativen Vorgehens von Karl Dietrich Bracher. Bei diesen Totalitarismuskonzeptionen handelt es sich um wissenschaftliche Ansätze. Die knappe Referierung der Positionen wird durch eine ebenso knappe Würdigung ergänzt. Die ausgewählten Theorien widerstreiten, ergänzen und bestätigen sich auf vielfältige Weise.

Achim Siegel: Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung. Eine wissenschaftssoziologische Skizze

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/98, S. 19–31

Nach dem Ende der kommunistischen Systeme in Europa haben Totalitarismusansätze bei der Beschreibung und Erklärung dieser Systeme deutlich an Popularität gewonnen, und zwar sowohl im politischen Alltag als auch in der Wissenschaft – das Totalitarismuskonzept hat sozusagen „Hochkonjunktur“. In diesem Essay werden die „konjunkturellen Wendepunkte“, die dieser Ansatz in der westlichen Kommunismusforschung der letzten Jahrzehnte erfahren hat, auf zwei (weitgehend voneinander unabhängige) Faktoren zurückgeführt, nämlich zum einen auf den im Zeitverlauf variierenden „politischen Zeitgeist“ und zum anderen auf die Leistungsfähigkeit von Totalitarismusansätzen bei der Erklärung von Struktur und Dynamik kommunistischer Systeme in Relation zu konkurrierenden Erklärungsansätzen.

Die konjunkturelle „Baisse“, in die das Totalitarismuskonzept in den sechziger und siebziger Jahren geraten war, erscheint in dieser Perspektive hauptsächlich durch zwei Gegebenheiten verursacht: Zum einen konnten die klassischen Totalitarismuskonzepte den Wandel kommunistischer Systeme nach Stalins Tod nicht stimmig erklären – hierfür schienen modernisierungstheoretische Ansätze besser geeignet. Zum anderen schuf der in den sechziger Jahren in westlichen intellektuellen Kreisen zusehends stärker werdende „Anti-Antikommunismus“ ein geistiges Klima, in dem Totalitarismuskonzepte häufig bereits deshalb verworfen wurden, weil sie eindeutig (ab-)wertende Konnotationen in bezug auf kommunistische Gesellschaftsexperimente enthielten. Für die konjunkturelle „Hausse“ seit 1989 waren gleichfalls jene beiden Faktoren entscheidend: Einerseits führte der mit dem Zusammenbruch des Kommunismus einhergehende Wandel des politischen Zeitgeistes dazu, daß die wertenden Konnotationen von Totalitarismuskonzepten nun wieder „en vogue“ waren und die früher in weiten Teilen der Linken herrschende Tabuisierung des Ansatzes aufgebrochen wurde; andererseits ließ der Sturz der kommunistischen Regime die gravierenden Erklärungsdefizite vieler konkurrierender Ansätze offensichtlich werden.

Die zukünftige Reputation des Totalitarismusansatzes wird in entscheidendem Maße davon abhängen, ob es gelingt, die klassischen Varianten dieses Ansatzes zu leistungsfähigen Theorien weiterzuentwickeln, mit deren Hilfe die Ergebnisse neuerer empirischer Forschungen stringent erklärt werden können.

Konrad H. Jarausch: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/98, S. 33–46

Auch fast ein Jahrzehnt nach der Selbstauflösung der DDR bleibt ihre begriffliche Einordnung politisch wie theoretisch umstritten. Weder die Selbstbezeichnung als „sozialistischer Staat“ noch die Fremdbezeichnung als „SBZ“ können das SED-System hinreichend charakterisieren. Der stringenter Ansatz der Totalitarismustheorie beschreibt vor allem den Diktaturcharakter des ostdeutschen Staates, während der Alternativbegriff der „modernen Diktatur“ mehr auf seine Grenzen in der gesellschaftlichen Praxis hinweist.

Indem er von der konstitutiven Widersprüchlichkeit der DDR ausgeht, betont der in diesem Aufsatz vorgestellte Begriff der „Fürsorgediktatur“ den Doppelcharakter der sozialistischen Sozialpolitik und der gleichzeitigen politischen Repression. Diese eigentümliche Mischung von belagernder Fürsorglichkeit und bürokratischer Unterdrückung spiegelt sich vor allem in dem politischen Stil, der sozialen Praxis und der Kulturpolitik der DDR in der Honecker-Ära. Eine solche Interpretation des SED-Systems als radikalisierte Form des „autoritären Wohlfahrtsstaates“ versucht, die ostdeutsche Diktatur in breitere geschichtliche Zusammenhänge einzuordnen und gleichzeitig ihre unverwechselbare Spezifik herauszuarbeiten.